

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

150 · April 2003

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	291
Essay	
MARTIN SCHIRDEWAN Zwischen Macht und Anarchie	293
Gesellschaft: Analysen & Alternativen	
WOLFRAM ADOLPHI Die steckengebliebene Öffnung. Das Schicksal des »Forum 2000plus!« der PDS	298
DIETMAR WITTICH Hannibal ante portas. Der Krieg der USA und die Weltöffentlichkeit	308
ULRICH BUSCH Der Reichtum wächst, aber nicht für alle	319
Arbeiterbewegung & Geschichte	
JÖRN SCHÜTRUMPF Unabgegoldenes. Politikverständnis bei Paul Levi	330
ULLA PLENER Sozialdemokraten und andere Linke: Immer noch feindliche Brüder? Fünf Thesen, abgeleitet aus den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts	343
Alternative Wirtschaftstheorien	
ARNDT HOPFMANN Entwicklung, Gerechtigkeit und Weltmarkt – für und wider das Theorem vom ungleichen Tausch	356
In memoriam	
SIEGFRIED WENZEL Die Sozialismusvision eines bedeutenden Historikers. In memoriam Arno Peters	365

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 368

Bücher & Zeitschriften

Daniel Yergin, Joseph Stanislaw:
Staat oder Markt. Die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts
(STEFAN BOLLINGER) 370

Uwe Jens, Hajo Romahn (Hrsg.):
Der Einfluß der Wissenschaft auf die Politik
Erwin Weissel:
Politik für Profiteure. Die politische Ökonomie
des Neoliberalismus
(ULRICH BUSCH) 371

Deutscher Bundestag (Hrsg.):
Schlußbericht der Enquete-Kommission.
Globalisierung der Weltwirtschaft
(JUSTINE SUCHANEK) 373

Deutscher Bundestag. Enquete-Kommission
»Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«:
Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg
in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft
(SIGRID BUSCH) 374

Franz Josef Radermacher:
Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft
als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung
(JÜRGEN LEIBIGER) 375

Stephen Eric Bronner:
Imagining the Possible. Radical Politics
for Conservative Times
(MARTIN SCHIRDEWAN) 378

Michael Hartmann:
Der Mythos von den Leistungseliten.
Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft,
Politik, Justiz und Wissenschaft
(OLIVER BUSCH) 380

Summaries 382

An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 384

VorSatz

»Und nicht vielen ist bewußt, was uns alles noch an Zwang zu verlernen bleibt. Man kann sich gerade den Staat nicht unfeierlich genug denken. Er ist nichts, wenn er nicht auf günstige Weise wirtschaften läßt und demgemäß veraltet. Alles andere, worin der Staat bedrückt oder einlullt, falle nun endlich ab, und bis aufs Ordnen öder Dinge hat er sämtliches wieder herauszugeben. Ziehen Furcht und Lüge ab, so mag es dem Staat gar schwer geraten, zu sein oder gar noch höhere Achtung zu erregen.« Der später aus der DDR vertriebene Ernst Bloch beschrieb hier nicht etwa seine Schlußfolgerungen aus dem Stalinismus, sondern – auf »klassenindifferente« Weise – schon 1923 jede Form von Staat (Geist der Utopie, zweite Fassung). In den achtzig Jahren, die seitdem vergangen sind, hat Blochs Aussage nicht an Brisanz verloren. Welche Rolle ein unkontrollierter Staat zu spielen vermag, bewiesen im vergangenen Jahrhundert Nationalsozialismus und Stalinismus. Ein Blick in die USA macht deutlich, wie schnell und wie weit sich auch heute eine Administration verselbständigen kann – Susan Sontag spricht unterdessen sogar von einer »Bush-Junta«.

Es geht also keineswegs nur um die diktatorische Staatsform. So wie in der Weimarer Republik ist auch heute – nicht nur in den USA – die parlamentarische Demokratie alles andere als frei von Anmaßungen gegenüber jenen Menschen, die das Staatswesen finanzieren. Zöge man Furcht und Lüge ab, hätte auch dieses System es schwer »zu sein«. Zur Zeit sind es weniger die Gewaltmonopolisten Polizei und Politische Polizei, die Furcht verbreiten, sondern die sogenannten ökonomischen Zwänge. Wer von Arbeitsplatzverlust bedroht ist, verhält sich unauffällig. Das macht es jedem Staat, egal welcher Ausprägung, leicht zu herrschen. Nicht zu wissen, ob man je eine existenzsichernde Rente erhalten wird; ob nicht in einigen Jahren wieder früher stirbt, wer arm ist; ob nicht ein Verbrechen begeht, wer Kinder in die Welt setzt – alles das schafft Furcht, die lähmt und so dem Staat größere Spielräume überläßt: beim Aushöhlen der Demokratie. Jeder Staat und seine Bürokratie, die die Chance erhalten, sich der Kontrolle zu entziehen, werden antidemokratisch wirken. Der Charakter des Staates wird jeden Tag neu ausgehandelt – von den auf ihn einwirkenden Kräften.

In der Bundesrepublik Deutschland sind wir Zeugen, wie mit Hilfe des Staates immer größere Teile der Gesellschaft gedrängt werden, von ihrem Recht abzulassen, auf den Staat Druck auszuüben. Der Staat des Kalten Krieges beruhte auf gut austarierten Kompromissen

zwischen den verschiedenen Gesellschaftsgruppen. Heute sind wir auf dem Rückweg zum alten Klassenstaat. Dazu dient nicht zuletzt die Losung »Weniger Staat«, die bei Lichte betrachtet nichts anderes bedeutet als »Weniger Zugriff auf den Staat durch die nicht ökonomisch Mächtigen«. Demnächst wird auch wieder feierlich über den Staat geredet werden. Die ökonomisch Mächtigen sind in der Offensive. Das ihnen vorzuwerfen, wäre allerdings albern; der Vorwurf kann nur an uns selbst gehen.

Denn die Linke hat schon seit langem verlernt, eine ihrer Grundfunktionen wahrzunehmen, die für Rosa Luxemburg einst selbstverständlich war: Wir »enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit«.

Während die SPD sich immer mehr auf die Apologie der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit zurückzog, reduzierten sich die Kommunisten auf das Enthüllen des herben Kerns der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit und denunzierten, anders als es Rosa Luxemburg forderte, formale Gleichheit und Freiheit als unnütze Lächerlichkeit. Beides wieder zusammenzudenken, bleibt unsere Aufgabe. Zumal wir im Moment das Unverhoffte erleben, das Arundhati Roy in folgende Worte faßte: »Die Revolution der globalen Allmacht wird in sich zusammenfallen, wenn wir uns weigern, das zu kaufen, was sie verkauft – ihre Ideen, ihre Geschichtsversion, ihre Kriege, ihre Waffen, ihre Vorstellung von Unvermeidlichkeit. Denkt daran: Sie brauchen uns mehr als wir sie. Eine Andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist unterwegs. An einem ruhigen Tag kann ich ihr Atmen hören.«

Seit September 1990 hat die Redaktion dieser Zeitschrift, deren Name von Blochs »konkreter Utopie« inspiriert ist, versucht, sich immer wieder aufs neue an diese Fragen heranzuarbeiten. Mit der Jubiläumsnummer 150, die im wesentlichen aus Beiträgen von Redakteurinnen und Redakteuren besteht, wollen wir helfen, bewußt zu machen, was »alles noch an Zwang zu verlernen bleibt«.

MARION SCHÜTRUMPF

MARTIN SCHIRDEWAN

Zwischen Macht und Anarchie

Seit 1989 sucht die Linke, um diesen indifferenten Terminus zu gebrauchen, nach einem tragfähigen Projekt. Nicht daß sie vor 1989 wirklich eines gehabt hätte; aber sie hatte zumindest die Macht in einem nicht unwesentlichen Teil dieser Welt. Die technokratisierte, administrative und autoritäre Ausübung dieser Macht hat den Sozialismus dauerhaft und nachhaltig diskreditiert. Machtausübung darf nicht zum Selbstzweck werden. Erst der sinnvolle Einsatz von Macht kann die von einem erheblichen Teil der Bevölkerung unseres Planeten erhofften positiven Entwicklungspotentiale freisetzen, die ein besseres, freieres und selbstbestimmteres Leben ermöglichen können. An und für sich kann sinnvoller Machtgebrauch (was sinnvoll im Sinne eines modernen Sozialismus zu bedeuten hat, kann und soll hier im Detail nicht definiert werden) dieses Leben nur durch die freiwillige Rückübertragung eben jener Macht auf den Souverän garantieren (wobei unter dieser Rückübertragung nicht der an Alternativlosigkeit krankende, sporadisch-periodische Wahlakt zu verstehen ist).

Spätestens seit dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums forscht die Linke, oder besser, was davon noch übrig geblieben ist, nach sich selbst. Aus der Perspektive des Spätgeborenen setzte dieser Selbsterforschungsprozeß *zu spät* ein, das Imperium war verloren; doch zeigt die Erfahrung, daß die Fragen generationsübergreifende Gültigkeit besitzen: *Wer waren und wer sind wir, woher kommen wir, worin bestehen unsere gesellschaftsgestaltenden Potentiale, trägt unser Bemühen einen tieferen Sinn in sich?*

Die Redaktion der Zeitschrift *UTOPIE kreativ*. *Diskussion sozialistischer Alternativen* versucht seit mehr als zwölf Jahren und mittlerweile 150 Ausgaben, ihren Teil zur Beantwortung der oben formulierten Fragen beizusteuern.¹ Meistens mehr, manchmal auch weniger erfolgreich, irgendwie doch aber immer sinnvoll, obwohl diese Bewertung eher den Lesern zusteht.

Eine wirkliche »sozialistische Alternative« wurde jedoch im Diskurs der Linken weder nach 1989, geschweige denn davor entwickelt. Als ursächlich für das entstandene Defizit erachtet der Autor den früheren monopolistischen Anspruch des Staatssozialismus, der seinen Ausdruck auch in der Geschichtsschreibung und somit der Bewußtseinsbildung fand. Daneben spielten natürlich individuelle Antipathien und alte Rivalitäten ganzer politischer Strömungen eine wesentliche Rolle. Wer rezipiert heute beispielsweise noch Kropotkin oder Bakunin², wer rekurriert auf die Streitigkeiten inner-

Martin Schirdewan – Jg. 1975; studiert Politikwissenschaft an der FU Berlin und ist seit 2001 Redakteur der Zeitschrift *UTOPIE kreativ*. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: 2003 ist nicht 1933 – Zeit für eine neue »Einheitsfront«-Debatte, Heft 147 (Januar 2003)

1 *UTOPIE kreativ* erscheint seit September 1990, zunächst als »UTOPIE konkret«, ab Heft 3 dann als »UTOPIE kreativ«, monatlich bzw. zweimonatlich als eine politisch-theoretische Zeitschrift der demokratischen Linken in Deutschland. Veröffentlicht werden Beiträge zu Politik, Wirtschaft, Kultur und Geschichte sowie Tagungsberichte und Rezensionen. Seit 2002 ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin Herausgeber der Zeitschrift.

2 Pjotr A. Kropotkin (1842 – 1921), russischer Anarchist, stand unter starkem Einfluß von Proudhon und Bakunin. Michail A. Bakunin (1814 – 1876), russischer Anarchist, Schüler Fichtes und Hegels, befreundet mit W. G. Belinski und A. Herzen.

3 »Seit ihrem Bestehen kämpfte die anarchosyndikalistische (und anarchokommunistische – M. S.) Bewegung Spaniens gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und die staatlichen Organe der Gesellschaft, während die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in den meisten europäischen Ländern vorwiegend die Eroberung der Staatsmacht anstrebte. Ziel der Anarchosyndikalisten war der freiheitliche Kommunismus, womit sie sich gegen den autoritären Kommunismus der Marxschen Richtung abgrenzten. Sie lehnten die »Diktatur des Proletariats« als Übergangsphase zum Kommunismus entschieden ab und setzten dagegen die kollektivistische Organisation der Gesellschaft, die – in einer Föderation aller Kollektive – den Staat überflüssig machten.« (Monika Wojak: Das Verhältnis von Anarchisten zu linken Regierungen. Dargestellt am Beispiel Kataloniens 1936, Bremen 1980, S. 18).

4 Gerald Brenan: Spanische Revolution, Berlin 1973, S. 49 ff.

5 Walther L. Bernecker: Sozialgeschichte Spaniens im 19. und 20. Jahrhundert. Vom Ancien Regime zur Parlamentarischen Demokratie, Frankfurt a. M. 1990, S. 160 ff.

halb der Internationalen Arbeiterassoziation zwischen Marx und Bakunin, wer fragt nach den Errungenschaften der spanischen sozialen Revolution von 1936, deren Ende nicht erst die militärische Niederlage der Republik 1939 markierte, sondern die bereits 1937 durch interne Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Anarchisten (mit dem bekanntesten günstigen Ausgang für die komin-tern- und somit moskautreuen Kommunisten) ihr Ende fand?

Die Anarchisten, synonym auch freiheitliche Kommunisten beziehungsweise libertäre Sozialisten genannt, gaben im iberischen Raum, in dieser vielfältig geprägten Kultur mit vielfältigen Traditionen, auf die Fragen und Forderungen der abhängigen, unfreien Klassen eigene Antworten. In Andalusien setzte sich der Kropotkinsche Anarchokommunismus, in Katalonien der Bakuninsche Anarchosyndikalismus durch.³

Brenan unterzieht das Phänomen des spanischen Anarchismus einer ausführlichen Faktorenanalyse.⁴ Dabei kommt er zu dem Ergebnis, daß vier Faktoren maßgeblich für die Entwicklung des Anarchismus in Spanien seien:

Erstens der geographische Faktor (der sich nicht zuletzt im Unterschied zwischen dem andalusischen und katalanischen Anarchismus ausdrückt); zweitens der moralisch-religiöse Faktor (»Ziel der Anarchisten war stets die Aufhebung der Gewalt und die Herstellung der menschlichen Freiheit. Sie sind kompromißlose Moralisten«, die der überkommenen Moral des spanischen Katholizismus die eigene Religion der Gerechtigkeit entgegenstellten); drittens der Faktor Freiheit (Freiheit von Privateigentum und Macht) und schließlich viertens der Faktor Vergangenheit (Wiederherstellung traditioneller agrarisch-kollektivistischer Lebensformen). Die Struktur der halbfeudalen und bis auf wenige Zentren im Gegensatz zum übrigen (West)-Europa kaum industrialisierten spanischen Gesellschaft und die vier von Brenan elaborierten Faktoren trugen dazu bei, daß sich in Spanien eine millionenstarke anarchistische Bewegung herausbilden konnte, organisatorisch manifestiert in FAI (*Federación Anarquista Ibérica*) und CNT (*Confederación Nacional de Trabajadores*).

Die erfolgreiche Niederschlagung des frankistischen Militärputsches im Juni 1936 (bekanntermaßen verblieben wesentliche Teile des Landes, die größten Städte und die Industrieregionen, in der Hand der Republik) durch die hauptsächlich anarchistisch beeinflusste Arbeiterschaft Spaniens mündete unmittelbar in eine soziale Revolution *anarchistischen* Charakters. Die wesentlichen Strukturmerkmale dieser Revolution, das Komitee- und Räte-system, die Ablösung des stehenden Heeres durch freie Milizen und schließlich die Umordnung der Eigentumsverhältnisse, bekannt als Kollektivierungen, korrelieren mit den grundsätzlichen theoretischen Leitlinien des Anarchismus, die sich mit der Formel: in der Politik *anarchistisch*, in der Wirtschaft *kollektivistisch* und in der Religion *atheistisch* plakativ, aber deutlich widerspiegeln.⁵

Die politische Neuordnung sah idealiter gemäß der anarchistischen Theorie, soweit man von einer konkreten anarchistischen Theorie überhaupt sprechen kann, laut Heleno Sana wie folgt aus: In einem politischen System direkter Demokratie wird die basisdemokratische Selbstverwaltung von durch Wahlen legitimierten Komitees

oder Räten (beide Namen stehen für das gleiche Prinzip) ausgeübt. Exekution und Administration des Volkswillens obliegen den Komitees (den Räten). Es handelt sich also um ein von unten nach oben hierarchisch aufgebautes politisches System, das heißt, die letzte Entscheidungsinstanz ist die Vollversammlung, in die die einzelnen Vertreter der nächst untergeordneten Komitees entsandt werden, um den Willen der Basis zu vertreten. Gleichzeitig wird durch das Prinzip des Föderalismus einer Zentralisierung entgegengewirkt, das heißt, daß es sich bei den Lokal-, Provinz-, Bezirks-, Regionalkomitees und Stadträten um autonome, quasi-souveräne Entscheidungsträger handelt.⁶ Soweit zum Ideal, mit dem der Staatsapparat theoretisch und praktisch überwunden werden sollte.

Die zweite Säule der libertären Revolution waren die Kollektivierungen, die Umwandlungsprozesse von Privateigentum in Kollektiveigentum. Ziel der Anarchisten war es, durch die Vergesellschaftung der Industrie, der Landwirtschaft, des Handwerks und des Dienstleistungsbereichs den Kapitalismus abzuschaffen.⁷

Die dritte Säule der anarchistischen Revolution schließlich stellten die Milizen dar. Nach der Erhebung des Militärs gegen die Republik und der (in bestimmten spanischen Regionen) erfolgreichen Niederschlagung des Putsches bildeten sie sich im Kampf gegen die faschistischen Kräfte.

»Ursprünglich waren die Milizen von Parteien und Gewerkschaften aus eigener Initiative aufgestellt worden; »Miliz« besagte zunächst nichts anderes, als daß Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Waffen bekommen hatten.«⁸ Der anarchistischen Tradition entsprach es, sich für die militärische Selbstorganisation des Volkes auszusprechen, da sich das spanische Militär in den letzten Jahren und Jahrzehnten als erbitterter Gegner einer gerechten Gesellschaftsordnung erwiesen hatte. Gleichzeitig widersprach die soziale Ordnung innerhalb einer Armee, also die absolute Hierarchisierung bei der Bevorzugung bestimmter Klassen zum Beispiel im Offizierskorps den anarchistischen Idealen der Gleichheit der Menschen und ihrer gesellschaftlichen Emanzipation von den Befehlen nichtlegitimierter Vorgesetzter.

Diese Grundlagen spiegeln sich auch in der Struktur der entstandenen Milizen wider. »In den anarchistischen Kolonnen war die Besoldung aller Milizionäre gleich. Rangabzeichen und Grußpflicht waren als Zeichen militaristischer und kleinbürgerlicher Gesinnung von Anfang an verpönt. Auch dies und gerade dies gehörte zur Revolution: die Beseitigung jeglicher Hierarchie und die Einführung eines egalitären, kameradschaftlichen Umgangs.«⁹ Die organisatorische Struktur der Milizen entsprach also dem basisdemokratischen Gesellschaftsmodell der Anarchisten.

Bekanntermaßen scheiterte diese Revolution und mit ihr ein jedes ihrer Strukturmerkmale. »Die Sterbestunde der Revolution« – so wird die Kapitulation der freiheitlichen Kommunisten bei den militärischen Auseinandersetzungen mit den moskautreuen Kommunisten im Mai 1937 in Barcelona genannt.¹⁰

Diese Kapitulation besiegelte das faktische Ende der libertären Revolution in Spanien.¹¹

Die anarchistische Theorie bezüglich der Überwindung des Staates stieß in der Praxis an ihre scheinbar unüberwindbare Grenze. Der

6 Heleno Sana: Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg, Hamburg 2000, S. 107 ff.

7 »Die Vergesellschaftung erfaßte in Katalonien 70 % der Industrie, Teile der Landwirtschaft und des Klein- und Gewerbes und die Mehrheit der Dienstleistungsunternehmen: Transport (Schifffahrt, Eisenbahn, Busse, Straßenbahnen, Taxis, Metro), Wasser- und Elektrizitätsbetriebe, Gastronomie, Hotels, Warenhäuser, Bäckereien, Friseursalons usw. Kollektiviert wurden auch die wichtigsten Bereiche der Unterhaltungs- und Kulturindustrie (espectáculos públicos), darunter Theater, Kinos und die Filmproduktion ... An dieser gewaltigen Neuordnung des ökonomischen Systems und damit ihres gesamten Lebens beteiligten sich rund drei Millionen Menschen.« (Sana, a. a. O., S. 92 ff.).

8 Pierre Broué, Émile Témime: Revolution und Krieg in Spanien, Frankfurt am Main 1968, S. 168-169.

9 Heleno Sana, a. a. O., S. 60.

10 Das Ergebnis der tragischen Woche in Zahlen: bis zum 7. Mai erforderte der Bürgerkrieg im Bürgerkrieg rund 500 Tote und 1000 Verletzte, vgl. dazu Sana, a. a. O., S. 184 und Augustin Souchy: Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, o. D. um 1950, wiederveröffentlicht als Augustin Souchy: Anarchosyndikalisten über Bürgerkrieg und Revolution in Spanien. Ein Bericht, Darmstadt 1969, S. 203.

11 Pierre Broué, Émile Témime, a. a. O., S. 358.

Bürgerkrieg erzwang Kompromisse; der spanische Staat wurde von verschiedenen Akteuren sowohl nach außen als auch nach innen verteidigt. Die Kollektivierungen, die Umwandlungsprozesse von Privateigentum in Kollektiveigentum zwecks Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und die Auflösung eines stehenden Heeres zugunsten der Bildung freier Milizen konnten angesichts der Kriegssituation und der erbitterten Gegnerschaft innerhalb des republikanischen Lagers zwischen Anarchisten auf der einen und bürgerlichen Kräften und Kommunisten auf der anderen Seite nicht durchgesetzt werden.

Die Ursachen für das Scheitern des politischen, ökonomischen und militärischen Systems des Anarchismus liegen aber nicht nur in den oben benannten Phänomenen begründet, sondern auch in der inkonsequenten Umsetzung anarchistischer Theorie. So wurden zum Beispiel die Komitees nicht demokratisch legitimiert und ihre Koordination in einem einheitlichen Räte- und Delegiertensystem fand nicht statt.¹²

Ergo scheiterte der Anarchismus in Spanien an einer Vielzahl externer und interner Faktoren. Zu den externen zählen (neben dem schon erwähnten Faktor der Kriegssituation) auch die vermeintliche Nichteinmischungspolitik der europäischen Demokratien, die wohl bekannt ihre ökonomischen Kontakte zu den Militärs aufrecht erhielten, die dadurch begünstigte hegemoniale politische Rolle der Sowjetunion in Spanien mit klarer Ausrichtung auf einen stalinistisch geprägten Kommunismus und die militärische Unterstützung Francos durch die deutschen und italienischen Nationalsozialisten und Faschisten. Interne Faktoren müssen hier unterschieden werden in die schon dargestellten innerrepublikanischen Widersprüche, speziell zwischen Anarchisten und Kommunisten und den Defiziten der anarchistischen Bewegung selbst. Es erscheint legitim, von einem theoretischen und strategischen Defizit der libertären Bewegung zu sprechen.¹³

Die anarchistische Bewegung war bis heute nicht in der Lage, dieses theoretische Dilemma aufzulösen. Versucht man, sich aktuelle Schriften libertärer Denker in den Sinn zu rufen, fallen einem lediglich Noam Chomsky und Murray Bookchin ein, in Abstrichen (sowohl bei der Aktualität als auch beim explizit freiheitlich kommunistischen Verständnis) erinnert man sich noch Albert Camus' und seines primär moralischen Sozialismusmodells.

Vereinfacht läßt sich sagen, daß die anarchistische Theorie an der Praxis zerbrach. Der Widerspruch zwischen Ideologie und Pragmatismus wurde zugunsten eines kriegsbedingten Pragmatismus aufgelöst, das heißt zuungunsten der sozialen Revolution. Wo die kulturpolitische Bewegung des libertären Sozialismus mit machtpolitischen Fragestellungen konfrontiert wurde, zu deren Auflösung ihr schon vom Kern eigenen Denkens und Handelns keine adäquaten Antworten zur Verfügung gestellt werden konnten, mußte sie zwangsläufig scheitern.

Ob der die folgenden Jahrzehnte umfassenden theoretischen Stagnation erscheint der Anarchismus heute lediglich als anachronistisch. Doch war wirklich alles Streben und Bemühen nur für eine kurze, völlig unbeachtete historische Episode gut?

12 Monika Wojak, a. a. O., S. 94.

13 Bernecker äußert sich zum theoretischen Defizit des Anarchismus in der seinen Büchern innewohnenden objektiven Weise: »Zum einen fehlen dem Anarchismus als einem Gesamtphänomen, das konträre Grundhaltungen in sich vereinen kann, anerkannte Theoretiker mit gemeinsamer Ausrichtung – weshalb ihm auch ein einheitliches Paradigma abgesprochen wird –, zum anderen haben Anarchisten eine Systematisierung ihrer Gesellschaftskritik stets abgelehnt, da jede explizite, auf genauer Analyse bestehender Verhältnisse aufbauende Theorie als Voraussetzung und über das Bestehende hinausweisende Handlungsanleitung für die revolutionäre Umwandlung der Gesellschaft die Freiheit des Individuums einschränken könnte.« (Walther L. Bernecker (Hrsg): Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, Nördlingen 1980, S. 43).

Der Anarchismus als kulturpolitische Bewegung scheiterte angesichts machtpolitischer Fragestellungen, da er die Macht und ihre Ausübung ablehnte. Doch die Vergangenheit hat auch gelehrt, daß der Sozialismus als machtpolitische Bewegung zum Scheitern verurteilt ist, wenn er nicht gleichzeitig einen kulturpolitischen Anspruch verfolgt: die Befreiung des Menschen (als Individuum) von Ausbeutung, Unterdrückung und nicht zuletzt staatlicher Bürokratie. Lediglich nach Macht strebende sozialistische Parteien, denen Macht zum Selbstzweck wurde oder wird, werden keine gesellschaftsverändernde Rolle in der Gegenwart oder Zukunft spielen, selbst wenn ihr Machtstreben aus einer realistischen Perspektive politisch verständlich erscheint. Die Verwaltung bestehender Zustände ist keine originär sozialistische Aufgabe. Doch aber ihre *Veränderung*. Selbst wenn sogenannte Sachzwänge in einer kapitalistischen Umwelt walten, so sollten Sozialisten ihren Anspruch auf gesellschaftliche Gestaltung nicht aufgeben. Und wenn diese Gestaltung, die immer auch Veränderung impliziert, im kulturpolitischen Bereich läge, wenn sie das gesellschaftliche Klima zum Beispiel im Sinne von Teilhabe und ökologischen Gesichtspunkten, also im Sinne eines links orientierten Gesellschaftsverständnisses positiv einflußte, so wäre dies schon ein meßbarer Erfolg.

Der Weg zu einem tragfähigen und nachhaltigen sozialistischen Projekt sollte zumindest die Erfahrungen der anarchistisch sozialistischen Bewegung berücksichtigen und in bestimmtem Maße ihre Mittel und Ziele reflektieren.

WOLFRAM ADOLPHI

Die steckengebliebene Öffnung. Das Schicksal des »Forum 2000plus!« der PDS

In einem Artikel der Zeitschrift *Disput* bedient sich die Parteivorsitzende Gabriele Zimmer einer Methode, die ansonsten in der PDS dauerlicherweise stark aus der Mode gekommen ist: Sie ruft ein Stück der von vielen Akteuren gemeinsam erlebten Geschichte der Partei auf und macht es für heutiges Handeln geltend. Wie tut sie das konkret? Mit dem Ziel, der seit dem Geraer Parteitag drohenden neuen Lager- und Frontenbildung an der Linie »Opposition oder Mitgestaltung?« in der Partei entgegenzuwirken, zitiert sie aus dem Beschluß des 4. Parteitages der PDS (1995), der den Titel »Sozialismus ist Weg, Methode und Ziel« trägt, jene Passage, wonach »die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder eine Koalitionsrolle begibt, ... nicht das Oppositionsverständnis der PDS (berührt)« und die Entscheidung über die konkrete Rolle im Parlament »je nach Zeit und Situation abhängig davon zu treffen (ist), wie ein Höchstmaß an Veränderungen im Sinne der programmatischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann«. Sie erinnert daran, daß es sich um einen gemeinsamen Antrag des seinerzeitigen Parteivorsitzenden Lothar Bisky, des Vorsitzenden der Gruppe der PDS im Bundestag Gregor Gysi und des Ehrenvorsitzenden Hans Modrow handelte und Bisky und Gysi ihren Verbleib in Spitzenfunktionen von der Annahme dieses Antrages abhängig gemacht hatten. Und sie stellt mit Bezug zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Ursachen der Niederlage bei den Bundestagswahlen am 22. September 2002 fest: Hätte die Partei diesen Beschluß damals nicht einfach nur gefaßt, sondern ihn sich wirklich angeeignet, »wäre die Programmdebatte anders verlaufen, glücklicher und auf jeden Fall niveau- und kulturvoller«. So aber habe sich die Partei »auf diesen Sätzen bis zum September 1998 aus(geruht)« und sie »erst mit dem Eintritt in die Koalition in Mecklenburg-Vorpommern« weiter diskutiert. Das sei »der Mangel an unserem Umgang mit den eigenen Beschlüssen«.¹

Ein anderes anregendes Beispiel für das Aufrufen von Geschichte zur Beförderung heute dringend notwendiger programmatischer und konzeptioneller Klärungen hat Edda Seifert, langjähriges Mitglied des PDS-Parteivorstandes, schon im Oktober 2002 geliefert. In einem Beitrag für das *Neue Deutschland* beleuchtet sie die politischen und psychologischen Wirkungen des Münsteraner Parteitages vom April 2000 für die Programmdebatte und die politische Alltagsarbeit bis hin zur Wahlniederlage und kommt nach kritischer Analyse des

Wolfram Adolphi – Jg. 1951; Dr. sc. phil., Diplom-Staatswissenschaftler, seit 1992 Redakteur von *UTOPIE kreativ*, veröffentlicht hier seit 1993 zu Themen der internationalen Beziehungen und der chinesischen Außenpolitik; von 1999 bis 2002 als Mitarbeiter von Roland Claus im Deutschen Bundestag eng mit der Entwicklung des Projektes »Forum 2000plus!« verbunden. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: 16. November 2001, Heft 136 (Februar 2002).

1 Gabi Zimmer: Nur gemeinsam schaffen wir es! Die neuen Aufgaben der PDS, in: *Disput*, Nr. 12/2002, S. 3-4. Gabi Zimmer zitiert auch die folgende Beschlußpassage: »Die PDS strebt einen demokratischen, sozialen, ökologischen und zivilgesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland an, der den

Umgangs mit den Ergebnissen von Münster zu dem Schluß: »Aus der Möglichkeit einer nach außen gerichteten Perspektive wurde eine introvertierte Retrospektive. So besitzt man weder Ausstrahlung noch gewinnt man Wahlen.«²

Unabhängig davon, ob man diese Wertungen teilt: Beide Texte haben den Vorzug, Gedankengänge und Entscheidungsstränge ihrer Autorinnen nicht nur nachlesbar, sondern auch – da man sie mit eigener Erfahrung anreichern kann – nachvollziehbar zu machen. Genau das aber ist für das Entstehen einer Kommunikationskultur, die auf Lernen, Verändern und das Finden neuer Lösungen ausgerichtet ist, unabdingbar.³ Daß eine solche Kultur in der PDS weitgehend verschüttet ist, hat mit Dietmar Wittich einer der gründlichsten Analytiker der PDS-Entwicklung kürzlich hier erörtert.⁴

Mit der Erfahrung aus elf Jahren Redaktionsarbeit in *UTOPIE kreativ* mache ich mir keinerlei Illusionen darüber, wie schwer es ist, dieser Verschüttung etwas entgegenzusetzen und die Entwicklung einer an konkrete Politikanalyse geknüpften Kommunikationskultur zu befördern. So blieben Politikanalysen, wie sie in unserer Zeitschrift wiederholt durch Nicht-Politiker vorgenommen worden sind, in aller Regel *ohne jedes Echo* seitens der Politiker.⁵ Aber auch Wortmeldungen der Politikerinnen und Politiker selbst sind in der Zeitschrift außerordentlich selten.⁶ Und in der bereits erwähnten PDS-Zeitschrift *Disput* mit ihren kürzeren Beiträgen findet, wenn Politiker dort das Wort ergreifen, in den allermeisten Fällen keine Diskussion, kein Bezug auf andere statt, sondern lediglich die Vorstellung der jeweils eigenen Überlegungen – und dies meist auch ohne historischen Rückgriff, das heißt: ohne Sichtbarmachung von Entwicklung.⁷

Nun mag man einwenden, daß *UTOPIE kreativ* und *Disput* vielleicht nicht der Nabel der Kommunikationswelt der PDS seien. Dem wäre erstens entgegenzuhalten, daß die Partei selbst es war, die einst beschloß, eben wegen der dringend notwendigen Kommunikation beide Zeitschriften zu gründen, und zweitens wäre zu fragen, wo denn sonst diese Kommunikation ihren Ort habe. Ein höchst fragwürdiger besteht aus meiner Sicht in der Abfassung dieser und jener Papiere, die so lange unveröffentlicht in diesem und jenem Zirkel kreisen, bis sie plötzlich in Form willkürlich herausgerissener Zitate und durch Dritte verfaßter Deutungen in einigen großen Medien auftauchen. Das aber ist nicht wirklich Kommunikation, sondern deren Zerstörung. Es werden auf diese Weise innerparteiliche Diskussionsstränge gekappt, und was noch schlimmer ist: Es findet auch kein für die eigene Sache werbender Dialog mit der »Außenwelt« – spricht: der Gesellschaft – statt.⁸

Die Idee des »Forum 2000plus!«

Es war aber genau dieser werbende, offene Dialog mit der Gesellschaft, um den es ging, als 1999 die Idee des »Forum 2000plus!« geboren wurde. Die Wurzeln dieser Idee liegen in der Bundeswahlkonferenz 1997 mit der Aufforderung des damaligen Parteivorsitzenden Bisky an die Partei, dem Projektgedanken im politischen Alltag mehr Platz einzuräumen. Tendenzen, sich im Konzeptemachen einerseits und in der Vielfalt der zu beackern den Politikfelder ande-

Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft, der Umweltzerstörung, der Ausbeutung der sogenannten Dritten Welt und jeglicher Großmachtspolitik öffnet. Daraus ergibt sich, daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht ... Wer eine Gesellschaft wirklich verändern will, muß sich in diese Gesellschaft hineinbegeben.«

2 Edda Seifert: Windmühlen statt Mauern, in: *Neues Deutschland*, 5./6. 10. 2002. Eine entscheidende Passage sei hier ausführlich zitiert: »Stück um Stück haben wir einen Demokratisierungsprozeß durchgemacht und uns der Gesellschaft geöffnet. Auf dem Münsteraner Parteitag brachte der Vorstand zum ersten Mal ein kompliziertes außenpolitisches Problem zur Abstimmung. Alles wurde noch schwieriger. Der Unterschied zwischen dem durchgefallenen Vorstandsantrag und dem vom Parteitag angenommenen bestand nicht darin, daß ersterer sich weniger konsequent gegen Kriege gerichtet hätte. Er bestand darin, daß der Vorstand sich dafür einsetzte, die Existenz einer dritten Gewalt auf internationaler Ebene wirklich und wahrhaftig als Notwendigkeit zu akzeptieren ... Damit keine Unklarheit aufkommt: der Vorstand hat sich seine Watschen vom Parteitag redlich verdient. Nicht, weil er in der Sache falsch gelegen hätte, sondern weil er sich hat hinreißen lassen, eine ebenso wichtige wie schwierige Frage völlig überstürzt zur Abstimmung zu bringen. Weil er selbst noch nicht imstande war,

genügend klar und souverän zu sagen, worum es im Kern überhaupt ging, weil er sich nicht die Zeit genommen hat, rechtzeitig vor dem Parteitag um die erforderlichen Mehrheiten zu werben und zu kämpfen ... Dem Vorstand blies also kräftiger Wind ins Gesicht, Klärungen der vergangenen Jahre schienen beseitigt, die realitätsorientierte Mehrheit auf einmal keine Mehrheit mehr zu sein. Darüber waren die Basis und der Vorstand gleichermaßen erschrocken.«

3 Darum sei hier ausdrücklich auf den Aufsatz von Paul Schäfer: Die Wahl 2002 und die Krise der PDS, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 146 (Dezember 2002), verwiesen.

4 Dietmar Wittich: Schlüsselproblem: Politische Kultur. Zum Wahlergebnis der PDS, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 146 (Dezember 2002).

5 Zu solchen weitgehend echolos gebliebenen Arbeiten gehört zum Beispiel: Horst Kahrs: Was kommt nach den »Reformern« in der PDS?, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 115/116 (Mai/Juni 2000). In diesem Aufsatz stellt der seinerzeit zur Beratergruppe des Vorstandes der PDS-Bundestagsfraktion gehörende Autor geradezu prophetisch fest: »Nicht einige »Hamburger«, die KPF oder irgendwelche Dogmatiker bedrohen die Zukunft der PDS, sondern die Politik- und Leitungsunfähigkeit der »Reformer««. Und weiter: »»Reformer« und »Erneuerer« stehen unter Beweispflicht.« – Weiter auch Michael Chrapa, Dietmar Wittich: »Panta rhei«. Veränderungen im Umfeld sozialistischer Politik, in: *UTOPIE*

reseite zu verlieren, setzte er die Konzentration in der Sache entgegen. Dies versprach zweifachen Gewinn: *Erstens* einen konkret inhaltlichen, denn es ging ja um Projekte mit unmittelbarer Auswirkung auf die Gesellschaft; *zweitens* aber auch einen für das Selbstverständnis der Partei, denn die Frage nach Opposition oder Gestaltung würde sich auf diese Weise im Praktischen lösen und somit endlich aus der Umklammerung durch eine überhitzte und im rein Theoretischen angesiedelte Frontstellung befreien lassen. An die Stelle einer Fundamentalopposition konnte mit Projekten das im Wortsinne radikale, an die Wurzeln gehende Opponieren treten.

In solchem Verständnis – wurde in der Vertiefung des Projektgedankens deutlich – ist Radikalopposition immer gestaltende, konstruktiv denkende und handelnde Opposition, die sich nicht auf sich selbst zurückzieht, sondern sich auf potentielle Partner orientiert. Dabei gilt es, Punkte zu finden, wo auch die anderen radikal sind – und diese Suche nach Projekten und Partnern wird bestimmt von dem sicheren Wissen, daß Veränderungen nie allein, sondern immer nur mit anderen gemeinsam zu erreichen sind. Die für solche Gemeinsamkeit notwendigen Schnittstellen müssen gefunden und als Konzentrationspunkte der eigenen Politik erkennbar gemacht werden.⁹

Aus solchem Geist heraus war das *Rostocker Manifest* entstanden, das am 5. April 1998 von mehr als 350 Delegierten des Rostocker Parteitages unterzeichnet wurde.¹⁰ »Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik« lautete sein Untertitel, und zu einem seiner Kernbegriffe wurde das Wort vom »Pilotprojekt Ost«. Und aus solchem Geist heraus entstanden auch jene vier anderen Projekte, die im Bundestagswahlkampf 1998 eine herausragende Rolle spielten: der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS)¹¹, der Kampf um einen Ausbildungsplatz für jeden Jugendlichen, die Kommunalfinanzreform und die Reform der Abgaben und Steuern.

Auf der Bundeskonferenz der PDS am 7. November 1998 wurde ein zweiter entscheidender Anstoß für die Forenidee gegeben: Wohl wissend, daß die PDS sich bei Strafe ihres Unterganges zusätzlich zu den ihr treuen auch neue Wählerschichten würde erschließen müssen, weil sich die politischen Bedingungen im Lande veränderten und auch ganz einfach das Älterwerden der Parteimitglieder und großer Teile der traditionellen Wählerschaft seinen Tribut forderte, drängte Bisky in seiner Rede auf eine Neuformierung der Partei, und diese Neuformierung – so unterstrich er – bedeute zwingend: neue Leute, neue Ideen, neue Verkoppelungen. Alles Bisherige gehöre jetzt, da die PDS in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen sei, in Mecklenburg-Vorpommern mit der SPD eine Koalitionsregierung gebildet habe und in Sachsen-Anhalt die Tolerierung einer SPD-Regierung erfolgreich fortsetze, auf den Prüfstand.¹²

Konzentration auf einige herausragende Projekte und konsequente Öffnung der Partei – beide Vorhaben, das zeigte sich rasch, konnten nicht jedes für sich, sondern nur zusammen wirkungsmächtig werden. Strategische Schwerpunkte politisch gestaltender Tätigkeit können nicht gefunden werden ohne den beständigen Diskurs mit Partnern, mit der Gesellschaft. Und andererseits kann die Partei die Gesellschaft über ihre Schwerpunktsetzung nur via Öffentlichkeit

in Kenntnis setzen. Aus der Synthese aus Projektidee und Öffnungskurs erwuchs das Projekt *Forum 2000plus!*.

Von der Idee zur Realisierung

Den Startschuß dazu gab kein Parteitag, sondern eine Klausurberatung von Parteivorstand und PDS-Bundestagsfraktion am 30. August 1999. Der Zeitpunkt markierte nicht nur einen inhaltlichen Neuanfang, sondern auch einen in der politischen Geographie: Der Bundestag war im Sommer 1999 von Bonn nach Berlin umgezogen, und so entstand für die PDS erstmals die für andere bundesdeutsche Parteien ganz normale räumliche Nachbarschaft von Parteivorstand und Bundestagsfraktion, die es nun auch politisch ins Feld zu führen galt. Lothar Bisky stellte das Projekt der Öffentlichkeit mit folgenden Worten vor: Die PDS wolle »mit ihren Foren Gegenöffentlichkeiten schaffen«, und zwar »dort, wo es für die Gesellschaft dringend ist, daß sich Gegenmächte formieren und artikulieren«. Aus diesem Grunde werde es fünf Foren mit einem jeweiligen Leitgedanken geben:

(1) Forum *Pilotprojekt Ost*: Ostdeutschland bedarf nicht der väterlichen Fürsorge eines Regierungschefs, sondern der Emanzipation.

(2) Forum *Zukunft durch Abrüstung*: Zukunft hat unsere Gesellschaft nicht durch eine Kultur der Gewalt und der militärischen Konfliktlösung, sondern durch eine Kultur der Gewaltfreiheit und durch zivile Konfliktlösungen und Abrüstung.

(3) Forum *Soziale Sicherheit*: Die Reform der Sozialen Sicherungssysteme darf keine Chance erneuter Umverteilung von unten nach oben sein, sondern die Chance, das Gebot der sozialen Gerechtigkeit für Generationen zu realisieren.

(4) Forum *Arbeit, Umwelt und Unternehmen im 21. Jahrhundert*: Arbeit und Unternehmen bedürfen nicht der neoliberalen Deregulierung, sondern einer neuen Beschäftigungspolitik und des sozialökologischen Umbaus.

(5) Forum *Werkstatt Bildung, Wissenschaft und Technologie*: Bildung, Wissenschaft und Technologie bedürfen nicht der Glorifizierung und Mystifizierung als Standort rettendes Humankapital. Sie bedürfen der Demokratisierung.¹³

Im Herbst 1999 begannen die ersten konkreten Vorbereitungen. Unter Leitung von Roland Claus, damals Parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, formierten sich in der Fraktion fünf Arbeitsgruppen, in deren Zusammensetzung deutlich wurde, daß die Verbindung von Projekt und Öffentlichkeit ernst gemeint war: In jeder Gruppe gab es von Beginn an einen Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit. Gesichert war außerdem die ständige Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Parteivorstandes. Forenverantwortliche wurden Mitglieder der Bundestagsfraktion oder des Parteivorstandes. Die Namen der Bundestagsabgeordneten Christa Luft, Heidi Knaake-Werner – jetzt Sozialsenatorin in Berlin – und Wolfgang Gehrcke, des stellvertretenden Parteivorsitzenden Diether Dehm sowie der Mitarbeiter/innen Uta Schulze-Lessel, Roswitha Steinbrenner, Klaus Gebauer, Paul Schäfer, Matthias W. Birkwald, Volker Steinke und Gert Gampe sind in besonderer Weise mit den ersten gut gelungenen Veranstaltungen von *Forum 2000plus!* verbunden.

kreativ, Heft 109/110 (November/Dezember 1999). Die Autoren schreiben unter anderem: »Sozial spürbares Engagement, Besetzung intellektueller und kultureller Räume sowie die Erarbeitung origineller geistig-strategischer Optionen werden in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wie bei Wahlen Aufbrüche realisierbar sind.« – Eigene Erfahrungen mit Echolosigkeit seitens der Politik konnte ich sammeln zum Beispiel mit den Aufsätzen »Kommunikationsstörung. PDS am Jahreswechsel«, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 101 (März 1999) und »Die PDS in der Erfolgskrise«, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 112 (Februar 2000).

6 Die Aufsätze des früheren Landesvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt und seinerzeitigen zunächst Parlamentarischen Geschäftsführers und späteren Vorsitzenden der PDS-Bundestagsfraktion Roland Claus »Die PDS und die anderen. Parlamentarische Arbeit zwischen Ausgrenzung, Wettbewerb und Kooperation« (*UTOPIE kreativ*, Heft 112) und »Die Linke und die Macht« (*UTOPIE kreativ*, Heft 141/142) bilden eine solche Ausnahme, blieben aber ebenfalls echolos.

7 Als Beispiel dafür mögen zwei Texte der Landesvorsitzenden der PDS Sachsen-Anhalt, Rosemarie Hein, gelten. In *Disput* Nr. 1/2002 beschrieb sie unter dem Titel »Tolerieren, mitregieren? Acht Jahre Erfahrung. Und nun?« nicht weniger als zehn konkrete positive Wirkungen der Tolerierung der SPD-Regierung durch die PDS für das Land, dazu weitere drei

»Gewinne an Politikfähigkeit« für die PDS, darunter auch: Die PDS »hat sich als Partei mit politischem Gestaltungsanspruch, Verantwortungsbewußtsein und Entscheidungsbereitschaft erwiesen und wird heute von einem deutlich größeren Teil der politischen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit als regierungsfähig anerkannt.« Ein Jahr später ist die Lage eine ganz andere – die PDS in Sachsen-Anhalt hat bei den Landtagswahlen vom Mai 2002 das Ziel einer Koalition mit der SPD verfehlt und ist wieder in der Opposition, und in den Bundestag ist die PDS nicht wieder eingezogen –, und auch Hein äußert sich ganz anders. In *Disput* Nr. 1/2003 unterläßt sie unter der Überschrift »Schwierigkeiten mit der Gesellschaft – Bemerkungen zum Oppositionsverständnis« jeden Hinweis auf die ein Jahr zuvor so gepriesenen Gewinne für das Land, und zur Regierungsfähigkeit der PDS schreibt sie in deutlichem Gegensatz zu ihren Überlegungen aus dem Jahre 2002: »... haben wir Fraktionen, Bürgermeister/innen, Landräte und auch Landesregierungen (hier meint sie offensichtlich die Regierungsbeteiligungen der PDS in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin – W. A.) mit zu wenig verlässlicher Substanz ausgerüstet, daß erfolgreiches Regieren möglich wird.« Die Autorin präsentiert jeweils Momentaufnahmen ihres Denkens – warum aber aus Erfolgen Niederlagen wurden, erfahren wir nicht.

8 Eine ausführliche Meinungsäußerung zu diesem Problem habe ich zur Diskussion gestellt in einem Text »Geheimpapiere« –

Um die Synthese von Projekt und Öffnung auch sinnlich überzeugend zu gestalten, sorgte Roland Claus dafür, daß für die Foren in ihrer Gesamtheit durch die Agentur *Trialon* ein spezielles Erscheinungsbild geschaffen wurde. So entstand das Logo *Forum 2000plus!* Aber die Agentur übernahm darüber hinaus auch weitere Aufgaben: Sie entwickelte bei den Akteuren das Gefühl dafür, daß für jede einzelne Veranstaltung ein komplettes Öffentlichkeitskonzept zu entwickeln war, unterbreitete Gestaltungskonzepte und suchte geeignete Veranstaltungsorte aus. Öffnung der Partei – das durfte nicht nur heißen, neue, ungewohnte Partner/innen zu finden, sondern auch: neue, ungewohnte Veranstaltungsorte ins Spiel zu bringen. So traf sich *Forum 2000plus!-Pilotprojekt Ost* am 18. März 2000 zur Auftaktveranstaltung im großzügig verglasten, den Blick ins Offene lenkenden Dachgeschoß eines noch nicht bezugsfertigen Neubaus in Berlins taufischem Media- und Kommunikationszentrum Oberbaumcity, im Herbst 2000 im Kaufhaus *Stilwerk* und im Juli 2001 im ehemaligen Staatsratsgebäude.

Es ist hier natürlich nicht der Platz, alle Veranstaltungen von *Forum 2000plus!* zu referieren. Für entsprechende Recherchen gibt es noch immer eine spezielle Website, und es gab Reader und Presseberichte in großer Zahl.¹⁴ Die Teilnehmer/innen kamen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Auf den Podien saßen Gewerkschafter/innen, Künstler/innen, Banker/innen, Menschen aus Politik, Wissenschaft und Sozialarbeit. Es gab Podiumsdiskussionen mit 150 bis 200 Gästen im Saal zur Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft, zur Rolle und zu den Chancen der kleinen und mittleren Unternehmen, zum Schicksal der Sozialsysteme, zu Problemen von Frieden und Abrüstung, es gab kleinere Fachberatungen, und es gab in den Foren *Zukunft durch Abrüstung und Arbeit, Umwelt und Unternehmen im 21. Jahrhundert* einige Großveranstaltungen im Freien. Kurz: In den Jahren 2000 und 2001 hatte sich *Forum 2000plus!* zu einem eigenständigen Markenzeichen der PDS gemausert.

Herausforderungen, Widersprüche, Hindernisse

Der Rückblick offenbart Erstaunliches: Schon in der Geburtsstunde von *Forum 2000plus!* waren jene Umstände und Zusammenhänge skeptisch zur Sprache gebracht worden, die später tatsächlich zum Bedeutungsverlust, ja sogar zum langsamen Sterben des *Forum* führen sollten.¹⁵ Da gab es erstens die in allen Debatten um Programme, Wahlprogramme und Strategien mit sicherer Regelmäßigkeit auftauchende Frage, ob denn mit der Auswahl der fünf Foren Themen nicht andere wichtige Politikfelder wie etwa Frauenpolitik, Jugendpolitik und Antifaschismus/Antirassismus unberücksichtigt bleiben würden. – Die Erfahrung zeigt, daß man mit einer solchen Fragestellung jeden Versuch, zu knappen, auf wenige Schwerpunkte konzentrierten Politikangeboten zu gelangen, komplett zerschlagen kann. Unendlich lange Anträge an Parteitage und im Bundestag legen ebenso wie unendlich lange Wahlprogramme davon trauriges Zeugnis ab. Am Ende sagt man alles – und nichts.

Christa Luft brachte zweitens die Befürchtung zum Ausdruck, daß die Foren sich in einem Mangel an Ergebnisorientiertheit verlaufen könnten, denn: viel zu selten ziehe die PDS Bilanz, was aus ihren

Beschlüssen denn geworden sei, und mache statt dessen lieber etwas völlig Neues. – Sie selbst unternahm dann die Anstrengung, zu beweisen, daß es auch anders geht. Sie übernahm die Leitung des *Forum 2000plus!-Pilotprojekt Ost*, und gemeinsam mit ihrem Mitarbeiter Klaus Gebauer entwickelte sie dieses Forum zu einem besonders kontinuierlich arbeitenden und den Öffnungs- und Projektgedanken am konsequentesten entwickelnden der gesamten Reihe. *Pilotprojekt Ost* – der Kernbegriff des *Rostocker Manifests* – wurde durch die Arbeit dieses Forums zu einem Kernbegriff von politischer Arbeit überhaupt, und aus dem Forum heraus entstanden konkrete politische Aktionen wie zum Beispiel die Initiierung eines *Bündnisses für Aufträge*, mit dem Christa Luft Wirtschaftskreise und Bundesregierung für spezielle ostdeutsche Leistungen bei der Erneuerung ehemals von der DDR gelieferter Industrieausrüstungen in Rußland zu interessieren versuchte. In engem konzeptionellem Zusammenhang mit *Pilotprojekt Ost* entstand auch das von Gabi Zimmer, Roland Claus, Christa Luft und Helmut Holter verantwortete und am 23. April 2001 der Öffentlichkeit übergebene Konzeptpapier *Zukunftsfaktor Ost*, das auf knappe und übersichtliche Weise das *Rostocker Manifest* aufnimmt und zeitgerecht zuschneidet.¹⁶

Bisky schließlich forderte drittens mehrfach die Gemeinsamkeit aller PDS-Gliederungen bei der Umsetzung von Beschlüssen ein. Die Partei, so befand er bereits damals, befinde sich in einem Zustand der »Zerbröselung«, weil jeder zu allem seine jeweils eigene Stellungnahme habe. – Und in der Tat stellte sich später als ein Haupthindernis für die Entwicklung von *Forum 2000plus!* heraus, daß die Landesverbände die Idee nicht aufnehmen und keine adäquaten Veranstaltungsformen entwickelten.¹⁷

Im weiteren zeigte sich, daß der Bruch in Denk- und Arbeitsweise der Partei, der mit *Forum 2000plus!* ja ausdrücklich gewollt war, eine noch größere Tiefe hatte, als selbst den Skeptikern in den Sinn gekommen war. Die speziell gebildeten Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion zerfielen wieder, weil die Erfüllung der parlamentarischen Hausaufgaben wieder die absolute Oberhand gewann und von vielen eine Veränderung bisheriger Arbeitsweisen als unerträgliche Zumutung verstanden und daher abgelehnt wurde. Alles auf den Prüfstand, wie Bisky 1998 auf der Bundeskonferenz gefordert hatte? Nein, bestimmte Arbeitsweisen wurden niemals wirklich auf den Prüfstand gestellt. Immer blieb für die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten und ihrer Mitarbeiter/innen die Erarbeitung von parlamentarischen Anträgen und Anfragen das Hauptfeld ihrer Tätigkeit – obgleich sich doch immer und immer wieder herausstellte, daß Papiere, auf deren Abfassung nicht nur Tage, sondern Wochen verwandt worden waren, wegen der Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht die Spur einer Chance auf Annahme oder wenigstens Öffentlichkeit hatten. Aber deshalb den Weg hinaus ins Offene, in neue Arbeitsweisen, wagen? Nein, soweit reichten Kraft, Lern- und Veränderungsbereitschaft nicht.

Weil das *Forum* nicht wirklich zu einer Angelegenheit aller Vorstände und Parteigliederungen wurde, gelang es auch nicht, eine Verbindung zwischen ihnen auf der einen und den Arbeits- und Interessengemeinschaften der Partei auf der anderen Seite herzustellen. Die

was denken sich die Verfasser? Überlegungen zu einer Praxis, die längst beendet sein müsste«, in: *Disput*, Nr. 9/1999.

9 Vgl. dazu: Wolfram Adolph, Harald Pätzolt: »Forum 2000plus! – Mit Vergnügen ins Offene«, in: *Disput*, Nr. 7/2000.

10 Das *Rostocker Manifest* wurde 1998 in Berlin als Broschüre herausgegeben, sein Text findet sich auch in: *Disput*, Nr. 4/1998, S. 31-37. Zu seiner Begründung sprachen der Parteivorsitzende Lothar Bisky im Rahmen seines Grundsatzreferates »Für eine gerechte Verteilung von Arbeit und Reichtum« (in: Ebenda, S. 6-14), außerdem unter dem Titel »Endlich den Osten als Chance begreifen – als Nutzen für das ganze Land« die Wirtschaftsministerin der Modrow-Regierung, langjährige stellv. Fraktionsvorsitzende und Haushaltsexpertin der PDS im Bundestag, Christa Luft, die am Zustandekommen des Manifests entscheidenden Anteil hatte (in: Ebenda, S. 26-28) sowie unter der Überschrift »Den potentiellen Wählern überzeugende Alternativen vorstellen« der spätere Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern Wolfgang Methling (in: Ebenda, S. 29-30).

11 Wie dieses Projekt 1998/99 in verschiedenen PDS-Landesverbänden entwickelt worden ist, ist treffend nachzulesen in dem von *UTOPIE kreativ* mitverantworteten, von *Crossover* herausgegebenen Buch *Regionales Wirtschaften als linke Perspektive*, Münster 2000. Zu Wort melden sich dort direkt zum ÖBS-Projekt Barbara Borchardt (Mecklenburg-Vorpommern),

Sabine Dirlich (Sachsen-Anhalt) und Inge Baumgart (Thüringen) sowie Heidemarie Ehler und Angelika Klein (Sachsen-Anhalt, speziell zur Stadt Halle/Saale).

12 Vgl. Pressedienst der PDS, Nr. 46 v. 13. 11. 1998.

13 In: Ulrich Kalinowski: Foren – wie ein Wurf junger Katzen, in: *Disput*, Nr. 9/1999.

14 In *Disput* siehe neben dem bereits genannten Beitrag von Adolphi/Pätzolt, in dem auch die Auftaktveranstaltung vom 18. 3. 2000 ausführlich dargestellt ist, Dieter Dehm: »Gegen Bankenmacht« – das wird ein Dauerbrenner! Furioser Auftakt des Forum 2000plus! – Arbeit, Umwelt, Unternehmen im 21. Jahrhundert, in: Nr. 7/2000, S. 11; Sabine Kebir: Frankfurter Hörsaal V: Wer stoppt die Höllenmaschine? – Pierre Bourdieu ruft zur Allianz von sozialen Bewegungen und Intellektuellen auf – Forum 2000plus!, in: Nr. 7/2000, S. 12; Wolfram Adolphi: Zukunftsfaktor Ost als »Stimmungs«-Frage – Forum 2000plus! – Debatte mit Wissenschaftlern, in: Nr. 8/2001, S. 26-27. – Die Reader waren über die Bundestagsfraktion zu beziehen. Die website hat die Adresse www.forum2000plus.de.

15 Ich beziehe mich in der Beschreibung des 30. 8. 1999 wiederum auf Ulrich Kalinowski: Foren – wie ein Wurf junger Katzen, in: *Disput*, Nr. 9/1999, S. 5.

16 »Zukunftsfaktor Ost« ist als leicht lesbarer und gut zu versendender Flyer gedruckt worden. Den Text siehe auch unter www.pds-online.de. – Schon im März 2001 hatte Helmut Holter im

Angst vor Veränderungen hinderte nicht nur in Alltagsroutine verfallene Hauptberufliche, sich neuen Ideen zu öffnen, sondern auch ehrenamtliche Gremien. Es schien sicherer, in den gewohnten Pfaden weiter zu wandeln – auch dann, wenn sich diese als reichlich ausgetreten erwiesen hatten.

Verknappung der Texte und Botschaften auf ein Weniges, das dann aber umso wirkungsmächtiger ist; sorgfältiger Umgang mit den der Partei zugeschriebenen Images; behutsam abgestimmtes Ringen um neue solche Images; entschiedene Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit; eine neue Art des unbefangenen, werbenden Umganges mit den Medien; die Entwicklung eigener Positionen nicht im stillen Kämmerlein, sondern im offenen Wettbewerb mit anderen, durchaus auch gegensätzlichen Positionen – und zwar so, daß sie dann dem Wettbewerb mit diesen anderen auch öffentlich standhalten können; die Entwicklung einer neuen Kultur des Zuhörens und des Aufnehmens auch ganz anderer, gegensätzlicher Denkansätze und Konzeptionen; die Entwicklung eines anderen, effektiveren, gesellschaftsnäheren Umganges mit dem Zeitbudget (dem eigenen sowohl als auch dem derjenigen, die man für eine Zusammenarbeit zu gewinnen hoffte) – all das hat bei den ersten Beratungen zur Gestaltung von *Forum 2000plus!* eine Rolle gespielt, konnte bei der Planung, Organisation und Durchführung der Foren geübt werden, ist aber nie zum Allgemeingut der Partei geworden. Auf der Führungsebene nicht, und auch nicht auf der Ebene der hauptamtlichen Mitarbeiter/innen. Die Partei hat sich dem Lernprozeß, der damit verbunden war, nicht wirklich gestellt.

Daß der Grundgestus von *Forum 2000plus!* in dessen besten Zeiten auch andere Arbeitsfelder bestimmen konnte, beweist das Ringen um ein PDS-Konzept zur Rentenreform. Horst Kahrs, als Berater des Fraktionsvorsitzenden im Bundestag einer der Hauptakteure dieses Ringens, hat es im März 2001 zusammenfassend beschrieben und dabei auf einen Konflikt aufmerksam gemacht, der genau auch den Konflikt um den Gestus von *Forum 2000plus!* beschreibt: Das in der Fraktion ausgearbeitete Rentenkonzept habe »eine innerparteiliche Kontroverse« hervorgerufen, »deren politische Substanz ... in der Konfrontation zweier strategischer Optionen gesehen werden« könne: »Kommt es in Zeiten neoliberaler Hegemonie vor allem darauf an, das Bestehende gegen weiteren Abbau zu bewahren, wobei jeder eigene grundsätzliche Reformvorschlag nur der übermächtigen Gegenseite in die Hände spielt? Oder hat linke Politik nur dann Zukunftsaussichten, wenn sie auf Veränderungen in der Arbeits- und Lebenswelt mit eigenen grundsätzlichen Reformalternativen reagiert und damit in einen politischen Wettstreit um die »besseren« Konzepte eintritt? Diese Diskussion endete in dem Beschluß des Parteivorstandes zum Rentenreform-Standpunkt der PDS, der die Entscheidung zu einigen zentralen Fragen vertagte.«¹⁸

Vertagung statt Ergebnis, Einigelung statt Offenheit, Selbstgenügsamkeit statt Wettbewerb: Wie es in der Rentenreformfrage geradezu exemplarisch geschah, passierte es im Bundestagswahlkampf zum Beispiel auch mit dem Begriff »Gerechtigkeit«, der eigentlich zu den Images der PDS zählt. Offeneres, gründlicheres, weniger selbstgewisses Zuhören und Aufnehmen gesellschaftlicher Veränderungen

hätte gezeigt: Auch andere Parteien punkten im Wettbewerb mit dem Wort »Gerechtigkeit«, präsentieren eine andere Vorstellung von Gerechtigkeit – und gewinnen. Also reicht es nicht, sich selbst als Gerechtigkeitspartei zu präsentieren, sondern es müssen neue Ideen, neue Konzepte her. Aber die Chance, über das *Forum 2000plus!-Soziale Sicherheit* in der ganzen Partei ein Gefühl für diese veränderte Problematik zu gewinnen, war vertan.

Indem das *Forum* nicht den Weg in die Landesverbände fand, gelang es auch nicht, an die medienöffentlich wirksamen zentralen Veranstaltungen konkrete dauerhafte Arbeitsformen anzubinden. Im Rahmen von *Pilotprojekt Ost* erwogen Gebauer und ich einige Zeit die Bildung eines solchen Forums für eine berlin-brandenburgische Region, die aus den Berliner Stadtbezirken Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg-Hohenschönhausen und den angrenzenden Landkreisen Märkisch-Oderland und Barnim bestehen sollte. Dort hat – nimmt man alles zusammen – die PDS mehrere Bürgermeisterämter inne, stellt sie Mehrheiten in Stadtbezirkparlamenten, besetzt sie mehrere Stadtratsposten, verfügt sie über Direktmandate im Bundestag bzw. im Berliner Abgeordnetenhaus und im Brandenburger Landtag. Warum also nicht ganz konkret die Bildung regionaler Wirtschaftskreisläufe in Angriff nehmen? Die innerparteilichen Widerstände waren so erheblich, daß die Idee nicht weiter verfolgt werden konnte.

Hat ›Forum 2000plus!‹ eine zweite Chance?

Natürlich müssen sich die Protagonisten von *Forum 2000plus!* auch die Frage stellen, ob sie für die von ihnen entwickelte Forenphilosophie ausreichend geworben haben.¹⁹ Claus hat auf seinen Parteitagreden in Cottbus (Oktober 2000), Dresden (Oktober 2001) und Rostock (März 2002) den Öffnungsgedanken immer wieder aufgenommen und in neue Bilder gekleidet. Es gehe darum, »sich einzubringen in den Wettstreit um die besten gesellschaftlichen Konzepte«, und die PDS wolle »sich der Gesellschaft öffnen«, denn sie wisse: »Politik wird eine Sache erst, wenn sie den Kreis von Gleichgesinnten übertritt«²⁰. Oder: Die PDS wolle »von einer Partei, die in dieser Bundesrepublik noch immer wie ein Phänomen behandelt wurde, zu einer Partei mit politischem Gebrauchswert« werden.²¹ Die Verbindung dieser Überlegungen mit dem Forenkonzept ist aber offensichtlich nicht geglückt. Die Anstrengungen haben nicht ausgereicht, viele Interessenlagen und Arbeitsweisen erwiesen sich als dem Konzept gegenüber zu widerstrebend.

Dennoch wäre es fatal, würde die PDS auf Anstrengungen zur Wiederbelebung von *Forum 2000plus!* verzichten. Denn trotz der Wahlniederlage bleibt die Erfahrung, daß sich die Öffnung in die Gesellschaft am besten über konkrete Projekte dieser Öffnung realisieren läßt – und in der Sackgasse stecken bleibt, wenn sie sich nur in der Sphäre des Theoretisierens abspielt. Es ist für die Geschichte der Foren durchaus bemerkenswert, daß weder in ihrer Entwicklung noch in ihrer konkreten Gestaltung oder öffentlichen Beurteilung die Kommunistische Plattform oder ihr nahestehende PDS-Mitglieder irgend eine Rolle spielten. Das steht in beachtlichem Gegensatz zu der Vehemenz, mit der diese PDS-Gruppierung zum Beispiel in der

Bundestag zu den Themen von »Zukunftsfaktor Ost« gesprochen. Die Rede »Für ein Aktionsbündnis Ost für Arbeit, Aufträge und Ansiedlungen von Unternehmen« vom 15. 3. 2001 siehe: Pressedienst der PDS, Berlin, Nr. 13 v. 30. 3. 2001.

17 Es darf dabei wohl nicht unerwähnt bleiben, daß das auch auf Bisky selbst zutraf. Nachdem er im Jahre 2000 statutengemäß nicht wieder zur Wahl zum Parteivorsitzenden antrat, aber weiter als Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg tätig war, gab es auch von ihm keine Initiative, das *Forum 2000plus!* mit Landesveranstaltungen zu stärken.

18 Horst Kahrs: Die Rentenreform ändert mehr als nur die Alterssicherung. Ein vorausschauender Rückblick, in: *Disput*, Nr. 3/2001, S. 6-8; vom gleichen Autor siehe auch: Die Rentenpolitik ist einen Streit wert. Eine Antwort auf Ernst Bienert (*Disput* 5/2000), in: *Disput*, Nr. 6/2000.

19 Bei den Recherchen zu diesem Artikel mußte ich zu meinem großen Erstaunen feststellen, daß gerade in der Zeit Herbst 1999/Frühjahr 2000, da *Forum 2000plus!* in den Startlöchern stand und Roland Claus und ich der festen Überzeugung waren, besonders intensiv für den Öffnungsgedanken zu werben, der Sozialwissenschaftler Michael Chrapa in einer Analyse zu dem Schluß gelangte, daß wir beide »faktisch nur die Varianten parlamentarischer Verankerung als ›Erfolgskriterium‹ für die PDS« heranzögen. Siehe Michael Chrapa: Partei für den Alltag oder fürs Parlament?

Zukunft der PDS – Szenarien, »blinde Flecke« und die Ökonomie des Zwischenmenschlichen, in: *Disput*, Nr. 3/2000. – Chrapa hatte das Forum 2000plus!, das ja erst im März 2000 begann, noch nicht im Auge, aber ich weiß nicht, ob er dann seine Wertungen geändert hätte. In jedem Falle machen seine Schlußfolgerungen Schwächen des Konzepts und Kommunikationsdefizite deutlich.

20 »Wir sind Teil der Gesellschaft, die wir verändern wollen«. Rede auf dem Cottbusser Parteitag 2000, in: *Disput* Nr. 10/2000, S. 38-40.

21 »Wir wollen soziale Gerechtigkeit im Inneren – und weltweit«. Rede auf dem Rostocker Parteitag 2002, in: *Disput*, Nr. 3/2002, S. 29-32.

22 Siehe zum Beispiel den in Ton und Argumentationsstil an schlimme Traditionen kommunistischer Linienkämpfe erinnernden Beitrag von Michael Mäde, Dorothee Menzner, Ulla Jelpke, Winfried Wolf und Ekkehard Lieberam »Sozialdemokratisierung muß die PDS zerstören. Bilanz eines Desasters, Konsequenzen für Gera«, in: *junge Welt*, 27. 9. 2002.

23 Dietmar Bartsch: Gedanken nach einer schweren Niederlage, in: Pressedienst der PDS, Nr. 41 v. 10. 10. 2002.

24 Den Beschluß »Gerechtigkeit, Entwicklung, Integration – Für einen starken Osten im Herzen Europas. Perspektiven für den Raum von Rügen bis ins östliche Bayern« siehe in: *Disput*, Nr. 3/2002, S. 38-50.

Programmdebatte gegen den von Gabriele Zimmer vorgestellten Programmwurf polemisierte oder in der Diskussion der Wahlniederlage mit schärfster Kritik gegen die »Sozialdemokratisierung« der PDS zu Felde zog.²² Daß in dieser Wahlanalyse keine Spur von Selbstkritik enthalten ist und die Bewertung konkreter Politikprojekte ausbleibt, verstärkt den Verdacht, daß in diesem Flügel der Partei der Kampf um die »reine Lehre« noch immer alles andere überwiegt. Die Rolle eines Projekts wie das *Forum* für die innere Erneuerung der PDS tritt angesichts dessen noch stärker hervor.

Leider findet *Forum 2000plus!* auch bei Wahlanalysen von Vertretern des »Reformflügels« kaum Erwähnung. Das hat zweifellos mit der Konzeptionslosigkeit zu tun, in die dieser Flügel schon lange vor den Bundestagswahlen abgerutscht war, und mit dem Mangel an gemeinsamem, zwischen Bundes- und Länderebene abgestimmtem Handeln. Auch hier gilt: Nicht die Proklamation der einen oder anderen These zählt, sondern das konkrete Tun.

Hoffnung liegt sicher in selbstkritischen Rückblicken, wie sie der Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch vorgenommen hat. Dort bleibt das *Forum* zwar ebenfalls unerwähnt, aber es gibt eine Passage zum *Rostocker Manifest*. Auch er, schreibt Bartsch, habe zugelassen, daß die Imagefelder der Partei »immer mehr entleert wurden«. Das *Rostocker Manifest* sei eben »1998 geschrieben worden und nicht 2002«, und »der kluge Beschlußtext vom Rostocker Parteitag 2002« sei halt »für die Galerie« gewesen.²³ Ich denke, die Analyse muß genau an diesem Punkt noch tiefer gehen: Der laut Bartsch »kluge Beschlußtext« vom Rostocker Parteitag zum Osten war eben nicht klug, sondern nachgerade kontraproduktiv. Er blieb in Struktur und Übersichtlichkeit weit hinter dem *Rostocker Manifest* von 1998 zurück, war viel zu lang, vermischte Situationsbeschreibung, Schlußfolgerungen und Zielstellungen zu einem nur schwer verdaulichen Textgemenge – und das, obwohl erstens das *Rostocker Manifest* ja in seiner Gültigkeit noch nie angezweifelt worden und zweitens mit dem Papier *Zukunftsfaktor Ost* bereits eine stark komprimierte Darstellung der PDS-Politik in dieser Frage gelungen war, die nun wieder konterkariert wurde. Es war genau das gemacht worden, wovon Christa Luft zum Start von *Forum 2000plus!* gewarnt hatte: Anstatt Bilanz zu ziehen und Vorhandenes weiterzuentwickeln, wurde einfach etwas Neues aufgetischt.²⁴ Es war folgerichtig, daß daraus im Wahlkampf keine überzeugende Politik gemacht werden konnte. Wo mit *Zukunftsfaktor Ost* an jedem Infostand und gegenüber jeder Zeitung, jedem Kleinunternehmen, jeder Gewerkschaft und überhaupt jedem, dem die Ostproblematik nahe liegt, hätte gepunktet werden können, war nun – Bartsch beschreibt es richtig – »Leere«. Bartsch allein weiß, warum der Beschluß mit der heißen Nadel genäht wurde, warum der Entwurf nie in der Bundestagsfraktion zur Debatte stand, warum er auch auf Landesparteitagen keine Rolle spielte und darum als öffentlich so gut wie gar nicht diskutierter Antrag den Parteitag erreichte.²⁵ Das war bei der Bedeutung des Themas nicht einfach nur ein Fehler, sondern ein *Fiasko*. Und es war eben auch ein Beweis dafür, daß die mit *Forum 2000plus!* angemahnten und in Ansätzen erworbenen Tugenden einer hartnäckigen Projektarbeit, einer öffentlichkeitswirksamen Darstellung der Politik, einer Komprimie-

rung der Inhalte auf wenige, aber im Gedächtnis der Öffentlichkeit haften bleibende Kernpunkte schnell wieder verloren gegangen waren.

Aufgaben für ein neues *Forum* stehen zur Genüge. Ein Rückgriff auf die »alten Wahrheiten« der neunziger Jahre, wie er mancher und manchem nach der Niederlage als wünschenswert erscheint, wird die Partei nicht ins gesellschaftliche Leben zurück holen. Es ist hohe Zeit für eine knapp und überzeugend dargestellte PDS-Politik in Sachen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), bei deren Ausarbeitung auch vor einer Benennung der Widersprüche mit den gewerkschaftspolitischen Positionen der PDS nicht halt gemacht werden darf. Wenn Kleinunternehmen fast die einzige noch existierende Unternehmensform im Osten sind, muß ihren Interessenlagen mehr Beachtung gelten. Ebenso hohe Zeit ist es für übersichtliche, verständliche Positionen in Sachen Rente und Gesundheitsreform. Und immer und immer wieder müssen die Finanzen auf den Tisch: des Bundes, der Länder, der Kommunen. Und neues Gewicht gewinnt die Frage der Bürger- und Menschenrechte.²⁶

25 Die Einbringungsrede, die Helmut Holter unter der Überschrift »Offensive für den Zukunftsstandort Ost« hielt, war – anders kann man es nicht bezeichnen – eine Alibiredede. Der Antrag hatte niemals auch nur annähernd die Kraft und den Rückhalt des Rostocker Manifests.

26 Themen – natürlich – gibt es genug. Wie entsteht die Kraft, sich auf einige wenige zu beschränken, aber mit diesen wenigen in der Öffentlichkeit gehört zu werden? Forum 2000plus! vermittelt wichtige Erfahrungen.

DIETMAR WITTICH

Hannibal ante portas. Der Krieg der USA und die Weltöffentlichkeit

Weltmeinung: Der Krieg steht bevor

Bei den früher so beliebten Sandalenfilmen konnte man häufig den Eindruck gewinnen, besonders wenn sie aus den Studios von Hollywood kamen, die gezeigten antiken Völker, die über die staubigen Schlachtfelder zogen, seien die unmittelbaren Vorläufer der US-Amerikaner. Deren Rede- und Lebensweise wurden vorgeführt, ihre Werte waren es, denen die Helden folgten. Deren Nachfahren wiederum sind wohl als die Pilgerväter mit der »Mayflower« in Nordamerika gelandet. Die Nächstenliebe dieser Puritaner reichte gerade einmal bis zum Glaubensbruder, der Rest der Welt konnte notfalls mit Gewalt zum wahren Glauben bekehrt werden.

So wurde nicht nur die Kolonialisierung des Kontinents vollzogen, der Puritanismus brachte die protestantische Arbeitsethik hervor und förderte damit die Herausbildung eines besonders effektiven Kapitalismus.

Das zusammen zeugte den Amerikanismus, jenes in den USA besonders in und von der weißen Oberschicht verbreitete Sendungsbewußtsein, überall auf der Welt die eigenen und für richtig gehaltenen Werte und Normen durchsetzen zu wollen.

Das erklärt nicht das imperiale Gehabe der einzigen übrig gebliebenen Supermacht, kann aber den geistigen Hintergrund aktueller Vorgänge und ihrer politischen Begründungen erhellen.

Wie weiland die Sandalenheere Hollywoods machen sie sich nun daran, ihr Weltbild und damit ihre Interessen mit der Begründung des Kampfes gegen den Terrorismus auch mit den Mitteln des Krieges durchzusetzen. Realität und Abbild sind auseinander getreten, der Kampf um die Köpfe, der über die Bildschirme flimmert, wird die realen Vorgänge flankieren.

Überall auf der Welt wird damit gerechnet, daß ein Krieg gegen den Irak unmittelbar bevorsteht. In den westeuropäischen Ländern erwarten jeweils große Mehrheiten, daß der Krieg gegen den Irak in den nächsten Monaten zu erwarten ist. Drei Viertel und mehr halten das für sehr wahrscheinlich oder ziemlich wahrscheinlich. In Luxemburg haben insgesamt 91 % diese Erwartung, das ist der höchste gemessene Wert überhaupt. In Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Deutschland und der Schweiz liegt dieser Anteil jeweils bei über 80 %, so ist das Meinungsbild auch in anderen westeuropäischen Ländern. In Portugal und Spanien sind es drei Viertel, die mit einem baldigen Beginn des Krieges rechnen, also gleichfalls die große Mehrheit.

Dietmar Wittich – Jg. 1943;
Dr. phil., Soziologe,
Mitglied der Redaktion
UTOPIE kreativ.
Zuletzt in *UTOPIE kreativ*:
Schlüsselproblem: Politische
Kultur, Heft 146 (Dezember
2002).

Der Beitrag basiert auf der Studie »Die Einsamkeit der Supermacht. Ergebnisse einer weltweiten Untersuchung von Gallup International«, die der Autor im Februar 2003 in Berlin öffentlich vorgestellt hat.

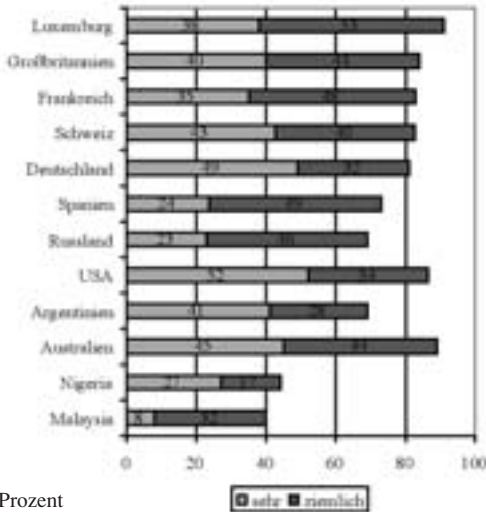
Der Dreimaster »Mayflower« landete Ende November 1620 im heutigen US-Staat Massachusetts, mit ihr kam die erste geschlossene englische Siedlergruppe nach Nordamerika.

Empirische Grundlage des Textes sind Ergebnisse einer internationalen Untersuchung, die Gallup Inter-

Diagramm 1

Wie wahrscheinlich ist es Ihrer Meinung nach, daß in den nächsten Monaten eine militärische Aktion gegen den Irak gestartet wird?

Ausgewählte Länder



In Osteuropa ist die Situation differenzierter, die Unterschiede zwischen den Ländern sind größer. In Bulgarien und Jugoslawien sind es gleichfalls über 75 %, die einen baldigen Kriegsbeginn gegen den Irak für wahrscheinlich halten. In Rußland und Rumänien meinen zwei Drittel, daß er demnächst bevorsteht. Aber in Ländern wie Albanien oder Georgien ist es jeweils nur reichlich die Hälfte, die an einen kurz bevorstehenden Krieg glaubt.

In den USA selbst sind es 86 %, die einen baldigen Beginn des Krieges gegen den Irak für wahrscheinlich halten.

In Kanada sind mehr als drei Viertel dieser Auffassung. In lateinamerikanischen Ländern ist das Meinungsbild ähnlich, in Ecuador sind es 84 %, in den meisten Ländern sind es wie in Argentinien und Uruguay etwa drei Viertel, die demnächst den Beginn des Krieges erwarten.

Im pazifischen Raum und in Afrika gibt es größere Unterschiede im Meinungsbild. Einerseits ist in Australien und Neuseeland die Erwartung des baldigen Krieges so weit verbreitet wie in Nordamerika und Westeuropa. Es gibt aber auch einzelne Länder, wo diese Erwartung nur von etwa der Hälfte der Bevölkerung geteilt wird, wie in Uganda, oder sogar Minderheitsmeinung ist, das sind Nigeria und Malaysia.

Fast überall wird das US-amerikanische Sendungsbewußtsein sehr ernst genommen. Wie einst Hannibal mit seinen Kriegselefanten stehen die USA mit ihrer überlegenen Kriegsmaschinerie bereit.

Ablehnung des Krieges in den meisten Ländern

Der Krieg der USA gegen den Irak stößt in der internationalen öffentlichen Meinung auf breite Ablehnung.

national im Januar 2003 in 41 Ländern mit 30 000 Befragten durchgeführt hat. Vergleichbare Daten, die Gallup International vor einem Jahr zum Krieg in Afghanistan erhoben hat (mehr als 60 Länder, 55 000 Befragte) und die bisher unveröffentlicht sind, liegen gleichfalls vor und werden verwendet.

Aber der Amerikanismus funktioniert heute im eigenen Land nicht mehr flächendeckend. Ein Alleingang mit Verbündeten findet gegenwärtig selbst in der öffentlichen Meinung der USA keine mehrheitliche Zustimmung. Eine mehrheitliche Zustimmung insgesamt würde dort dann erreicht, wenn es ein UNO-Mandat geben sollte, dann würden insgesamt reichlich zwei Drittel den Krieg gegen den Irak befürworten.

»Wir werden konsultieren, aber damit es kein Missverständnis gibt: Wenn Saddam Hussein nicht vollständig abrüstet, werden wir eine Koalition anführen, um ihn zu entwaffnen ... Und wenn uns der Krieg aufgezwungen wird, werden wir mit der vollen Macht des US-Militärs kämpfen – und wir werden uns durchsetzen.«

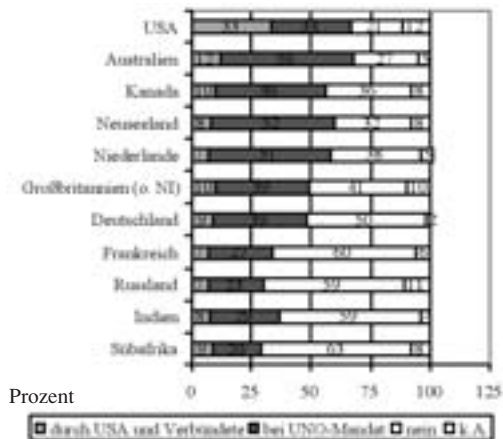
(George W. Bush
am 29. Januar 2003)

Die Akzeptanz eines Alleinganges der USA mit Verbündeten ist in allen anderen Ländern klare Minderheitsmeinung. Sie liegt bei Australien und Kanada bei etwa 10 %, in allen anderen Ländern befürworten das nur unter 10 %. Nimmt man beide Möglichkeiten der Zustimmung zusammen (in der realistischen Annahme, daß Zustimmung zu einem Alleingang bei einem Mandat der UNO gleichfalls erteilt wird), dann existieren neben den USA insgesamt nur fünf Länder, in denen der Krieg gegen den Irak überhaupt von einer Mehrheit befürwortet wird: Australien – 68 %, Kanada – 56 %, Neuseeland – 60 %, Niederlande – 58 % sowie Irland – 58 % (Australien, Neuseeland und zum Teil Kanada sind gleichfalls Gesellschaften, die aus englisch-protestantischen Kolonialisierungen hervorgegangen sind). In Großbritannien und Deutschland ist es jeweils knapp die Hälfte, die bei einem UNO-Mandat dem Krieg gegen den Irak zustimmt (49 bzw. 48 %). In den meisten anderen Ländern sind es klare Mehrheiten, die zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Krieg gegen den Irak ablehnen, zum Beispiel in Frankreich 60 %, in Rußland 59 %, in Indien gleichfalls 59 %, und in Südafrika sind 63 % gegen den Krieg.

Das internationale Meinungsbild zu einem Krieg gegen den Irak ist deutlich anders, als es ein Jahr zuvor zum Krieg in Afghanistan festzustellen war.

Diagramm 2

Befürworten Sie eine militärische Aktion gegen den Irak?



In Westeuropa hat in allen Ländern die Ablehnung des Krieges deutlich zugenommen, in einigen hat sich der Anteil der Kriegsgegner mehr als verdoppelt.

Das gilt zum Teil auch für Länder mit einer relativ hohen Befürwortung des Krieges wie für die Niederlande, hier ist die Ablehnung von 17 auf 38 % angestiegen, für Deutschland (22 % mehr Ablehnung) und Großbritannien (21 % mehr Ablehnung). Allein in Irland ist der Zuwachs gering, 5 % stärker ist die Ablehnung als vor einem Jahr. Das gilt auch für Länder, in denen bereits vor einem Jahr ablehnende Meinungen relativ häufig geäußert wurden: Luxemburg (plus 28 %), Portugal (plus 24 %), Schweiz (plus 8 %), in Spanien war und ist die Ablehnung des Krieges besonders stark, sie ist von 49 % auf nun 74 % angestiegen. Den größten Zuwachs haben die Kriegsgegner in Frankreich, ihre Zahl verdreifachte sich von 20 % auf 60 %.

In Osteuropa ist die Akzeptanz eines Krieges gegen den Irak nahezu überall gering und seine Ablehnung weit verbreitet.

Tabelle 1

Befürworten Sie eine militärische Aktion der USA gegen ...

Prozent zeilenweise

	Afgh.? nein	Irak? nein	bei UNO- Mandat	USA + Verb.	k.A.
Westeuropa					
Dänemark	19	45	38	10	7
Finnland	23	44	37	6	12
Frankreich	20	60	27	7	6
Deutschland	28	50	39	9	2
Irland	34	39	50	8	3
Luxemburg	31	59	34	5	2
Niederlande	17	38	51	7	5
Portugal	29	53	29	10	8
Spanien	49	74	13	4	9
Großbritannien	20	41	39	10	10
Schweiz	37	45	45	5	5
Norwegen	35	54	30	6	10
Island	26	49	36	7	8
Osteuropa					
Albanien	11	53	36	7	3
Bosnien Herz.	60	75	16	9	0
Bulgarien	41	59	28	5	8
Estland	41	64	20	9	7
Georgien	32	69	18	9	4
Mazedonien	58	76	13	4	8
Rumänien	29	42	38	11	9
Rußland	50	59	23	7	11
Amerika					
Argentinien	10	83	4	3	10
Bolivien	6	62	25	9	5
Kanada		36	46	10	8
Kolumbien	10	54	25	15	5
Uruguay	13	79	10	9	2
USA	6	21	34	33	12
Pazifischer Raum + Afrika					
Hongkong	9	47	41	8	5
Malaysia	20	45	12	3	40
Pakistan	10	60	16	3	20
Kamerun	14	49	38	9	4
Kenia	6	52	28	17	4
Nigeria	16	51	35	10	4

»Der Sicherheitsrat ... beschließt, dass falsche Angaben oder Auslassungen in den von Irak nach dieser Resolution vorgelegten Erklärungen sowie jegliches Versäumnis Iraks, diese Resolution zu befolgen und bei ihrer Durchführung uneingeschränkt zu kooperieren, eine weitere erhebliche Verletzung der Verpflichtungen Iraks darstellt und dem Rat gemeldet werden, damit er nach den Ziffern 11 und 12 eine Bewertung trifft ...«.
Resolution 1441 (2002)

»Resolution Nr. 1441 enthält keinen Automatismus zur Anwendung militärischer Gewalt. Vordringliche Aufgabe ist es, sämtliche Mittel zur friedlichen Konfliktlösung auszuschöpfen und in ihrer Anwendung zu optimieren.«
(Gerhard Schröder in der Regierungserklärung vom 13. Februar 2003)

In fast allen Ländern, in denen die Untersuchung stattfand, ist die Ablehnung des Krieges Mehrheitsmeinung, nur Rumänien bildet mit 49 % Zustimmung eine Ausnahme. Auch in diesem Raum wird der Krieg gegen den Irak deutlich häufiger abgelehnt als der Krieg gegen Afghanistan vor einem Jahr. Besonders stark zugenommen hat die Ablehnung in Albanien (plus 42 %), in Georgien (plus 37 %) und in Estland (plus 23 %). In den übrigen osteuropäischen Ländern beträgt der Zuwachs an Ablehnung zwischen 9 % in Rußland und 18 % in Bulgarien.

Einen erheblichen Unterschied gibt es bei dieser Frage zwischen Nord- und Lateinamerika. Wie bereits dargestellt, gehören die USA und Kanada zu den Ländern, in denen der Krieg gegen den Irak eine relativ große Zustimmung findet.

Aber auch in den USA ist die Ablehnung des Krieges um 15 % höher als ein Jahr zuvor. In Lateinamerika ist die Ablehnung des Krieges gegen den Irak Mehrheitsmeinung. Zugleich handelt es sich mehrheitlich um Länder, in denen die Ablehnung sehr stark zugenommen hat: in Argentinien um 73 %, in Uruguay um 66 % und in Bolivien um 56 %.

Auch in den Ländern des pazifischen Raumes (mit Ausnahme von Australien und Neuseeland) und Afrikas wird ein Krieg gegen den Irak relativ häufig abgelehnt.

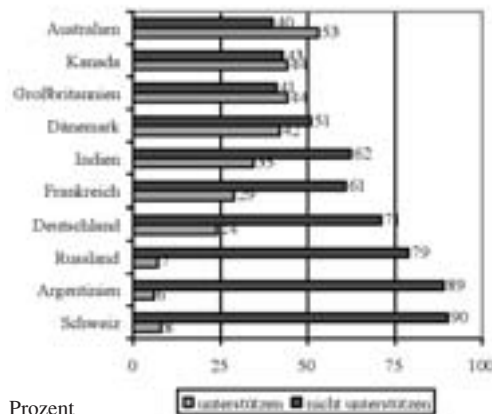
Nur in Hongkong sind die Meinungen geteilt, 49 % sind insgesamt für den Krieg, 47 % sind gegen ihn. Aber auch dieser ablehnende Anteil ist um 38 % größer als vor einem Jahr. In den übrigen Ländern sind es jeweils Mehrheiten, die ablehnende Positionen einnehmen. Sie sind viel stärker als vor einem Jahr. Die Zuwächse bei der Ablehnung liegen zwischen 50 % (Pakistan), 46 % (Kenia) und 25 % (Malaysia).

Wenig Bereitschaft zur Unterstützung

Bei der Frage, ob das eigene Land eine militärische Aktion der USA gegen den Irak unterstützen soll, ergibt sich ein ähnliches Meinungsbild, wie es im vorangegangenen Abschnitt dargestellt worden ist. In den meisten Ländern sind Mehrheiten der Meinung, daß ihr eigenes Land die USA in dieser Frage nicht unterstützen soll.

Diagramm 3

Sollte Ihr Land eine militärische Aktion der USA gegen den Irak unterstützen?



Prozent

In Australien gibt es eine leichte, in Kanada und Großbritannien jeweils relative Mehrheiten, die dafür sind, die USA bei einem Krieg gegen den Irak zu unterstützen. In Dänemark gibt es eine leichte Mehrheit gegen die Beteiligung des eigenen Landes. In anderen Ländern liegt die Ablehnung einer Unterstützung deutlich über der Zustimmung zu einer Unterstützung des Krieges der USA durch das eigene Land. In Indien sind 35 % für und 62 % gegen eine Unterstützung, in Deutschland sind 24 % dafür und 71 % dagegen, in Argentinien sind 6 % dafür und 89 % dagegen und in der Schweiz 8 % dafür und 90 % dagegen.

Auch bei dieser Frage ist der Vergleich mit Meinungen von vor einem Jahr bezüglich des Krieges in Afghanistan möglich.

Tabelle 2

Sollte Ihr Land eine militärische Aktion der USA unterstützen gegen ...

Prozent zeilenweise

	Afghanistan?		Irak?	
	nein	ja	nein	k. A.
Westeuropa				
Irland	59	26	69	5
Luxemburg	37	32	62	6
Niederlande	25	35	52	13
Portugal	47	37	55	8
Norwegen	42	39	54	7
Osteuropa				
Albanien	32	31	45	24
Bosnien Herz.	74	12	84	4
Bulgarien	63	21	62	17
Estland	71	30	59	11
Georgien	64	24	59	17
Mazedonien	74	10	77	14
Rumänien	39	45	41	14
Jugoslawien	81	7	73	20
Amerika				
Argentinien	7	6	89	5
Ecuador	12	9	71	20
Bolivien	14	21	76	3
Kolumbien	25	23	58	18
Uruguay	6	10	84	6
Pazifischer Raum + Afrika				
Hongkong	24	15	78	7
Indien	85	35	62	3
Malaysia	4	3	78	19
Neuseeland		37	51	12
Pakistan	12	10	64	26
Nigeria	22	18	81	1
Südafrika		26	68	6
Uganda		16	74	10

In den bisher in diesem Zusammenhang noch nicht erwähnten westeuropäischen Ländern überwiegt unterschiedlich stark die Ablehnung einer Unterstützung der USA durch das eigene Land. Die Spannweite reicht von 52 % Ablehnung in den Niederlanden bis 69 % in Irland.

»10 000 Männer und Frauen der Bundeswehr sind mittlerweile an internationalen Einsatzorten stationiert, um Menschen Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Auf dem Balkan, in Afghanistan und im Rahmen von »Enduring Freedom.« (Gerhard Schröder in der Regierungserklärung vom 13. Februar 2003)

In der Mehrzahl der westeuropäischen Länder gab es vor einem Jahr Mehrheiten für eine Beteiligung des eigenen Landes. Derartige Mehrheiten gibt es (mit Ausnahme von Großbritannien – siehe oben) nicht mehr. Die Relationen sind umgeschlagen, die Ablehnung einer Beteiligung des eigenen Landes hat überall zugenommen, das reicht von 8 % in Portugal bis 27 % in den Niederlanden.

In Osteuropa war die Situation vor einem Jahr bereits differenzierter. Es gab Länder mit einer mehrheitlichen Zustimmung wie Albanien und Rumänien, in den meisten Ländern waren Mehrheiten gegen eine Teilnahme des eigenen Landes.

Das hat sich – bezogen auf den jetzt bevorstehenden Krieg gegen den Irak – teilweise verändert. In einigen Ländern wie Bulgarien und Georgien sind die ablehnenden Positionen etwa gleich stark geblieben. In Estland ist die Ablehnung heute schwächer als vor einem Jahr (minus 12 %). In anderen Ländern hat der Anteil derer, die eine Unterstützung ablehnen zugenommen (Albanien plus 13 %, Bosnien-Herzegowina plus 10 %).

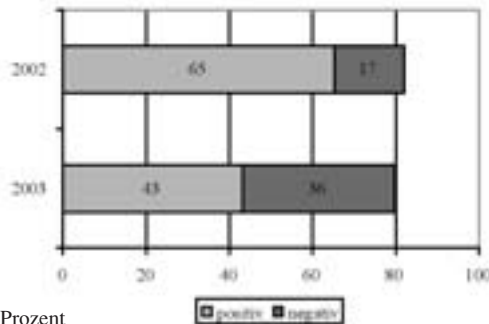
In Lateinamerika war vor einem Jahr die Unterstützung des Krieges in Afghanistan seitens des eigenen Landes Mehrheitsmeinung. Das ist völlig umgeschlagen. Gegenwärtig sind in allen Ländern große bis sehr große Mehrheiten gegen eine Unterstützung eines Krieges der USA gegen den Irak durch das eigene Land.

Diese ablehnenden Mehrheiten reichen von 58 % in Kolumbien bis zu 89 % in Argentinien. Auch im pazifischen Raum und in Afrika gab es vor einem Jahr in den meisten Ländern Mehrheiten für eine Unterstützung, nur Indien bildete eine Ausnahme, dort waren 82 % dagegen. Gegenwärtig ist die Situation ziemlich einheitlich.

Neuseeland stellt eine Besonderheit dar, hier gibt es mit 51 % nur eine knappe Gegnerschaft gegen eine Beteiligung des eigenen Landes, aber immerhin 37 % sind dafür, die USA bei einem Krieg gegen den Irak zu unterstützen. In den anderen Ländern ist die Ablehnung Mehrheitsmeinung, das reicht von 62 % in Indien bis 81 % in Nigeria, die dagegen sind, daß ihr Land Unterstützung leistet.

Diagramm 4

Meinen Sie, daß die amerikanische Außenpolitik insgesamt positive Auswirkungen, negative Auswirkungen oder keine Auswirkungen auf die USA hat?



Prozent

Bewertung der US-Außenpolitik

In den USA meinten vor einem Jahr noch zwei Drittel, daß die amerikanische Außenpolitik positiv auf das Land zurück wirke, was wohl bedeutet, daß sie dem Wohle des eigenen Landes diene.

Diese Mehrheit ist geschrumpft in eine relative Mehrheit von 43 %, die auch gegenwärtig positive Wirkungen sieht. Immerhin 36 % sind gegenwärtig der Meinung, daß die amerikanische Außenpolitik auf die USA selbst negativ wirkt, dem Lande also schadet.

Aus internationaler Sicht bot die US-Außenpolitik vor einem Jahr ein differenziertes Bild.

Es gab Länder, in denen die Meinung überwog, die amerikanische Außenpolitik wirke positiv auf das eigene Land, in anderen Ländern überwog die Meinung, sie wirke negativ, und es gab Länder mit einem ausgewogenen Meinungsbild.

Diese Außensicht auf die Außenpolitik hat sich verändert.

Jetzt lassen sich drei Gruppen von Ländern unterscheiden. Zunächst gibt es eine Gruppe von Ländern, in denen vor einem Jahr etwa 40 % eine negative Wirkung der amerikanischen Außenpolitik auf ihr Land sahen und in denen dieser Anteil in diesem Jahr stark angestiegen ist.

Zu diesen Ländern gehören in dieser Auswahl Frankreich (von 38 auf 71 %), Deutschland (von 40 auf 67 %) und Spanien (von 37 auf 57 %).

Diagramm 5

Meinungen, daß die amerikanische Außenpolitik insgesamt negative Auswirkungen auf die jeweiligen Länder hat?

Prozent

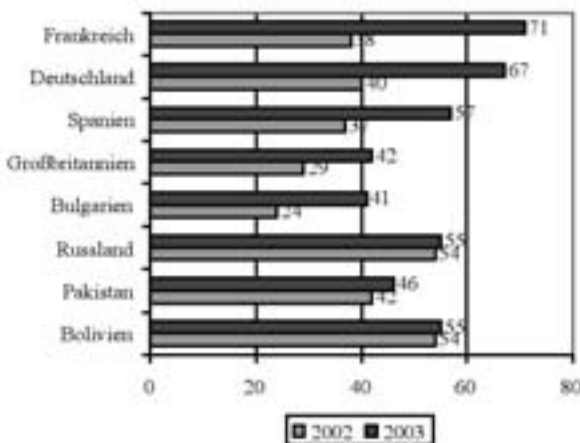


Tabelle 3

Welche Auswirkungen hat die amerikanische Außenpolitik insgesamt auf Ihr Land?

Prozent zeilenweise

		Positiv	negativ	keine	k.A.
Westeuropa					
	Dänemark 02	34	31	13	22
	03	17	58	9	16
	Luxemburg 02	33	18	32	17
	03	12	56	22	10
	Niederlande 02	12	20	38	30
	03	7	55	14	23
	Portugal 02	18	24	34	24
	03	22	36	19	23
	Spanien 02	14	37	31	18
	03	9	57	15	19
Osteuropa					
	Estland 02	33	23	28	16
	03	39	25	17	18
	Georgien 02	18	22	15	46
	03	38	27	19	15
	Mazedon 02	25	50	15	10
	03	23	52	16	9
	Jugoslawien 02	20	56	9	15
	03	9	68	6	17
Amerika					
	Argentinien 02	12	57	14	17
	03	13	58	15	14
	Kolumbien 02	35	39	15	11
	03	48	37	9	6
	Uruguay 02	16	45	23	16
	03	17	54	10	19
Pazifischer Raum + Afrika					
	Hongkong 02	26	30	35	9
	03	39	33	16	12
	Malaysia 02	8	47	20	25
	03	12	29	19	40
	Kamerun 02	22	22	26	30
	03	21	42	30	8
	Nigeria 02	29	25	17	29
	03	40	26	25	9

»Es gibt noch eine Alternative zum Krieg. Der Einsatz von Gewalt kann nur ein letztes Mittel darstellen. Russland, Deutschland und Frankreich sind entschlossen, der friedlichen Entwaffnung des Irak alle Chancen zu geben.«

(Erklärung Frankreichs, Deutschlands und Russlands vom 10. Februar 2003)

In einer weiteren Gruppe war es vor einem Jahr noch Minderheitsmeinung, daß die US-Außenpolitik negative Wirkungen auf das eigene Land habe, dort ist jetzt eine relative Mehrheit dieser Meinung. Dazu gehören in dieser Auswahl Großbritannien (von 29 auf 42 %) und Bulgarien (von 24 auf 41 %).

In einer dritten Gruppe von Ländern hat sich der Anteil derer mit einem negativen Bild der US-Außenpolitik im letzten Jahr nur geringfügig verändert. Dafür stehen Rußland (von 54 auf 55 %), Pakistan (von 42 auf 44 %) und Bolivien (von 54 auf 55 %).

In den westeuropäischen Ländern ist der Trend relativ einheitlich. Die amerikanische Außenpolitik hat insgesamt an Ansehen verloren. Der Anteil derer, die eine positive Wirkung sehen, ist fast überall zurückgegangen und jetzt deutliche Minderheitsposition. In Däne-

mark gibt es einen Rückgang von 34 auf 17 %, in Luxemburg von 33 auf 12 %, in den Niederlanden von 12 auf 7 %, in Spanien von 14 auf 9 %. In diesen Ländern ist der Anteil derer mit einer negativen Sicht deutlich angestiegen, in Dänemark um 27 %, in Luxemburg um 38 %, in den Niederlanden um 35 % und in Spanien um 20 %. Aber auch in Portugal, wo der Anteil derer, die der amerikanischen Außenpolitik eine positive Wirkung auf das eigene Land zugestehen, noch leicht von 18 auf 22 % angewachsen ist, ist der Anteil derer mit einer negativen Sicht deutlich von 24 auf 36 % angestiegen.

Während die Außenpolitik der USA in westeuropäischen Ländern einen deutlichen Imageverlust hinnehmen muß, ist ihre Bewertung in Osteuropa differenzierter.

In Estland hat nach wie vor die relative Mehrheit ein positives Bild von den Wirkungen der amerikanischen Außenpolitik auf das eigene Land, die von 33 auf 39 % angewachsen ist, der Anteil derer mit negativer Meinung ist von 23 auf 25 % nur leicht gestiegen und nach wie vor Minderheitenposition. In Georgien ist der Anteil derer mit einer positiven Meinung erheblich, von 18 auf 38 %, angewachsen und bildet jetzt eine Mehrheit. In Mazedonien haben sich die Relationen kaum verändert, etwa ein Viertel bewertet die US-Außenpolitik positiv, die Hälfte negativ. In Jugoslawien ist die Mehrheit mit einer negativen Meinung von zuvor 56 % noch weiter auf jetzt 68 % angewachsen.

Differenziert sind die Meinungsbilder auch in Lateinamerika.

In Ländern wie Argentinien und Uruguay gab es auch vor einem Jahr schon ein negatives Bild von der USA-Außenpolitik, das hat sich noch weiter verstärkt. In Argentinien waren vor einem Jahr nur 12 % der Meinung, daß diese Politik positiv auf ihr Land wirke, jetzt sind 13 % dieser Meinung, ein negatives Bild hatten vor einem Jahr 57 %, jetzt 58 %. In Uruguay liegen die positiven Meinungen etwa im gleichen Bereich, die negativen Meinungen haben sich von 45 % auf 54 % verstärkt. Anders ist die Entwicklung in Kolumbien. Dort war vor Jahresfrist eine relative Mehrheit von 39 % der Meinung, die US-Politik wirke negativ auf ihr Land, dieser Anteil ist leicht auf 37 % geschrumpft. Der Anteil derer mit einer positiven Meinung ist von 35 % auf 48 % angestiegen und bildet nun die Mehrheit.

Für Länder des pazifischen Raumes und Afrikas ist gleichfalls ein differenziertes Bild der US-Außenpolitik zu konstatieren.

In Hongkong und Nigeria ist das Bild ähnlich wie in Kolumbien, negative Wertungen nehmen ab und positive zu und sind zu Mehrheitsmeinungen geworden. Auch in Malaysia ist der Anteil derer, die meinen, daß die Außenpolitik der USA negativ auf ihr Land wirke, deutlich zurück gegangen. In Kamerun gibt es hingegen eine deutliche Zunahme derer mit einem negativen Bild.

Das Ergebnis

Weltweit wird erwartet, daß in nächster Zeit ein Krieg gegen den Irak beginnt. Überall befürchten Mehrheiten die militante imperiale Politik der USA. In den meisten Ländern gaben drei Viertel der Bevölkerung und mehr dies als ihre Meinung an. In ganz wenigen Ländern in Osteuropa und Afrika wird diese Erwartung seltener geteilt. In keinem Land, nicht einmal in den USA, findet ein Alleingang der

USA und ihrer Verbündeten in einem Krieg gegen den Irak ohne UNO-Mandat eine mehrheitliche Zustimmung. In ganz wenigen Ländern ist eine mehrheitliche Akzeptanz für diesen Krieg festzustellen unter der Voraussetzung, daß es ein Mandat der UNO gibt. In den meisten Ländern, in denen es vor einem Jahr zum Krieg in Afghanistan überwiegend Zustimmung gab, fehlt nun für einen Krieg gegen den Irak eine mehrheitliche Akzeptanz. Die Ablehnung des Krieges ist weltweit erheblich gewachsen.

Fast überall ist die hohe Zustimmung zu einer Beteiligung des eigenen Landes am Krieg in Afghanistan bezogen auf den Irak-Krieg in Ablehnung umgeschlagen. In den meisten Ländern sind Mehrheiten der Meinung, daß ihr eigenes Land die USA diesmal nicht unterstützen soll. Nur in wenigen Ländern wie Australien und Kanada sind Mehrheiten dafür, die USA bei einem Krieg gegen den Irak zu unterstützen. In den meisten Ländern liegt die Ablehnung weit über der Zustimmung zu einer Unterstützung des Krieges der USA durch das eigene Land.

Das Ansehen der Außenpolitik der USA hat im letzten Jahr deutlichen Schaden genommen. In den meisten Ländern werden mehrheitlich negative Wirkungen der US-Außenpolitik auf das eigene Land genannt. Das gilt insbesondere für Westeuropa, wo ein negatives Bild überall zur Mehrheitsmeinung geworden ist, das gilt auch für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Länder. In Osteuropa, im pazifischen Raum und in Afrika ist das Bild differenzierter, aber auch dort gibt es in der Mehrzahl der Länder diesen negativen Trend.

Gegen diesen Krieg gibt es in Deutschland eine stabile Mehrheit, das Meinungsbild entspricht dem in den meisten westeuropäischen Ländern. 80 % der Deutschen rechnen damit (oder befürchten), daß in absehbarer Zeit ein Krieg gegen den Irak beginnt. Die befürwortende Mehrheit, die vor einem Jahr zum Krieg in Afghanistan zu konstatieren war, gibt es zu einem Krieg gegen den Irak nicht. Die Hälfte lehnt diesen Krieg generell ab, einen Alleingang der USA und ihrer Verbündeten befürwortet nur eine Minderheit. Wenn es zu einem UNO-Mandat kommt, ist die Zustimmung allerdings deutlich größer. Eine deutsche Beteiligung an einem solchen Krieg wird von 71 % der Bevölkerung abgelehnt. Es gibt in Deutschland einen deutlichen Ansehensverlust der USA. Zwei Drittel der Deutschen meinen, daß die amerikanische Außenpolitik negative Wirkung auf ihr Land hat. Diese Ansicht wird deutlich häufiger vertreten als noch vor einem Jahr.

Und doch stehen sie offenbar unbeirrbar bereit, den Krieg zu beginnen, wie einst Hannibal vor den Grenzen des Römischen Reiches. Figuren wie Hannibal sind in der Geschichte nie geliebt und immer gefürchtet worden, jetzt werden sie abgelehnt – darin liegt Hoffnung.

Siehe Dietmar Wittich:
Die Operation Anaconda
und die ahnungslosen
Deutschen, in: *UTOPIE
kreativ* 138 (April 2002),
S. 360.

»Krieg ist niemals ein Mittel
wie andere auch, das man
wählen könnte, um Diffe-
renzen zwischen Völkern
zu regeln.«
(Papst Johannes Paul II.
am 13. Januar 2003)

ULRICH BUSCH

Der Reichtum wächst, aber nicht für alle

Reichtum ist ein schillernder, vieldeutiger Begriff. Ursprünglich gleichbedeutend mit *Herrschaft, Macht, Pracht* usw., aber auch auslegbar i. S. *subjektiver Vollkommenheit*, als »Kultur aller Eigenschaften«, Genußfähigkeit, Bedürfnisvielfalt, Produktivität und Beziehungsreichtum des Menschen¹, findet er in der warenproduzierenden Gesellschaft, im Kapitalismus, vor allem in einem *objektivierten* Sinne, das heißt bezogen auf *gegenständliche* Vermögenswerte, Verwendung. Für Marx erscheint der bürgerliche Reichtum daher als »eine ungeheure Warensammlung« und die einzelne Ware als »seine Elementarform«.² In der weiteren Analyse zeigt sich jedoch, daß es letztlich nicht die Gebrauchseigenschaften der Ware sind, die hier den Reichtum ausmachen, sondern allein ihr *Wert-dasein* und ihre *Verwertung*. Insofern ist Reichtum im Kapitalismus vom Grundsatz her *sich verwertender Wert* – und Vermögen seiner sozio-ökonomischen Bestimmung nach *Kapital*.

Diese Wesensbestimmung des Vermögens, seine Definition als Kapital, schließt seine Formbestimmtheit als *Wert*, welcher schließlich im abstrakten Medium des Geldes seine »fertige Gestalt«³, seine Vollendung findet, ein. Das *Geld* verkörpert damit in der modernen Welt die »absolut gesellschaftliche Form des Reichtums«⁴. Als solches ist es *Selbstzweck* allen Tuns, Inbegriff des Reichtums, der Form und dem Inhalt nach, was zur Folge hat, daß die Gesamtheit der Warenwelt, der ganze *stoffliche* Reichtum, letztlich nur nach seiner Wertseite hin zählt, als *potentielles* Geld.⁵ Das heißt, Geld macht im Kapitalismus vielleicht nicht immer glücklich, in jedem Falle aber *reich* – und zwar absolut. Als *abstrakter* Reichtum dominiert es allen konkreten, also *wirklichen* Reichtum, da dieser seine Bestimmung als *Kapital*, also die Verwertung seiner selbst, letztlich *nur* in der Form des Geldes, als *pekuniäre Rendite*, zu realisieren vermag. Vermögen, das diesem »kategorischen Imperativ« nicht genügt, gilt als *entwertet* und kommt als Reichtum folgerichtig nicht in Betracht.⁶

Vermögensumfang und Vermögensstruktur

Deutschland ist, gemessen am Gesamtumfang des hier auszumaachenden Vermögens, ein reiches Land. Diese Einschätzung trifft auch dann zu, wenn man das Vermögen in Relation zur Bevölkerung setzt, also im Pro-Kopf-Ausweis. Bezugsgröße ist dabei zunächst das Vermögen in einem möglichst umfassenden Sinn, als *volkswirtschaftliches Gesamtvermögen*. Hierzu zählen produktives und konsumtives Sach- resp. Realvermögen sowie natürliche Ressourcen als

Ulrich Busch – Jg. 1951; Doz. Dr. oec. habil., Finanzwissenschaftler, Redakteur von *UTOPIE kreativ*; wichtigste Buchpublikation: *Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft* (Berlin 2002), zuletzt in *UTOPIE kreativ* zu diesem Thema: Vermögensbesteuerung und Neidperversion, Heft 147 (Januar 2003). E-Mail: Busch@rosalux.de

1 Vgl. Karl Marx: *Ökonomische Manuskripte 1857/1858*, in: MEW, Bd. 42, S. 322.

2 Karl Marx: *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, in: MEW, Bd. 13, S. 15 und *Das Kapital. Erster Band*, in: MEW, Bd. 23, S. 49.

3 Karl Marx: *Das Kapital. Erster Band*, in: MEW, Bd. 23, S. 11.

4 Ebenda, S. 145.

5 Vgl. Karl Marx: *Ökonomische Manuskripte ...*, a. a. O., S. 146 ff.

6 Vgl. Ulrich Busch: Geld und Reichtum – Zur Grundlegung eines Zusammenhangs bei Karl Marx, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Heft 2/2003.

7 Dagegen verkörpert inländisches Geld volkswirtschaftlich keine Vermögensposition, denn innerhalb einer Volkswirtschaft gleichen sich Forderungen und Verbindlichkeiten aus.

8 Vgl. Alfred Stobbe: *Volkswirtschaftliches Rechnungswesen*, Berlin u. a. 1989, S. 57 ff.

9 Demgegenüber werden Aktien und Investmentfondsanteile als mittelbare Unternehmensbeteiligungen in der Statistik dem Geldvermögen zugerechnet.

10 Dies betrifft zum Beispiel das Humanvermögen als Grundlage der Einkommenserzielung und die Renten-, Pensions- und Sozialansprüche als wichtigste Einkommensbasis der privaten Haushalte im letzten Lebensabschnitt. Auch bei internationalen Vergleichen sowie der Gegenüberstellung verschiedener Zeitperioden sind diesbezügliche Angaben von Bedeutung.

11 Die Berechnungen fußen auf Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Vermögenslage der privaten Haushalte einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck für das Jahr 2000.

materielles Vermögen, Renten- und Sozialansprüche, Bildung, Kultur etc. sowie Urheberrechte, Lizenzen u.ä. als *immaterielles* Vermögen; ferner Arbeits- und Vitalkraft als *Humanvermögen* sowie Forderungen gegenüber dem Ausland als *Geldvermögen*.⁷ Bei diesen Vermögenswerten handelt es sich um Bestandsgrößen; die daraus hervorgehenden Einkommen bzw. Nutzen, aber auch Steuern und andere Zahlungen, sind dagegen Stromgrößen, die Veränderungen der Bestände im Sinne ihrer Zu- oder Abnahme bewirken können.⁸

Für eine wirtschaftliche Einheit, z. B. einen privaten Haushalt, stellt sich die Vermögensproblematik insofern anders dar, als hier neben materiellen und immateriellen Vermögensformen auch Forderungen gegenüber Banken, dem Staat, Pensionskassen usw. als Vermögen anzusehen sind. Die Vermögensrechnung der privaten Haushalte umfaßt daher: a) Grund- und Immobilienvermögen, sei es vermietet oder selbst genutzt; b) Betriebsvermögen, als *unmittelbares* Eigentum an Unternehmen⁹; c) Gebrauchsvermögen (Hausrat, Fahrzeuge, Privatsammlungen etc.) und d) Geldvermögen (Bargeld, Guthaben, Geldanlagen, Rentenwerte, Aktien u. ä.). Ferner gehören hierzu: e) Humanvermögen, f) Sozialvermögen (Renten- und Versorgungsansprüche) und g) private Eigentumsrechte an natürlichen Ressourcen, Lizenzen, Patente u. a. m.

Da die Quantifizierung der zuletzt aufgeführten Positionen (e bis g) schwierig ist, beschränkt sich die Vermögensrechnung in aller Regel auf die Positionen a bis d. Für die anderen Komponenten können nur verbale Aussagen getroffen werden; diese können jedoch für die Gesamtbewertung der Vermögenslage eines Haushalts bzw. einer sozialen Gruppe, Schicht oder Klasse von außerordentlicher Wichtigkeit sein.¹⁰

Eine hiervon ausgehend vorgenommene und o. g. Restriktionen berücksichtigende Erfassung der Vermögensbestände der privaten Haushalte in Deutschland ergibt derzeit einen Gesamtwert von etwa 10 Billionen € (10 000 000 000 000 €). Davon entfallen jeweils schätzungsweise 40 % auf Immobilien- und Geldvermögen, gut 10 % auf Gebrauchsvermögen und knapp 10 % auf Betriebsvermögen.¹¹ Exakte Zahlen liegen für das Jahr 2000 vor. Danach verfügten die privaten Haushalte über ein Gesamtvermögen von brutto 9 614 Milliarden Euro, wovon 40 % auf Immobilien- und 43 % auf Geldvermögen entfielen. Zieht man hiervon die Verbindlichkeiten in Höhe von 1 501 Mrd. € ab, so verbleibt ein Netto- oder Reinvermögen in Höhe von 8 113 Mrd. € (vgl. folgende Tabelle 1).

Sach- und Geldvermögen privater Haushalte^a im Jahr 2000 (Mrd. € bzw. %)

	Insgesamt in Milliarden €	Anteile am Rohvermögen in %	Durchschnittsbestand je Haushalt in €
Sachvermögen	4.585	47,7	120.341
- a) Wohnvermögen ^b	3.863	40,2	101.391
- b) sonstige Anlagen ^c	722	7,5	18.950
c) Gebrauchsvermögen	915	9,5	24.016
d) Geldvermögen	4.114	42,8	107.979
Rohvermögen (brutto)	9.614	100,0	252.336
Verbindlichkeiten	1.501	15,6	39.396
- Wohnungsbaukredite	927	9,6	24.331
- Konsumentenkredite u. ä.	574	6,0	15.065
Reinvermögen (netto)	8.113	84,4	212.940

a) Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck; b) Einschl. Wohngrundstück; c) Betriebsvermögen

Quelle: DIW: *Perspektiven der Vermögensbesteuerung in Deutschland*, Berlin 2002, S. 90.

Rechnet man, um die privaten Haushalte für sich zu betrachten, die Vermögen der Organisationen ohne Erwerbszweck in Höhe von ca. 300 Mrd. € heraus, so erhält man ein Bruttovermögen von 9,3 Billionen und ein Reinvermögen von 7,8 Billionen €. Dies entspricht einem statistischen Durchschnittswert pro Haushalt von 244 000 bzw. 205 000 €, womit sich die eingangs getroffene Einschätzung, Deutschland sei ein reiches Land mit einem beträchtlichen Wohlstandsniveau, eindrucksvoll bestätigt.

Im einzelnen verbirgt sich hinter diesen Zahlen jedoch eine *außerordentlich differenzierte* Verteilungsstruktur. Ferner existieren Erfassungsprobleme und statistische Unschärfen, was dazu führt, daß die ausgewiesenen Daten die tatsächliche Lage nur sehr unvollkommen abbilden.

Erstens betrifft dies die *regionale* Differenzierung, insbesondere zwischen Ost- und Westdeutschland. Setzt man das Niveau des Nettogesamtvermögens der privaten Haushalte im Westen gleich 100, so liegt der Wert für Ostdeutschland etwa bei einem Drittel dessen.¹² Davon ausgehend, errechnet sich für die westdeutschen Haushalte ein durchschnittlicher Vermögensbestand je Haushalt von 280 000 € (brutto) bzw. 235 000 € (netto), während dieser in Ostdeutschland nur 93 000 € bzw. 78 000 € beträgt. Das heißt: Ein westdeutscher Haushalt verfügt *im Durchschnitt* über ein Reinvermögen an Sachwerten und Geld von knapp einer Viertel Million Euro, während der entsprechende Durchschnittswert im Osten bei nur einem Drittel dessen liegt.¹³

Zweitens impliziert der Ausweis des Immobilienvermögens – als der quantitativ bedeutendsten Komponente des privaten Vermögens – eine erhebliche *Unterbewertung*, da das Grundvermögen nicht zum aktuellen Verkehrswert ausgewiesen, sondern auf der Basis völlig überholter Einheitswerte berechnet bzw. nach dem ebenfalls »marktfernen« Ertragswertverfahren ermittelt wird.¹⁴ Diese entschieden zu niedrige Erfassung des Immobilienvermögens hat einen zweifachen Sinn: zum einen die Privilegierung großer Vermögen durch eine geringe Besteuerung und zum anderen die Verheimlichung dieser Vermögen und ihren »sozialen Schutz« gegenüber den weniger Vermögenden.¹⁵ Es ist auch berechtigt, hierin einen »quasi-feudalen Zug« zu erblicken, der dem deutschen Recht noch immer anhaftet.¹⁶

Drittens ist festzuhalten, daß mit den herkömmlichen Methoden auch das Betriebsvermögen nur unzureichend erfaßt wird. In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wurde es 1983 zum letzten Mal (!) erfragt, in anderen Rechnungen taucht es überhaupt nicht auf. Und das, obwohl es unter ökonomischem und reproduktionstheoretischem Aspekt die wichtigste Vermögenskomponente darstellt. Neben der mangelnden Information über den Umfang des Produktivkapitals spielen hierfür auch erhebliche steuerliche Vergünstigungen eine Rolle, was insgesamt zu einer »verzerrten Darstellung der Vermögensverhältnisse«¹⁷ führt. Nicht zuletzt profitiert hiervon die kleine Zahl derjenigen Haushalte, die nennenswert Produktivkapital besitzen. Bei einer vollständigen Erfassung und Anrechnung des Betriebsvermögens wäre die Differenzierung zwischen den einzelnen Gruppen und Schichten, aber auch zwischen

12 *Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, Berlin 2001, Materialband, S. 90. Dort ist für 1998 eine Ost-West-Relation von 35 % ausgewiesen.

13 Vgl. Ulrich Busch: Der offenen Vermögensfrage erster Teil: Die Illusion gleicher Lebensverhältnisse, in: Hans Misselwitz/Katrin Werlich (Hg.): 1989: *Später Aufbruch – Frühes Ende*, Potsdam 2000, S. 196-221; Ders.: *Am Tropf – Die ostdeutsche Transfergesellschaft*, Berlin 2002, S. 289 ff.

14 Vgl. DIW: *Perspektiven der Vermögensbesteuerung in Deutschland*, Berlin 2002, S. 30 ff; Stefan Bach/Bernd Bartholmai: Reform der Erbschaftsteuer notwendig: Immobilien sachgerecht bewerten, Mehrbelastungen begrenzen, in: *DIW Wochenbericht* 22/2001, S. 327-336.

15 Vgl. Werner Rügemer: *Arm und reich, Bibliothek dialektischer Grundbegriffe*, Band 3, Bielefeld 2002, S. 19.

16 Edelbert Richter: *Eine zweite Chance? Die SPD unter dem Druck der »Globalisierung«*, Hamburg 2002, S. 64.

17 DIW: *Perspektiven ...*, a. a. O., S. 95, auch S. 85 sowie Deutsche Bundesbank: Die gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsströme im Jahr 2001, in: *Monatsbericht* Juni 2002, S. 15-40.

18 Laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung beläuft sich der Gesamtwert des betrieblichen Reinvermögens in Deutschland auf 1,1 Billionen €. Nicht erfaßt wurden alle Auslandsbeteiligungen und Unternehmen im Ausland (vgl. S. 61 f., Materialband, S. 110).

19 Vgl. *Neues Deutschland*, 21./22. Dezember 2002.

20 Sa lag der Erfassungsgrad des Geldvermögens bei der EVS nur bei 58 % (1993) bzw. 66 % (1998). Das heißt, mehr als ein Drittel des Geldvermögens (über eine Billion Euro), taucht in der Statistik nicht auf. Da private Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 17 900 € nicht in die Befragung einbezogen werden, ist es naheliegend, daß die Untererfassung sich vor allem auf diese, in aller Regel nicht nur gut verdienenden, sondern auch vermögenden Haushalte bezieht.

21 Vgl. Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. DIW: *Beiträge zur Strukturforchung*, Heft 173, Berlin 1998, S. 16.

22 Es handelt sich hierbei offensichtlich größtenteils um Datschen und Lauben mit geringem Wohnwert, Schrebergärten u.ä.

23 DIW: Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland 1995, *Wochenbericht* 35/1998, S. 630 ff.

ost- und westdeutschen Haushalten, noch weit größer, als sie sich jetzt darstellt.¹⁸

Viertens gibt es bei der Erfassung des Geldvermögens Defizite. Dies betrifft zum einen illegal ins Ausland (in die Schweiz, nach Österreich, Luxemburg, Liechtenstein usw.) verbrachtes Vermögen von insgesamt mindestens 350 Milliarden €¹⁹, zum anderen aber auch die systematische Untererfassung der Geldvermögen im Rahmen der EVS²⁰. Um hier nicht gravierenden Fehlschlüssen aufzusitzen, ist es angezeigt, bei entsprechenden Analysen neben der EVS immer auch die aussagefähigere Statistik der Deutschen Bundesbank heranzuziehen. Ansonsten fehlt mehr als ein Drittel des Geldvermögens, was quantitativ und strukturell erheblich ins Gewicht fällt.

Disparate Vermögensverteilung

Die Vermögen in Deutschland sind, so die offizielle Einschätzung im *Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*, »sehr ungleichmäßig« verteilt. Dies bestätigen alle dazu vorgenommenen empirischen Untersuchungen.

Eine erhebliche Differenzierung der Vermögenslage und folglich Relativierung o. g. Durchschnittszahlen für die Vermögensbestände der Haushalte ergibt sich allein schon daraus, daß nicht alle privaten Haushalte an allen Vermögensformen partizipieren. Dies betrifft in erster Linie das *Immobilienvermögen*, da hierüber weniger als die Hälfte (46 %) aller Haushalte verfügen, in Westdeutschland 49 %, in Ostdeutschland nur 34 %. Mithin verteilt sich die in Tabelle 1 genannte Summe von 3 863 Milliarden € nicht auf alle Haushalte, sondern nur auf 46 % derselben. Dadurch erhöht sich deren durchschnittliche Vermögensausstattung – entsprechend dem Anteil des Immobilienvermögens am Gesamtvermögen – um rund 120 000 € auf 372 000 € (brutto), während die der anderen 54 % ohne Immobilieneigentum entsprechend sinkt, auf ca. 132 000 €. Berücksichtigt man darüber hinaus das West-Ost-Gefälle, wonach im Westen der Anteil der Eigentümerhaushalte anderthalbmal so hoch ist wie im Osten und zudem der Verkehrswert der Immobilien im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch²¹, so offenbart sich hierin eine deutliche regionale wie soziale Differenzierung. Diese hat sich seit 1990 durch den Bau bzw. Erwerb von Eigenheimen und Eigentumswohnungen im Osten zwar etwas verringert, vergrößert sich inzwischen aber wieder infolge der demographisch und wirtschaftlich bedingten Leerstände in Ostdeutschland sowie der divergenten Preisentwicklung für Immobilien in Ost und West. Hinzu kommt, daß die hier erfaßten Objekte auch substantiell von sehr unterschiedlichem Wert sind. So weist im Osten jede dritte Immobilie einen Verkehrswert von weniger als 50 000 € auf²², im Westen dagegen nur jede *fünfte*. Umgekehrt aber besitzen im Osten nur zwei Prozent aller privaten Haushalte ein Immobilienvermögen von mehr als 210 000 €, während dies im Westen für jeden sechsten Haushalt gilt.²³ Aber auch unter den westdeutschen Immobilienbesitzern ist die Differenzierung beachtlich: Ein Zehntel von ihnen besitzt nicht viel mehr als ein Vermögen von 75 000 €, die Hälfte verfügt über Immobilien im Wert von maximal 175 000 €, die reichsten fünf Prozent aber haben

Haus- und Grundbesitz im Wert von mindestens 500 000 €. Auf sie entfallen rund 20 % des gesamten Immobilienvermögens.²⁴ Damit wird deutlich, daß die Disparität in der Verteilung des Immobilienvermögens besonders hoch ist – höher als beim Geld- und beim Gebrauchsvermögen. Sie wird jedoch noch weit übertroffen von der Ungleichverteilung des *Produktivvermögens*, sowohl was die Ost-West-Relation angeht als auch hinsichtlich der Verteilung der Vermögenswerte unter die privaten Haushalte.²⁵ Im Grunde genommen läßt sich das Produktivvermögen in Höhe von 1,2 Billionen €, das nicht Unternehmen gehört, einer verhältnismäßig kleinen Gruppe privater Haushalte zurechnen. Einzig die Zunahme des Aktienbesitzes und der Beteiligungen in Form von Investmentfondsanteilen korrigiert dieses Bild ein wenig. In Deutschland waren 1998 ca. 22 % der west- und 14 % der ostdeutschen Haushalte als Aktionäre oder unmittelbar als Selbständige am Produktivkapital beteiligt.²⁶ Statistisch werden diese Vermögensformen jedoch größtenteils dem Geldvermögen zugerechnet.

Die meisten Diskussionen gibt es um die Höhe, die Dynamik und die Verteilung des *Geldvermögens*, obwohl dieses weder von seiner ökonomischen Bedeutung her noch quantitativ die wichtigste Vermögenskomponente ist und seine Verteilung sogar etwas gleichmäßiger ausfällt als die anderer Vermögensformen. Die Gründe für die Fokussierung der Debatte auf diese Vermögensform sind einerseits in der relativ hohen Transparenz des Geldvermögens als Nominalgröße zu suchen, andererseits aber auch in ideologisch motivierten Vorbehalten und Irrtümern in bezug auf Geld und Zins. Insbesondere spielt dabei die bei rechten wie linken Kritikern gleichermaßen anzutreffende Überzeugung eine Rolle, wonach Produktiv- und Immobilienvermögen »produktiv« seien und daher staatlich zu schützen und steuerlich zu fördern, Geldvermögen hingegen »unproduktiv«. Diese Lesart findet sich dann auch bei den Vermögensgeseinkünften, indem Gewinne, Mieteinnahmen, Pachten usw. als legale Einkünfte akzeptiert werden, Zinseinnahmen jedoch nicht. Im Unterschied zu ersteren gelten letztere als »leistungslose Einkommen« und als »moralisch bedenklich«. ²⁷ Abgesehen davon, daß diese auf Martin Luther zurückgehende Überzeugung ²⁸ sich heute, in einer modernen Kreditwirtschaft, einigermaßen merkwürdig ausnimmt, steht sie auch im Widerspruch zur ökonomischen Theorie, namentlich zu der von Karl Marx. ²⁹ Ferner klingt in ihr die Parole vom Gegensatz zwischen »schaffendem« und »raffendem« Kapital nach, eine pseudowissenschaftliche »Theorie«, die man lieber nicht in Erinnerung bringen sollte.

Die meisten Haushalte verfügen über Geldvermögen, sei es in Form eines Sparbuches, eines Bausparvertrages oder einer Lebensversicherung, nur 7,4 % nicht. ³⁰ Ein Teil der Haushalte hat jedoch Verbindlichkeiten, die ihr (Roh-)Vermögen übersteigen: sie sind überschuldet. Ihre Zahl beläuft sich offiziell auf 2,77 Millionen (1999), also 7,3 % aller Haushalte. ³¹ Zieht man beide Gruppen, jene, die nicht sparen und jene, die überschuldet sind, von der Gesamtzahl der Haushalte ab, so verbleiben 85 %, auf die sich das ausgewiesene Nettogeldvermögen verteilt. Die Durchschnittsgröße je Haushalt (in Tabelle 1) verändert sich dadurch auf 126 975 €. Aber diese Kor-

24 Vgl. Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung ..., a. a. O., S. 16 (Angaben für 1993).

25 Statistisch läßt sich dies dadurch belegen, daß der Gini-Koeffizient als diejenige Kennzahl zwischen 0 und 1, die über die Ungleichverteilung bzw. die relative Konzentration der Vermögen Auskunft gibt, beim Produktivvermögen mit 0,969 signifikant höher liegt als bei allen anderen Vermögensformen. Für die Verteilung der Nettovermögen insgesamt wird von einem Gini-Koeffizienten von 0,656 ausgegangen (vgl. Richard Hauser: Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland. Gutachten im Auftrage der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, Frankfurt a. M. 1997, S. 10; DIW: Perspektiven ..., a. a. O., S. 98.).

26 Vgl. *Lebenslagen in Deutschland*. Materialband, a. a. O., S. 92.

27 So fordert Norbert Schneider »Finanzinstrumente (zu) entwickeln, die es ermöglichen, daß die Geldbesitzer ihr Geld »kostenlos« zur Verfügung stellen ... Die Geldkapitalbesitzer dürfen keinen Vorteil mehr daraus ziehen, wenn sie ihr Geld verleihen.« (ND, 28. 11. 2002). Warum fordert er gleiches nicht auch für Vermieter, Landbesitzer oder Eigentümer von Produktivkapital? – Vgl. dazu Hans Tietmeyer: Geld und Moral, in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln Nr. 70/1996 sowie Otmar Issing: Der Zins und sein moralischer Schatten, in: *Der 3. Weg*, Sonderdruck 3/1994, S. 3ff.

28 Vgl. Luthers Werke, Volksausgabe in 8 Bänden, Band 1, Berlin 1898, S. 286 f.

29 In der Marx'schen Reproduktionstheorie bildet das Geldkapital, und um nichts anderes handelt es sich hier, lediglich *eine* Existenzform des Kapitalwerts, welche dieser im Kreislaufprozeß durchläuft und worin er sich im ersten und dritten Stadium desselben regelmäßig verwandelt (vgl. Karl Marx: *Das Kapital. Zweiter Band*, in: MEW, Bd. 24, S. 31 ff.).

30 DIW: Perspektiven ..., a. a. O., S. 94 (Angabe für 1998).

31 *Lebenslagen in Deutschland*, a. a. O., S. 69 f.

32 Vgl. ebenda, a. a. O., Materialband, S. 92.

33 Klaus-Dietrich Bedau: *Auswertung ...*, a. a. O., S. 15.

34 Vgl. Ernst-Ulrich Huster: *Reichtum in Deutschland*, in: Jörg Stadlinger (Hrsg.): *Reichtum heute*, Münster 2001, S. 17.

rektur ist unbedeutend im Vergleich zu den Unterschieden, die zwischen den einzelnen Vermögensklassen auszumachen sind. Danach hatten mindestens 25 % aller Haushalte mit Geldvermögen weniger als 4 000 € und mehr als 50 % weniger als 17 000 € zur Verfügung.³² Andere Quellen gehen von ähnlichen Relationen aus: Klaus-Dietrich Bedau schreibt zum Beispiel, daß die Hälfte der westdeutschen Haushalte ein Geldvermögen von weniger als 19 000 € besitzt; im Osten liegt diese Schwelle bei 8 000 €.³³ Demzufolge muß die andere Hälfte der Bevölkerung zwangsläufig weit mehr Geldvermögen besitzen: im Durchschnitt ca. 200 000 € je Haushalt. Aber auch diese Zahlen ergeben noch kein realistisches Bild. Ähnlich wie beim Immobilienvermögen nimmt die Differenzierung zu, je weiter man zu den wirklich Vermögenden vordringt, so daß schließlich eine ziemlich kleine Gruppe übrig bleibt, auf die sich der größte Teil des Geldvermögens konzentriert.

Tabelle 2:

Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte 1991 bis 2001 in Mrd. €

Position	1991	1995	1998	2000	2001
Geldvermögen bei					
- Banken	926	1.128	1.256	1.235	1.262
- kurzfristig	617	728	931	921	957
- längerfristig	309	346	325	314	305
- Versicherungen	401	573	741	868	930
In Wertpapieren	570	849	1.107	1.350	1.266
- Rentenwerte	276	365	356	370	358
- Aktien	131	187	339	433	337
- Sonst. Beteiligungen	80	106	122	136	138
- Investmentzertifikate	84	190	290	411	433
Aus Pensionsrückstell.	123	152	176	190	195
Insgesamt	2.020	2.701	3.281	3.642	3.653
Verbindlichkeiten	824	1.150	1.362	1.500	1.522
Nettogeldvermögen	1.196	1.552	1.918	2.142	2.131
- Je Haushalt in €	57.300	73.100	87.400	95.500	95.100

Quelle: Deutsche Bundesbank: Monatsbericht Juni 2002, S. 29.

Die Abweichungen der Angaben gegenüber Tabelle 1 erklären sich aus der unterschiedlichen Bewertung der sonstigen Beteiligungen (vgl. DIW: Perspektiven..., a. a. O., S. 88 f.).

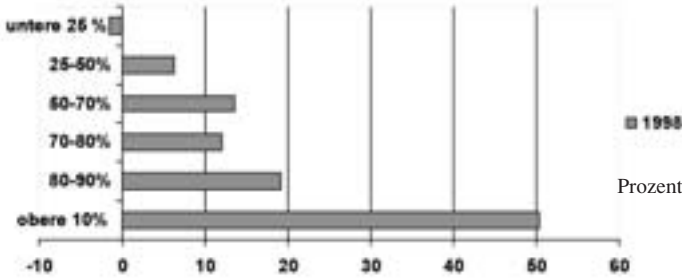
Berechnungen auf Basis der EVS 1993 gelangten zu dem Ergebnis, daß etwa zehn Prozent der Haushalte über knapp die Hälfte (46 %) des erfaßten (!) Geldvermögens verfügten, während sich die untere Hälfte mit weniger als zwei Prozent der Vermögenswerte zufrieden geben mußte.³⁴ Die ärmsten 25 % der Familien und Alleinstehenden verfügten nur über 0,1 % der gesamten Geldvermögensbestände.

Wie die Untersuchungsergebnisse der EVS 1998 zeigen, hat sich seitdem die Ungleichverteilung weiter verstärkt: Jetzt verfügen die reichsten 10 % der Haushalte schon über *mehr als die Hälfte* aller Geldvermögenswerte, während das untere Viertel im Durchschnitt

verschuldet ist, also eine *negative* Vermögensposition aufweist (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1:

Verteilung des Geldvermögens (in %)



Quelle: Sachverständigenrat: Jahresgutachten 2000/2001/ver.di: Staatsfinanzen stärken, Berlin 2002, S. 11.

Helmut Creutz hat, ebenfalls auf EVS-Daten aufbauend, die privaten Haushalte in zehn Gruppen eingeteilt und nach der Höhe des Geldvermögens, über das sie jeweils im Durchschnitt verfügen, geschichtet. Auf diese Weise läßt sich zeigen, daß tatsächlich 96 % des Geldvermögens bei der reicheren Hälfte der Haushalte konzentriert sind und rund 50 % bei dem reichsten Zehntel.³⁵ Aber damit nicht genug: Die größte Differenzierung gibt es *innerhalb* des reichsten Zehntels: Hier differieren die Vermögen zwischen 500 000 € und 5 Milliarden €, was zehntausendmal mehr ist! Dabei gilt es wiederum zwischen Ost- und Westdeutschland zu unterscheiden, woraus folgt, daß die wirklich großen Vermögen, die zwei- und dreistelligen Millionen- und die Milliardenvermögen, ausschließlich in Westdeutschland zu finden sind. So verfügen die reichsten 150 000 westdeutschen Haushalte, d. s. 0,5 %, über rund ein Sechstel des gesamten Geldvermögens.³⁶

Dies ist nicht nur Ausdruck eines enormen Reichtums. Die hier wiedergegebenen Daten belegen auch, daß sich in Deutschland ein dramatischer Polarisierungsprozeß vollzieht, der sich seit den 80er Jahren sichtbar beschleunigt hat.

Verglichen mit anderen Vermögensformen nehmen die Geldvermögen besonders rasch zu. Die Zuwachsraten betragen hier 6 bis 8 %, was bedeutet, daß sich die nominalen Geldvermögen alle 10 bis 12 Jahre verdoppeln. Zwischen 1991 und 2001 betrug der Zuwachs 80,8 % (Bruttovermögen) bzw. 78,2 % (Reinvermögen).³⁷ Diese Entwicklung muß jedoch vor dem Hintergrund der wachsenden Polarisierung gesehen werden, das heißt, der größte Teil des Zuwachses entfällt auf die großen Vermögen, während die mittleren und kleinen Vermögen nur moderate Zuwächse verzeichnen.

Wann ist man reich?

Die Frage, ob ein privater Haushalt als *arm* oder *reich* anzusehen ist, läßt sich nicht anhand absoluter Kriterien entscheiden. Vielmehr sind hierfür Relationen maßgebend, insbesondere der Abstand zum gesellschaftlichen Normalmaß, gemessen am Durchschnittseinkom-

35 Vgl. Helmut Creutz: *Das Geldsyndrom*, Frankfurt a. M./Berlin 1995, S. 214 f.

36 Ernst-Ulrich Huster: *Reichtum ...*, a. a. O., S. 17.

37 Um die Vergleichbarkeit mit anderen Größen herzustellen, sind diese Zuwächse mit der kumulierten Inflation zu deflationieren. Die realen Zuwächse sind um ca. ein Drittel geringer als die nominalen.

38 Vgl. *Lebenslagen in Deutschland*, a. a. O., S. 25 ff.

39 Vgl. dazu Ernst-Ulrich Huster: *Reichtum in Deutschland*, a. a. O., S. 14 f.

40 Werner Rügemer, a. a. O., S. 21.

41 Vgl. *Lebenslagen in Deutschland*, a. a. O., S. 44.

42 Der Gini-Koeffizient ist beim Vermögen mit 0,672 mehr als doppelt so hoch wie beim Einkommen, wo er bezogen auf das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 0,322 beträgt (*Lebenslagen in Deutschland*, a. a. O., Materialband, S. 42 und 100).

43 Joachim Tesch machte darauf aufmerksam, daß es in Deutschland – zumindest bis jetzt – eine relativ breite vermögende Mittelschicht gibt, die für eine verteilungspolitische Entscheidung (Wiedereinführung der Vermögensteuer u. ä.) den Ausschlag geben könnte und deshalb bei entsprechenden Überlegungen nicht ausgeklammert werden darf (vgl. Joachim Tesch: *Zur Vermögensverteilung in Deutschland und ihren Konsequenzen für die Politik*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 94 [August 1998], S. 11-21).

44 *Lebenslagen in Deutschland*, S. 41 sowie Materialband S. 76 f.

45 Vgl. den Klassiker von Ferdinand Lundberg: *Die Reichen und die Superreichen*, Hamburg 1969; ferner Michael Jungblut: *Die Reichen und die Superreichen in Deutschland*, Hamburg 1971.

men bzw. -vermögen. Gemeinhin wird hierbei als Bezugsgröße das Pro-Kopf-Einkommen oder das Haushaltsnettoeinkommen gewählt. Danach gilt als arm, wer regelmäßig weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat³⁸ und mithin als reich, wer über mehr als das Doppelte des Durchschnitts verfügt³⁹. Daraus folgt, daß, wer pro Monat mehr als 2 000 € zur Verfügung hat bzw. als Haushalt über ein Nettoeinkommen von mehr als 5 500 € verfügt, als *reich* anzusehen ist. Das betrifft derzeit in Deutschland ca. drei Millionen Haushalte mit mehr als sechs Millionen Personen. Die Zahl der Reichen ist also weitaus höher als die der Sozialhilfeempfänger, wie Werner Rügemer in seinem Essay über reich und arm mit Erstaunen bemerkt.⁴⁰

Diese Betrachtung bezieht sich allerdings zunächst nur auf die Einkommenslage. Bezogen auf die Vermögen stellt sie sich aber nicht grundsätzlich anders dar. Bedauerlich ist nur, daß es hierfür bisher keine klar definierten Kriterien und eindeutigen Abgrenzungen gibt.

Zweifelsfrei steht aber fest, daß, »wer sehr wenig oder kein Vermögen oder gar überwiegend Schulden hat«, als *arm* anzusehen ist.⁴¹ Wer aber ist *reich*? – Geht man analog zur einkommensbezogenen Analyse vor und setzt auch hier den statistischen Durchschnitt als Bezugsgröße, so wären alle Haushalte als reich einzustufen, die über ein Reinvermögen von mehr als 427 000 € verfügten. Dies wäre eine stattliche Zahl!

Eine solche Rechnung führt jedoch in die Irre, da hierbei die, verglichen mit den Einkommen, *weit größere Disparität* der Verteilung der Vermögen unberücksichtigt bliebe.⁴² Berücksichtigt man diese aber und unterstellt, daß sich rund die Hälfte des gesamten Reinvermögens auf zehn Prozent der Haushalte konzentriert, 3,8 Millionen Haushalte sich also ein Vermögen von rund 4 Billionen € teilen, so ergibt sich schon ein realistischeres Bild: Immerhin liegt das Vermögen dieser Haushalte – in der Zahl fast vier Millionen – im Durchschnitt dann bei 1,1 Millionen €, was den Tatbestand, reich zu sein, erfüllen dürfte.⁴³ Tatsächlich aber existiert auch in dieser Gruppe noch einmal eine enorme Differenzierung in der Vermögensausstattung. So wird im *Armut- und Reichtumsbericht* festgestellt, daß die Verteilung des Reichtums in Deutschland wesentlich *regional* bestimmt sei: So leben im Westen 98 % aller Millionäre, im Osten dagegen nur 2 %.⁴⁴ Überträgt man diese für die Einkommen getroffene Feststellung auf die Vermögen, so ist die o. g. Aussage entsprechend zu modifizieren. Das Vermögen der Reichen von knapp 4 Billionen € verteilt sich jetzt nur noch auf rund drei Millionen (westdeutsche) Haushalte, wodurch sich die Quote pro Haushalt entsprechend erhöht.

Im weiteren ließe sich die Differenzierung innerhalb der Gruppe der relativ vermögenden Haushalte untersuchen, die Unterschiede also zwischen den armen Reichen, den durchschnittlich Reichen und den Superreichen. Aber dafür fehlen die statistischen Voraussetzungen. Es sei nur angemerkt, daß der Unterschied zwischen einem Millionenvermögen und einem Milliardenvermögen dieselbe Relation ausdrückt wie der Unterschied zwischen 500 € und einer halben Million €: Dazwischen liegen Welten!⁴⁵

Neue Tendenzen

Trotz all der Informationsdefizite, Unterbewertungen und statistischen Unschärfen wird deutlich: Deutschland ist ein reiches und wohlhabendes Land. Dies gilt auch für das Wachstum der privaten Vermögen. Allein von 1995 bis zum Jahr 2000 vergrößerten sich diese um 20,9 % (brutto) bzw. 19,2 % (netto). Deutschland wird also immer reicher, immer wohlhabender. Bemerkenswert hieran ist jedoch, daß der größte Teil der Bevölkerung davon kaum etwas merkt. Weder die unteren Schichten noch der Mittelstand verzeichneten in den neunziger Jahren eine nennenswerte Zunahme ihres Vermögens. Der Zuwachs muß also mit einer Veränderung der *Verteilungsstruktur* einhergehen, sonst wäre o.g. Effekt statistisch nicht erklärbar.⁴⁶

Ein zweites Phänomen ist in diesem Kontext erwähnenswert. Paul Krugman machte kürzlich in einem viel beachteten Aufsatz in der *New York Times* darauf aufmerksam⁴⁷, daß das Durchschnittseinkommen in den USA höher sei als in allen anderen Industrieländern. Trotzdem aber leben die Durchschnittsfamilien hier nicht besser als anderswo, als in Deutschland, der Schweiz oder Skandinavien, sondern eher schlechter. Der höhere Durchschnittswert für die USA erklärt sich also allein daraus, daß die Reichen hier noch reicher sind als in anderen Ländern. Diese Feststellung gilt nicht nur für die Einkommen, sondern erst recht für die Vermögen. Auch hier verzeichnen die US-Haushalte gegenüber den privaten Haushalten in anderen Industrieländern einen deutlichen Vorsprung. De facto aber, bezogen auf den Normalhaushalt, trifft eher das Gegenteil zu, sind sie nicht reicher, sondern ärmer. Dies erklärt sich aus der *Verteilungsstruktur* der Vermögen: In den USA gibt es einfach viel mehr Reiche und Superreiche als in anderen Ländern, was die Statistik entsprechend verzerrt. Aber nicht nur das, ihr Reichtum nimmt auch explosionsartig zu, während alle anderen Schichten mehr oder weniger auf der Stelle treten oder sogar verarmen. So stieg das durchschnittliche Jahreseinkommen der Lohnabhängigen in den USA in den letzten 30 Jahren insgesamt nur um ca. zehn Prozent, während sich die reale Jahresvergütung der 100 Spitzenmanager im gleichen Zeitraum fast verdreißigfachte, von 1,3 Millionen auf 37,5 Millionen US-\$. Die hierin zum Ausdruck kommende Tendenz einer wachsenden Disparität und extremen Polarisierung erfaßt jedoch nicht, wie in früheren Jahren, eine relativ breite Oberschicht. Nein, sie konzentriert sich auf eine sehr kleine Gruppe superreicher Familien. So ging der weitaus größte Teil des Einkommenszuwachses der letzten zwanzig Jahre nicht an die oberen zehn, sondern an das obere *eine* Prozent der US-Gesellschaft. Das Durchschnittseinkommen betrug hier 230 000 US-\$. Aber auch hier finden wir keine Gleichverteilung. Zwei Drittel des Zuwachses gingen wiederum an die oberen 0,1 %, deren Einkommen bei mehr als 790 000 US-\$ lag. Und mehr als die Hälfte dieses Zuwachses ging an die oberen 0,01 % (13 000 Familien), die ein durchschnittliches Einkommen von 17 Millionen US-\$ verbuchen.⁴⁸ Die großen Gewinner sind also die ganz Reichen, die Superreichen. Dieser seit zwei Jahrzehnten zu beobachtende Trend zur *Plutokratie* beschleunigt sich gegenwärtig noch und stellt inzwischen eine ernsthafte Bedrohung der demokratischen Ordnung dar. Damit einher geht ein Wandel in der Unternehmenskultur, der

46 Dieser Trend einer zunehmenden Polarisierung in der Vermögensverteilung setzte in den USA bereits in der Reagan-Ära ein (vgl. Studs Terkel: *Arm & reich*, München 1990) und ist in Deutschland seit der Regierung Kohl zu konstatieren.

47 Paul Krugman: For Richer, in: *New York Times*, 20. October 2002.

48 Ebenda (Daten für Ende der 90er Jahre).

Übergang zum *Shareholder-Value*-Prinzip, eine beispiellose Markt-
radikalisierung, die apologetische Interpretation des Leistungsprin-
zips, die Ausplünderung der Welt nach den Regeln der neoliberal
globalisierten Ökonomie u. a. m.

Alles, was hier in Hinblick auf die Einkommen gesagt wird, gilt
erst recht für die Vermögen. Diese differieren genauso wie die Ein-
kommen, wenn nicht sogar noch stärker und untermauern so die zu-
nehmend plutokratische Struktur der Gesellschaft. Die Chancen,
durch den Staat hier noch einzugreifen und den Trend wieder umzu-
kehren, sind gering.⁴⁹ Möglicherweise ist es dafür schon zu spät und
die großen Vermögen sind bereits dabei, »ein neues und weniger de-
mokratisches Regime zu formen, eine Plutokratie«, wie Kevin Phil-
lips schreibt.⁵⁰

Deutschland ist nicht Amerika – und doch ist die Parallelität der
Tendenzen der Entwicklung beängstigend. Nicht zuletzt, um hier-
über einigen Aufschluß zu erhalten, gab die Bundesregierung in der
letzten Legislaturperiode einen *Armuts- und Reichtumsbericht* in
Auftrag, dessen zentrale Aussagen lauten, daß »die Ungleichheit der
Einkommen« in den letzten Jahrzehnten »tendenziell gestiegen« sei
und daß »das Vermögen in Deutschland sehr ungleichmäßig verteilt«
ist.⁵¹ Im weiteren gelangt der Bericht dann jedoch zu der Einschät-
zung, daß »die Verteilung des Privatvermögens ... langfristig ten-
denziell gleichmäßiger«⁵² geworden sei, eine Aussage, die auf den
ersten Blick der These von der Zunahme der sozialen Polarisierung
zu widersprechen scheint. Auf den zweiten Blick jedoch nicht unbe-
dingt. Denn *erstens* werden diejenigen, die im üblichen Verständnis
als *reich* gelten, von der Statistik (EVS) kaum oder überhaupt nicht
erfaßt. Die Aussagen beziehen sich also nur auf die Unter- und
Mittelschichten. *Zweitens* wird die für die Vermögenseinstufung und
-reproduktion wichtigste Komponente, das Produktivvermögen, sta-
tistisch nur zum Teil abgebildet und unzureichend als Privatvermö-
gen ausgewiesen. *Drittens* ist das Immobilienvermögen auf Grund
der Unterbewertung des Grundvermögens wertmäßig unterrepräsen-
tiert, was zu Verzerrungen im Ausweis der Vermögenslage führt.
Und *viertens* ist das Geldvermögen wegen in der Statistik fehlender
Auslandsgelder zu einem nicht unerheblichen Teil untererfaßt.
Berücksichtigt man diese Aspekte gebührend, die, da sie vor allem die
großen Vermögen betreffen, allesamt zu einer Nivellierung des Ver-
mögensausweises führen, so ergibt sich ein etwas anderes Bild: Da-
nach ist Deutschland zwar noch nicht auf dem Wege zur Plutokratie
wie die USA, die Weichen in diese Richtung sind aber bereits ge-
stellt, wobei die bislang im Sande verlaufende und inzwischen in
Regierungskreisen als nicht mehr opportun geltende Debatte um die
Wiedereinführung der Vermögensteuer hier einen wichtigen Wende-
punkt markiert.

Diese Entwicklung, für die weniger Veränderungen in der Wirt-
schaft als Verschiebungen in der Sozial- und Machtstruktur die
Ursache sind, hat ihren Preis. Dieser besteht darin, daß mit der Un-
gleichheit die *gesellschaftliche Instabilität* zunimmt, global wie na-
tional. Der politische Konsens der Wohlstandsgesellschaft früherer
Jahre, an welcher nicht nur die Reichen, sondern auch der Mittel-
stand und die ärmeren Schichten partizipierten, zerbricht zusehends.

49 Bedenklich in diesem
Zusammenhang stimmt die
Abschaffung der Erb-
schaftsteuer in den USA
und die 2003 beschlossene
Aufhebung der Dividenden-
besteuerung.

50 Zitiert nach Paul Krug-
man, a. a. O. (aus dem Eng-
lischen übersetzt – Ulrike
Busch).

51 *Lebenslagen in
Deutschland*, a .a. O.,
S. 43 und 45.

52 Ebenda, S. 68.

An seine Stelle tritt eine mit dem Terminus »Brasilianisierung« treffend beschriebene Struktur, worin sich die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft streng getrennt und unversöhnlich gegenüber stehen. Zum anderen hebt sich die »upper-class« immer mehr von der übrigen Gesellschaft, ihren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Standards, ab. Ihr Reichtum beruht nicht auf Leistung, wirtschaftlichem Erfolg o. ä., sondern ist ein Privileg, das sich aus sich selbst heraus reproduziert⁵³, ohne jede Bedeutung für die ökonomische und kulturelle Entwicklung und ohne produktive Funktion. Dieser Reichtum ist rein parasitär. Krugman spricht in diesem Zusammenhang von einer Rekonzentration der Vermögen und erinnert an Francis Scott Fitzgerald (*The Great Gatsby* – 1925), der zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in der Zeit vor der großen Depression, ähnliche Erscheinungen einer parasitären Reichtumskonzentration beobachtet hat.

Unter diesen Bedingungen tendiert die Politik dazu, zu einer Interessenpolitik der Reichen zu werden. Dies funktioniert selbst in einer Demokratie, da mit Geld nicht nur Politiker, Wissenschaftler und Richter gekauft werden können, sondern auch die Medien, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Nur so ist es erklärbar, daß sich trotz objektiv anders gelagerter Interessen in den USA gegenwärtig eine Mehrheit für die Aufhebung der Erbschaftsteuer findet und im Deutschen Bundestag keine Mehrheit für die Wiedereinführung der Vermögensteuer zustande kommt. Beide Steuern würden eine absolute Minderheit von Vermögenden »treffen« und insofern mehrheitspolitisch durchsetzbar sein. Die gewachsene gesellschaftliche Machtposition der Vermögenden⁵⁴ reicht aber aus, dies machtpolitisch zu verhindern.

Neuesten Angaben des US-Wirtschaftsmagazins *Forbes* zufolge gab es 2002 weltweit 476 Milliardäre bzw. Milliardärsfamilien. Ihr Gesamtvermögen umfaßt 1,4 Billionen US-Dollar. Die meisten von ihnen sind US-Amerikaner, insgesamt 222. Danach kommt Deutschland mit 43 Milliardären, dann Rußland mit 17, Großbritannien mit 14, Frankreich mit 13, Italien mit 11 und die Schweiz mit 9. Die Liste der Superreichen wird angeführt von den Amerikanern Bill Gates (40,7 Mrd. USD) und Warren E. Buffett (30,5 Mrd. USD). Auf Platz drei folgen Karl und Edo Albrecht (25,6 Mrd. USD). Weitere Deutsche finden sich auf den Plätzen 49 (Curt Engelhorn und Karl Friedrich Flick: je 5,7 Mrd. USD), 52 (August von Finck: 5,6 Mrd. USD), 54 (August Oetker und Michael Otto jeweils 5,5 Mrd. USD), 57 (Susanne Klatten: 5,3 Mrd. USD), 68 (Stefan Quandt: 4,3 Mrd. USD) und 71 (Reinhard Mohn: 4,1 Mrd. USD).

53 Vgl. Michael Hartmann: *Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft*, Frankfurt/New York 2002.

54 Vgl. Christoph Deutschmann (Hrsg.): *Die gesellschaftliche Macht des Geldes, Leviathan SH 21*, Wiesbaden 2002.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Unabgegoldenes. Politikverständnis bei Paul Levi

Lenins unverhoffte Abneigung gegen Polemik

»Genauso helfen wir jetzt unnötigerweise auch Paul Levi, machen unnötigerweise Reklame durch unsere Polemik gegen ihn. Er will ja nichts anderes, als daß wir mit ihm diskutieren. [...] Paul Levi möchte den Streit verlängern. Es wäre der *größte strategische Fehler*, diesen Wunsch zu erfüllen. Ich würde den deutschen Genossen raten, die *Polemik* gegen Levi und sein Blättchen in der Tagespresse der Partei zu *verbieten*.«¹ Ausgerechnet Lenin, einer der ausdauerndsten Polemiker, den die sozialdemokratische Bewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert hervorbrachte, jemand, dessen über vierzig Bände zählendes Werk ohne die Polemiken einen sehr überschaubaren Umfang hätte, einer, der nicht eher Ruhe gab, bis seine Kontrahenten entweder bedingungslos kapitulierten oder ihm aber einen, und sei es auch nur scheinbaren, Ansatz boten, sie als Verräter zu entlarven und mit einer kleinen Auswahl Schmähungen aus seinem an Verbalinjurien so reichen Sprachschatz moralisch zu vernichten – ausgerechnet der polemisierte gegen Polemik, ja »riet« zu ihrem Verbot?

Unmittelbar nach dem Ausschluß Paul Levis aus der KPD hatte sich Lenin noch vor den Verfeimten gestellt: Ich muß »den deutschen Genossen erklären, warum ich Paul Levi auf dem III. Kongreß so lange verteidigt habe. Erstens, weil ich Levi durch Radek in der Schweiz im Jahre 1915 oder 1916 kennengelernt habe. Levi war damals schon Bolschewik. Und ich kann mich eines gewissen Mißtrauens gegenüber jenen nicht erwehren, die *erst nach* dem Sieg des Bolschewismus in Rußland und einer Reihe von Siegen in der internationalen Arena zu ihm gekommen sind. [...] Unvergleichlich wichtiger war der zweite Grund, nämlich der, daß Levi mit seiner Kritik an der Märzaktion 1921 in Deutschland in vielem *dem Wesen der Sache nach recht hat* ...«²

Trotzdem sollte Levi gebrochen werden: »Die Defensive von Hunderttausenden Arbeitern [...] als ›Putsch‹ und sogar als ›Bakunistenputsch‹ zu bezeichnen ist schlimmer als ein Fehler, ist eine Verletzung der revolutionären Disziplin. Da Levi dem noch die und die Disziplinverstöße hinzugefügt hat [...], hat er Strafe verdient und ist zu Recht mit Ausschluß bestraft worden. Man muß den Ausschluß *befristen*, meinerwegen auf ein halbes Jahr. Dann *gestattet* man ihm wieder, um Aufnahme in die Partei zu bitten, und die Kommunistische Internationale empfiehlt, ihn aufzunehmen, *w e n n* er sich im Laufe dieser Frist loyal verhält.«³ Als der einstige Gefährte statt dessen weiter auf gleicher Augenhöhe zu verhandeln begehrte, reagierte Lenin in der ihm eigenen Art.⁴

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Historiker, Mitglied der Redaktion *UTOPIE kreativ*, leitet die Öffentlichkeitsarbeit an der Rosa-Luxemburg-Stiftung

1 W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten, in: Ders.: Werke, Bd. 32, Berlin 1975, S. 540, 543 (Hervorhebungen J. S.).

2 Ebenda, S. 541. (Hervorhebungen im Original)

3 Ders.: Bemerkungen zu den Entwürfen der Thesen über die Taktik für den III. Kongress der Kommunistischen Internationale. Brief an G. J. Sinowjew, 10. Juni 1921, in: Ders.: Werke, Ergänzungsband 2 (Oktober 1917 – März 1923), Berlin 1971, S. 330. (Hervorhebungen im Original)

Gegen Lenins »Rat«, alles zu vermeiden, was für diesen Levi (der im April 1917 bei der Abfahrt des plombierten Waggons aus der Schweiz für die deutsche Partei die Zustimmung zum Handel zwischen Lenin und den deutschen Behörden schriftlich bestätigt hatte⁵) »unnötigerweise Reklame« macht, wurde bis zum heutigen Tage auffallend selten verstoßen, nicht nur von den deutschen Kommunisten, sondern von den Deutschen überhaupt.⁶ In diesem Punkt hatte Lenin über alle Epochen hinweg – die Weimarer Republik, den Nazi-Faschismus, die DDR, aber auch die ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik eingerechnet – wirklich Erfolg; nicht zuletzt weil auch Lenins erklärter Gegner, die antisowjetische Sozialdemokratie, kein Interesse an der Rezeption Levischer Auffassungen hatte.

Es dauerte 48 Jahre, bis im deutschsprachigen Raum eine Biographie und eine Auswahl wichtiger Schriften des ehemaligen KPD-Vorsitzenden erschienen.⁷ Charlotte Beradt (1901 – 1986), eine Rundfunkjournalistin, die als junge Frau Paul Levi kennengelernt hatte,⁸ nutzte 1969 die Gunst der Stunde, die ihr die Studentenbewegung und die mit ihr kurzzeitig einhergehende Delektion von Jungintellektuellen an marxistischer Theorie und Politik boten. Beide Arbeiten finden sich bis heute in den Bibliographien einschlägiger Darstellungen; eine nachhaltige Rezeption blieb jedoch aus. Selbst die Residuen der Studentenbewegung, die K-Gruppen, vergriffen sich nicht an Paul Levi. Anders als Trotzki und Mao eignete sich das schmale Werk des Luxemburg-Gefährten nicht zur Einübung des kollektiven Hirntods.⁹

Zehn Jahre nach Charlotte Beradts Arbeiten legte der Rundfunkjournalist Ladislaus Singer ein weiteres Lebensbild von Paul Levi vor,¹⁰ ehe Sibylle Quack 1983 eine eigenständige Levi-Forschung begründete,¹¹ die allerdings wenig Fortsetzung fand¹². Als politische Erben Levis verstehen sich heute linke Sozialdemokraten, die seit 1980 die Zeitschrift »Sozialistische Politik und Wirtschaft« (SPW)¹³ herausgeben und damit denselben Titel wählten, unter dem Paul Levi von 1923 bis 1928 seine Zeitschrift laufen ließ.¹⁴

Im Osten Deutschlands wurden nach der Wende auch hier Arbeiten möglich, die mit der leninistischen Kanonik bei der Beurteilung Levis brachen. Annelies Laschitzka veröffentlichte Levis Einleitung, die er der Erstausgabe von Rosa Luxembürigs Manuskript »Zur russischen Revolution« vorausgeschickt hatte;¹⁵ als »graue Literatur« legten der Historiker Manfred Weißbecker¹⁶ und der Journalist Otfried Arnold¹⁷ weitere Lebensbilder Levis vor.

An dem Umstand, daß die deutsche Linke – egal ob geflissener oder borniertermaßen – Lenins Verdikt folgt, hat all dies aber wenig zu ändern vermocht.

Selbst das Requiem »Ein Jud von Hechingen«, das Walter Jens 1991¹⁸ – möglicherweise nicht absichtslos, aber dann in völliger Verknennung der Zustände der Aufzuklärenden – verfaßte, verhallte weithin ungehört. Anfang des Jahres 2002 tat sich der Aufklärer den Tort an, mit den Aufzuklärenden – wenn auch höchstzivilisiert, so doch – Klartext zu reden.¹⁹ Auch wenn er sich – selbst über alle Maßen – weniger kultiviert an sie gewandt hätte, wäre ihm das Scheitern seiner Fürstenerziehung nicht erspart geblieben. Die schauten, wie sie stets schauen: nichts sehend – und fest vom Gegenteil überzeugt.

4 W. I. Lenin: Notizen eines Publizisten, in: Ders: Werke, Bd. 33, Berlin 1975, S. 192-196.

5 Ders: Wie wir gereist sind, in: Ders: Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 10.

6 Wie wenig selbst Spezialisten Paul Levi noch im Blick haben, zeigt – unter anderen – der von Richard von Soldenhoff herausgegebene Band »Siegfried Jacobsohn: Briefe an Kurt Tucholsky 1915 – 1926. ›Der beste Brotherr dem schlechtesten Mitarbeiter‹« (Reinbek 1997), wo auf S. 542 zu lesen ist: »Paul Levi (1883 – 1930): Bekannter Strafverteidiger und sozialdemokratischer Politiker, Mitglied des Reichstags.«

7 Charlotte Beradt: Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. 1969; Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, herausgegeben von Charlotte Beradt, Frankfurt a. M. 1969.

8 Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg. Politische Arbeit und persönliche Beziehung. Mit 50 unveröffentlichten Briefen, Köln 1983, S. 238.

9 Über das Innenleben der K-Gruppen unerreicht bis heute: Wir warn die stärkste der Parteien ... Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen, Berlin 1977.

10 Ladislaus Singer: Paul Levi, in Ders.: Marxisten im Widerstreit. Sechs Porträts, Stuttgart-Degerloch 1979, S. 49-72. Die Texte waren zuvor im Deutschlandfunk gesendet worden.

11 Sibylle Quack: Geistig frei und niemandes Knecht, a. a. O.

12 Hans-Ulrich Ludewig: Die »Sozialistische Politik und Wirtschaft«. Ein Beitrag zur Linksoption in der SPD 1923 bis 1928, in: IWK, H. 1/1981; Sibylle Quack: Rosa Luxemburg an Paul Levi. Ein Nachtrag, in: IWK, H. 2/1987; Von Rosa Luxemburg und ihren Freunden in Krieg und Revolution 1914-1919. Herausgegeben und eingeleitet von Sibylle Quack und Rüdiger Zimmermann, in: IWK, H. 4/1988.

13 In den neunziger Jahren versuchten die Redaktionen von spw, Andere Zeiten und diesem Blatt eine richtungsübergreifende Debatte. Siehe unter anderem: Crossover. Für einen radikalreformerischen Neuanfang. Konferenz der Zeitschriften spw, Andere Zeiten und *UTOPIE kreativ*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 66 (April 1996).

14 Davor nannte er seine Zeitschrift »Unser Weg«, danach war er an der Zeitschrift »Der Klassenkampf« beteiligt, die seit 1928 mit dem Untertitel »Sozialistische Politik und Wirtschaft« erschien.

15 Paul Levi: Einleitung zu »Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlaß von Rosa Luxemburg«, in: Rosa Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten Manuskriptes »Zur russischen Revolution« und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin, zusammengestellt und eingeleitet von Annelies Laschitz, Berlin 1990, S. 177-231.

Schattenrisse eines Durchsichtigen

Levis Gegner haßten ihn aus tiefster Brust. Treue zur eigenen Gesinnung war dem ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht minder wichtig wie Harmoniestreben. Beides gehörte zum Leben des Paul Levi, der wie der zwei Jahre ältere Siegfried Jacobsohn und der sieben Jahre jüngere Kurt Tucholsky²⁰ – so wie etliche andere in der Weimarer Republik umstrittene Persönlichkeiten – dem deutsch-jüdischen Bürgertum entstammte. Hinter seinem Sarg zogen 1930²¹ viele Prominente zur Beerdigung. Auch die nicht anwesenden Reichstagsabgeordneten von NSDAP und KPD hatten sich von Levis Tod nicht unbewegt gezeigt: Als wenige Tage zuvor Reichstagspräsident Paul Löbe einen kurzen Nachruf auf Levi verlas, waren sie – die Kommunisten ebenso wie die Nazis – in stillem Protest und gemeinsamem Haß dem Plenum entflohen.²² Fünf Jahre zuvor hatte Levi beide Parteien – als einer der ersten Beobachter seiner Zeit – in einem Atemzuge genannt: »In dieser Situation (der Krise des Jahres 1923 – J. S.), die für die Kommunisten, wenn sie wirklich Kommunisten wären, ein unwiederbringlicher Glücksfall war, taten sich wieder einmal jene Alleswisser und jene Allesbesserwiser hervor, die das Schicksal der Kommunistischen Partei bestimmen. Karl Radek hielt damals in Moskau jene Schlageterrede, daß man die von Begeisterung funkelnden Brillengläser von Moskau nach Berlin blitzen sah. Towarischtsch Sinowjew gab seinen Segen dazu: man dürfe in den kommunistischen Reihen keinen »nationalen Nihilismus« dulden. [...] Am Schlusse des Ruhrkrieges war statt einer starken proletarischen Kraft ein nationalistisch-kommunistischer Gestank, der ganz Deutschland verpestete. Mit demselben Recht, mit dem die Kommunisten Anspruch darauf erhoben, die Erben des versinkenden Deutschland zu sein, erhoben ihn die Nationalsozialisten: die einen gaben sich nationalkommunistisch, die anderen kommunistisch-national; im Grunde war beides dasselbe.«²³ So deutliche Sprache goutierte in Deutschland weder die Linke noch die Rechte.

Seinen Freunden galt Paul Levi als gern gesehener Gast. Tisa von der Schulenburg, Schwester des späteren Mitverschworenen von Stauffenberg, erinnerte sich: »Hugo Simon war Bankier. [...] Bei Hugo Simon trafen sich wöchentlich Politiker, Künstler, Wissenschaftler, Gelehrte. Der preußische Ministerpräsident Braun, der Berliner Oberbürgermeister Böss, Scheidemann, Heilmann, Breitscheid, Paul Levi ... Fast alle namhaften Schriftsteller dieser Zeit gehörten zu diesem Kreis: Brecht, Remarque, die beiden Zweigs, Döblin, Wassermann, Heinrich Mann, Ringelnatz, Max Herrmann-Neisse, Annette Kolb, Else Lasker-Schüler, Zuckmayer [...] Der Reichstagsabgeordnete Paul Levi war eine auffallende Persönlichkeit. Wegen eines Lungenleidens im Ersten Weltkrieg war er, der junge Jurist, in der Schweiz gewesen. Dort hatte er Lenin und Trotzki kennengelernt. [...] Er war mit der Partei in Konflikt geraten, als sie Moskau-hörig wurde. Sie hatten ihn ausgeschlossen. Damit hatte die extreme Linke einen ihrer fähigsten Köpfe verloren. Levi war zum linken Flügel der SPD übergetreten. Aber auch Paul Levi war 1926 kein Barrikadenkämpfer mehr. Ein Kenner guter Weine, ein Sammler schönen Porzellans, geistreich, witzig, beschlagen. [...] Im Jorns-Prozeß klagte Paul Levi dieses Deutschland der Feme an, das Rosa Luxemburg ermordet hatte.

Die deutsche Entwicklung Ende der zwanziger Jahre erfüllte ihn mit tiefer Sorge.«²⁴

Levi war als Student in die sozialdemokratische Bewegung und 1914 als Anwalt Rosa Luxemburgs endgültig auf die Seite der erklärten Linken geraten. Mit der unkonventionellen, zwölf Jahre älteren Frau verband ihn eine kurze, aber heftige, bis 1983 geheimgehaltene Beziehung, anschließend eine enge Freundschaft. Über die Politik der Bolschewiki und nicht zum wenigsten über die Lenins in der russischen Revolution gerieten 1918 Rosa Luxemburg, die in Breslau eine Haftstrafe abbüßte, und Paul Levi ernsthaft aneinander: Rosa Luxemburg hatte im Sommer 1918 für die »Spartakusbriefe« einen Artikel verfaßt, in dem sie wiederum die Bolschewiki kritisierte; doch Levi, in der Sorge, der russischen Revolution zu schaden, und in der Auffassung, daß Rosa Luxemburg in ihrer Kritik überziehe, verweigerte dessen Publizierung. Die folgende Auseinandersetzung war heftig, führte aber nicht zum Bruch, sondern wurde Anlaß für die Broschüre »Die russische Revolution«. Aus der Zelle sandte sie Levi folgende Zeilen: »Ich schreibe diese Broschüre für Sie [...] und wenn ich nur Sie damit überzeugt haben werde, so habe ich diese Arbeit nicht vergeblich geleistet.«²⁵

Im Januar 1919 gab die sozialdemokratische Presse die drei »L« zum Abschluß frei. Nur Levi überlebte – an einem Ort, der damals in Deutschland noch sicher war: im Moabiter Gefängnis als Untersuchungshäftling. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hingegen wurden mit – unterdessen erwiesener – Duldung durch Ebert und Noske von einer marodierenden Soldateska abgeschlachtet. Nachdem im März 1919 auch noch Leo Jogiches dem weißen Terror zum Opfer gefallen war, übernahm Paul Levi den Vorsitz der KPD,²⁶ einer kleinen revolutionären Partei, die nicht nur – wenn auch widerstrebend – Lenins Kommunistische Internationale mitbegründete, sondern durch Levi auch noch deutlich verkleinert wurde: Auf dem Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 drängte er die antiparlamentarischen Kräfte, denen Rosa Luxemburg und er auf dem Gründungsparteitag der KPD unterlegen waren, aus der Partei²⁷ und machte damit den Weg frei für sein wichtigstes Ziel: die Verwandlung der KPD in eine wirkliche Arbeiterpartei. Anderthalb Jahre später war es soweit: Im Dezember 1920 wurde die KPD durch die Vereinigung mit einem großen Teil der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) zu einer Organisation mit mehreren hunderttausend Mitgliedern (VKPD) und Paul Levi zum Vorsitzenden der einzigen kommunistischen Massenpartei außerhalb Sowjetrußlands.

Rosa Luxemburgs unvollendete Broschüre blieb in dieser Zeit ungedruckt; ihre Thesen wurden in Levis Augen aber durch die Wirklichkeit Monat für Monat mehr bestätigt. Denn die Kommunistische Internationale war auf dem Wege, zu einem Instrument der sowjetischen Außenpolitik zu mutieren, und suchte die einzelnen Mitgliedsparteien, die sich ursprünglich freiwillig in der Internationale zusammengeschlossen hatten, zu »führen«: »Wir glauben, dass nicht nur hier in Deutschland, sondern überall empfunden wird, dass die Leitung der Exekutive (der Kommunistischen Internationale – J. S.) ungenügend ist. [...] Wir glauben, dass das nicht am wenigsten die Exekutive selbst empfindet. Als Ausweg aber benutzte sie einen, der der

16 Manfred Weißbecker: Paul Levi. Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung, Jena 1993. Der Text der Broschüre, die nach Angabe des Herausgebers, des Thüringer Forums, vergriffen ist, findet sich unter: <http://www.thueringerforum.de/internetbibliothek/publikationen/1993/levi.pdf>. Dieser sehr stringent gearbeitete Text wurde mir leider erst nach Abschluß dieses Artikels bekannt. Seine rechtzeitige Kenntnis hätte mir geholfen, Wege abzukürzen.

17 Otfried Arnold: Paul Levi: Sozialdemokrat – KPD-Vorsitzender – Sozialdemokrat, Herausgeberin: Grundsatzkommission der PDS, Berlin 1996.

18 Walter Jens: Ein Jud aus Hechingen. Requiem für Paul Levi, Stuttgart 1991.

19 Rede von Walter Jens auf dem Neujahrsempfang der PDS-Bundestagsfraktion am 14. Januar 2002, unter: http://www.pds-online.de/politik/aktuell/view_html?zid=405&bs=1&archiv=1

20 Während Siegfried Jacobsohns Urteil über Levi lange Zeit zwiespältig blieb, war Tucholsky mit Levi befreundet und versuchte über Jahre, zwischen beiden zu vermitteln. Einige Monate vor seinem Tod kapitulierte Jacobsohn, am 8. April 1926 schrieb er Tucholsky: »Paule Levi wird wohl so sein, wie Du ihn siehst und schilderst. Mich soll er [...] besuchen.« Siegfried Jacobsohn: Briefe an Kurt Tucholsky, a. a. O., S. 396.

21 »Im Fieberwahn einer schweren Lungenentzündung stürzte er sich aus seinem Fenster und starb – am Landwehrkanal. In den Landwehrkanal hatte man Rosa Luxemburgs Leiche geworfen.« Tisa von der Schulenburg: Ich hab's gewagt. Bildhauerin und Ordensfrau, Freiburg, Basel, Wien 1987, S. 86.

22 Carl von Ossietzky:
Paul Levi, in: Die Weltbühne, 1930, Heft 8, S. 280ff.

23 Paul Levi: Einleitung zu Trotzki: 1917 – Die Lehren der Revolution (1925), in: Ders.: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a. a. O., S. 141 f.

24 Tisa von der Schulenburg: Ich hab's gewagt. Bildhauerin und Ordensfrau, a. a. O., S. 84 ff. Levi galt nicht nur als ein sehr guter Reichstagsredner, sondern auch als einer der fähigsten Anwälte seiner Zeit (Siegfried Jacobsohn, der ständig Händel vor Gericht austrug und sich oft genug selbst verteidigte, schrieb am 20. Januar 1925 an Tucholsky nicht ohne Neid: »Mein Gegner war Paul Levi, der beide mit einem winzigen Griff, ohne den Arm zu heben, in die Tasche steckte.« Siegfried Jacobsohn: Briefe an Kurt Tucholsky, a. a. O., S. 252). Der Jorns-Prozeß 1929 wurde zu Levis erfolgreichster juristischer Auseinandersetzung mit der Weimarer Republik. Als Anwalt des angeklagten »Tage-Buch«- und »Weltbühne«-Autors Berthold Jacob legte er die Vertuschung des Mordes an Rosa Luxemburg durch die deutsche Justiz offen; der Angeklagte wurde zum Ankläger und freigesprochen. Neben dem Weltbüh-

allerunglücklichste war, und über den zu reden ich als Vorsitzender der Partei mir etwas Zurückhaltung auferlegen musste, über den ich aber als Parteimitglied mit aller Offenheit reden kann. Es ist das System der Vertrauensleute. Zunächst ist natürlich Russland nicht in der Lage, die besten Kräfte abzugeben. *Die* haben in Russland Posten, an denen sie nicht zu ersetzen sind. So kommen nach Westeuropa Kräfte und Genossen, jeder einzelne voll des besten Willens, jeder einzelne voll eigener Gedanken und jeder einzelne voll des Eifers, um einmal zu zeigen, wie er »die Sache schmeisst«. So wird Westeuropa und Deutschland zum Versuchsfeld für allerhand Staatsmänner im Duodezformat [...] Verhängnisvoll wird die Sache [...] dann, wenn Vertreter gesandt werden, die nicht einmal menschlich die nötigen Garantien bieten. [...] Das ist ein System wie die geheime Feme. Sie arbeiten nie mit, immer hinter und häufig gegen die Zentrale des einzelnen Landes. *Sie* finden in Moskau Glauben, *die anderen nicht*. Das ist ein System, das alles Vertrauen zu gegenseitiger Arbeit auf beiden Seiten, bei der Exekutive wie bei den angeschlossenen Parteien, untergraben muss. Zu einer *politischen* Leitung sind diese Genossen zumeist unverwendbar, auch zu wenig vertraut. So ergibt sich der trostlose Zustand: eine politische Leitung vom Zentrum fehlt.«²⁸

Diese Zeilen schrieb Levi am 3. und 4. April 1921, unmittelbar nach dem Mitteldeutschen Aufstand der KPD. Zu diesem Zeitpunkt war er schon seit vier Wochen nicht mehr Vorsitzender dieser Partei; aus Protest gegen die Spaltungspolitik der Kommunistischen Internationale in der Kommunistischen Partei Italiens und da seine Einsprüche im Vorfeld gegen diese Politik in Moskau ungehört verhallt waren, hatte er sein Amt niedergelegt. Unmittelbarer Anlaß war ein Eklat, den auf der Sitzung des Zentralausschusses der KPD am 24. Februar 1921 der Vertreter der Komintern Mátyás Rákosi (nach 1945 Herrscher in Ungarn)²⁹ herbeiführte. Ob Levi zurückgetreten wäre, hätte er geahnt, daß die Kommunistische Internationale seine Partei in das Abenteuer des Mitteldeutschen Aufstandes hineintreiben würde, muß Spekulation bleiben. Nach der sinnlosen Hinopferung von Leben³⁰ brach er jedenfalls sein Schweigen:

»Aber kein Kommunist ist kraft der Aufnahme in die Kommunistische Partei und der Übernahme des Mitgliedbuches verpflichtet oder auch nur befähigt, eine Kampfsituation zu ersehen, *wo keine ist* und wo nur der Wille der Zentrale in einem unsichtbaren und geheimen Konventikel und aus anderen Gründen als denen, die den Proletariern vor Augen liegen, beschliesst: eine Kampfsituation bestehe. Die Zentrale hat damit noch nicht einmal die simple Kunst jenes Indianerhäuptlings gezeigt, der, um seine Allmacht zu erweisen, jeden Morgen vor Sonnenaufgang vor sein Zelt trat und sagte: Sonne, geh du den Weg, den *ich* dir weise. Er deutete mit der Hand von Osten nach Westen. Die Zentrale, von denselben Allmachtsgefühlen beseelt, deutete aus Versehen mit der Hand vom Westen nach Osten. Sie hat damit das Grundgesetz verletzt, nach dem eine Massenpartei überhaupt nur bewegt werden kann; nur eigener Wille, eigene Einsicht, eigene Entschlossenheit der Massen kann sie bewegen; auf Grund dieser Voraussetzungen kann eine gute Führung – *führen*. [...] Eine Aktion, die lediglich dem politischen Bedürfnis der Kommunistischen Partei und nicht dem subjektiven Bedürfnis der proletarischen Masse entspricht,

ist verfehlt an sich. Die Kommunisten haben nicht die Möglichkeit [...], die Aktion *an Stelle* des Proletariats, *ohne* das Proletariat, am Ende gar gegen das Proletariat zu machen. Sie können nicht anders, als [...] Situationen schaffen, in denen das Proletariat die Notwendigkeit des Kampfes sieht, kämpft, und in den Kämpfen können dann die Kommunisten durch ihre Parolen das Proletariat führen.«³¹ Und damit nicht genug, steigerte Levi seine Anklage noch: »Da verblasst auch der Name Ludendorff. Der schickte, die Niederlage sicher vor Augen, Klassenfremde, Klassenfeinde in den Tod. Die aber schickten ihr eigen Fleisch und Blut zum Sterben für eine Sache, die sie selbst schon als verloren erkannt, zum Sterben, damit ihre, der Zentrale Position, nicht gefährdet werde. Wir wünschen den Genossen, mit denen wir selbst lange frohe und trübe Stunden durchlebt haben, keine Buße für das, was sie getan; nur eine Kasteiung mögen sie sich auferlegen, um ihrer selbst und um der Partei willen, in deren Nutzen zu handeln sie wohl glaubten, und das ist: *deutschen Arbeitern nie mehr unter die Augen treten*.«³²

Damit war der Bruch vollzogen, auch wenn das Levi – in der Politik die klare Sprache Rosa Luxemburgs für selbstverständlich erachtend – nicht sofort wahrhaben wollte. Am 15. April 1921 wurde Paul Levi aus der kommunistischen Organisation ausgeschlossen.³³ Die Gefahr, die von diesem Mann ausging, war damit nicht gebannt, besaß er doch das Manuskript von Rosa Luxemburgs »Die russische Revolution«. Clara Zetkin, enge Vertraute Rosa Luxemburgs als auch Paul Levis – den Mitteldeutschen Aufstand sah sie mit gleicher Verzweiflung wie er, vermied aber, obwohl sie zusammen mit Levi zurückgetreten war, den offenen Bruch mit der KPD³⁴ – kannte als führende Aktivistin der Spartakusgruppe selbstverständlich das Manuskript und bat Levi deshalb, aus Rücksicht auf die Lage in Rußland von einer Veröffentlichung abzusehen. Levi lehnte ab: »Rosa stand nun einmal [...] in gewissen Fragen im Gegensatz zu den Bolschewiki, gerade diese Fragen hat der Gang der russischen Revolution in den Vordergrund geschoben und [...] die Auffassungen Rosas glänzend gerechtfertigt. [...] Den Nachlaß unter Verschweigung dieses Gegensatzes [...] herauszugeben [...] hieße: erstens überhaupt und für immer auf eine Kritik verzichten, denn die Schwierigkeiten werden immer bestehen, solange Rußland in seiner jetzigen Verfassung allein steht; zweitens auf einen Weg verzichten, auf den die tote Rosa uns schon zu Lebzeiten wies und den – im Gegensatz zu manchen Auffassungen Lenins – die Geschichte gebilligt hat; drittens das ganze wunderbar einheitliche Bild von Rosas Weltanschauung zerstören. Das halte ich freilich für ganz unerträglich, sowohl mit Rücksicht auf Rosa als (auch – J. S.) mit Rücksicht auf den kommunistischen Gedanken, der nach verschiedenen Stahlbädern einiger Erholung bedarf.«³⁵ Lenin tobte: »Paul Levi will sich jetzt bei der Bourgeoisie – und folglich bei der II. und zweieinhalbten Internationale, ihren Agenten – dadurch besonders verdient machen, daß er gerade diejenigen Werke Rosa Luxemburgs neu herausgibt, in denen sie unrecht hatte.«³⁶

Geburtsurkunde des demokratischen Sozialismus?

In der Einleitung zu »Die russische Revolution« legte Levi die Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und Lenin sowie – noch deutlicher

nenprozeß 1931 zählt der Jorns-Prozeß zu den wichtigsten politischen Prozessen der Weimarer Republik. Carl von Ossietzky schwärmte: »Sein Plaidoyer im Jornsprozeß war eine Rede von einem wahrhaft dantonschen Format. [...] Ich frage, wer in Deutschland seit Ferdinand Lassalle diese fegende Vehemenz der Rede hatte.« Carl von Ossietzky: ... als Gast Herr Dr. Paul Levi, in: Die Weltbühne, 1929, Heft 23, S. 844. Ausführlich zum Prozeß: Der Jorns-Prozeß. Rede des Verteidigers Dr. Paul Levi – Berlin, nebst Einleitung, Berlin 1929.

25 Paul Levi: Vorwort zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 96.

26 Die überzeugendste Darstellung der KPD-Entwicklung findet sich bei Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999.

27 Sie organisierten sich in der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD) neu.

28 Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus. Mit Anhang: Die Lehren eines Putschversuches von Karl Radek, Berlin 1921, S. 45 ff. (Hervorhebung im Original)

29 »In allen Ländern haben Kommunisten gegessen«. Bericht über eine Befragung von Mátyás Rákosi, Ernő Gerő und István Kovács, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 64 (Februar 1996), S. 36-51; George Hermann Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948 – 1954, Berlin 2001, S. 78-91; 127-154.

30 Jörn Schütrumpf: Unruhiges Mitteldeutschland – März 1921, Juni 1953, in Franz-Josef Brüggemeier, Gottfried Korff, Jürg Steiner (Hg.): mittendrin. Sachsen-Anhalt in der Geschichte, Dessau 1998, S. 341. Dort auch weiterführende Literatur zum Mitteldeutschen Aufstand.

31 Paul Levi: Unser Weg, a. a. O., S. 29 f. (Hervorhebung im Original)

32 Ebenda, S. 35.

33 Um die Debatte mit der Komintern fortzuführen, bildete Levi die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (KAG – von den Gegnern geschmackvoll als »Levitens« apostrophiert), die natürlich nach Lenins Verdikt scheiterte, kehrte danach in die Rest-USPD und nach deren Wiedervereinigung in die SPD zurück. »Die SPD wollte Levi für die Reichstagswahlen nicht wieder aufstellen, aber Zwickau im ›roten Sachsen‹ erzwang seine Kandidatur.« Ladislaus Singer: Paul Levi, a. a. O., S. 68.

34 Neben Clara Zetkin und Paul Levi hatten der von der USPD gekommene KPD-Ko-Vorsitzende Ernst Däumig sowie Otto Brass und Adolph Hoffmann ihren Rücktritt erklärt. Nur Clara Zetkin kehrte – nach entsprechender »Selbstkritik« und einem »Friedensvertrag« mit der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands über eine gemeinschaftliche, unfraktionelle Arbeit« (W. I. Lenin: Brief an die deutschen Kommunisten, a. a. O., S. 540 f.) – in die vordere Reihe der KPD-Politiker zurück.

– zwischen sich selbst und Lenin³⁷ dar. Dieses Stück Literatur könnte man als eine Art Geburtsurkunde des demokratischen Sozialismus bezeichnen; in der Auseinandersetzung mit dem Leninschen Partei-, Staats- und Sozialismusverständnis werden hier wesentliche Eckpunkte eines demokratischen Sozialismus' umrissen. Um so erstaunlicher ist es, daß diese Arbeit bis zum heutigen Tag nicht rezipiert wurde, ja für den Interessierten schwer greifbar ist.³⁸ Charlotte Beradt, Ladislaus Singer und Sibylle Quack erwähnen sie eher, als daß sie sie behandeln, Manfred Weißbecker macht nicht einmal dies, nur Otfried Arnold zitiert immerhin einzelne Sätze, während Annelies Laschitzka, der, wie gesagt, das Verdienst zukommt, die Arbeit überhaupt wieder zugänglich gemacht zu haben, 1990 schrieb: »Rosa Luxemburgs und Paul Levis kritische Bedenken zu den Vorgängen in Rußland verdienen größte Aufmerksamkeit und sollten künftig noch gründlicheren objektiven Analysen unterzogen werden.«³⁹ Um die Interpretation von Rosa Luxemburgs Kritik wird unterdessen immerhin – wenn auch nicht immer sehr qualifiziert – gestritten,⁴⁰ soweit Annelies Laschitzkas Forderung aber Paul Levi betrifft, ist sie bis heute unabgeholten.

Hier soll im folgenden keine Analyse geboten, sondern eine Vorarbeit verrichtet werden.

Der Text wird ausführlich zitiert, nicht nur um der Gefahr zu entgegen, in Levi etwas hineinzunehmen, was dieser so nicht meinte. Der eigentliche Grund ist Levis Argumentationslogik, der zu folgen – nicht erst für den heutigen Leser – manchmal schwierig ist. Denn der Anwalt Levi argumentierte auch in seinen politik- und gesellschaftstheoretischen Schriften bisweilen wie ein Jurist und nicht wie ein Politik- oder Gesellschaftstheoretiker; auch diese Texte sind wie Plädoyers aufgebaut. Darin könnte auch ein Grund dafür liegen, daß dieser Text nie ernsthaft auf seinen Gehalt hin untersucht wurde. Die Zitate folgen also nicht Levis Darstellung; statt dessen wurde der Versuch unternommen, sie in eine systematische Anordnung zu bringen.

In den Mittelpunkt seiner Betrachtungen stellte Levi zwei Fragen:

Erstens: »Gibt es eine Form von proletarischem Staat, der allein durch seine Existenz als Form die Herrschaft des Proletariats sicherstellt, oder ist auch unter der Decke der proletarischen Form des Staates seine Wandelung möglich, dergestalt, daß nicht mehr proletarische, sondern andere Kräfte entscheidend werden?«⁴¹ Damit hatte Levi 1922 die Frage nach dem Charakter der Staatsmacht aufgeworfen, wenn sich in einem weitgehend noch vorkapitalistisch verfaßten Land eine von marxistischen Kräften geführte Revolution institutionalisiert. Wäre das auf Dauer eine Herrschaft des Proletariats?

Zweitens fragte er: »Welches ist die Verbindung, die zwischen diesen Kreisen bestehen kann und besteht?«⁴² (Mit »Kreisen« meinte Levi die Leninsche Dreiteilung in »Masse« [die Industrieproletarier und die arme Landbevölkerung], »Vortrupp der Masse« [das städtische Industrieproletariat] und »Vorhut des Industrieproletariats« [die Kommunisten] – im Stalinschen Marxismus-Leninismus später zu »Partei – Klasse – Masse« kanonisiert.)

Um das Problem aufzurollen, erinnerte Levi an eine Kontroverse zwischen Lenin und Rosa Luxemburg aus dem Jahre 1904. In seiner Schrift »Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück« (1904) hatte Lenin für die revolutionäre Sozialdemokratie eine zentralistische, von

einem Zentralkomitee geleitete Organisation (»Partei neuen Typus«) gefordert. Für Rosa Luxemburg proklamierte Lenin damit eine »schroff(e) Abgrenzung des organisierten Kernes der Partei von dem ihn umgebenden revolutionären Milieu«⁴³, was sie als »eine mechanische Übertragung der Organisationsprinzipien der blanquistischen Bewegung von Verschwörerzirkeln auf die sozialdemokratische Bewegung der Arbeitermassen«⁴⁴ interpretierte. Der Blanquismus, den sie Lenin und seinem Modell von einer »Partei neuen Typus« vorwarf, war für Rosa Luxemburg »weder auf die unmittelbare Klassenaktion der Arbeitermasse berechnet, noch brauchte er deshalb auch eine Massenorganisation. Im Gegenteil, da die breite Volksmasse erst im Moment der Revolution auf dem Kampfplatz erscheinen sollte, die vorläufige Aktion aber in der Vorbereitung eines revolutionären Handstreichs durch eine kleine Minderheit bestand, so war die scharfe Abgrenzung der mit dieser bestimmten Aktion betrauten Personen von der Volksmasse zum Gelingen ihrer Aufgabe direkt erforderlich. Sie war aber auch möglich und ausführbar, weil zwischen der konspiratorischen Tätigkeit einer blanquistischen Organisation und dem alltäglichen Leben der Volksmasse gar kein innerer Zusammenhang bestand.«⁴⁵

Die Schlußfolgerung, die Lenin aus seiner Parteiauffassung zog – daß nämlich ein revolutionärer Sozialdemokrat nichts anderes sei als »der mit der *Organisation des klassenbewußten* Proletariats unzertrennlich verbundene Jakobiner«⁴⁶ (von denen einst Blanqui sein Selbstverständnis herleitete) –, nutzte Rosa Luxemburg, um ihre Differenz mit Lenin zu unterstreichen: »Tatsächlich ist die Sozialdemokratie aber nicht mit der Organisation der Arbeiterklasse verbunden, sondern sie ist die *eigene Bewegung der Arbeiterklasse*.«⁴⁷ Die sozialdemokratische Aktion wachse »historisch aus dem elementaren Klassenkampfe heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, daß hier die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampf auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich gesonderte Momente wie bei der blanquistischen Bewegung, sondern sie sind nur verschiedene Seiten desselben Prozesses. Einerseits gibt es – abgesehen von allgemeinen Grundsätzen des Kampfes – keine fertige, im voraus festgesetzte detaillierte Kampftechnik, in die die sozialdemokratische Mitgliedschaft von einem Zentralkomitee eingedrillt werden könnte. Andererseits bedingt der die Organisation schaffende Prozeß des Kampfes ein beständiges Fluktuieren der Einflußsphäre der Sozialdemokratie.«⁴⁸

Diese Art von Politikentstehung – ohne die demokratische Sozialismus Phrase bleibt – widersprach zutiefst Lenins Naturell, dem alles Vage und Unkontrollierbare zuwider war. Doch selbst wenn er Rosa Luxemburg im Stillen zugestimmt hätte – angesichts der Illegalität und der Verfolgungen, denen sich die russische Sozialdemokratie ausgesetzt sah, versprach dieses Herangehen, zumindest in Lenins absehbarer Lebensfrist, keinen Erfolg.

Lenins Ansichten über Masse, Vortrupp und Vorhut übertrugen die Bolschewiki während der russischen Revolution auf die Organisation der neuen Staatsmacht. Levi zitiert ausführlich Lenins Selbstdarstellungen: »Die Sowjetmacht ist nichts anderes als die Organisations-

35 Paul Levi an Clara Zetkin, 23. September 1921, in: Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a. a. O., S. 138.

36 W. I. Lenin: Notizen eines Publizisten, in: Ders: Werke, Bd. 33, Berlin 1975, S. 194 f.

37 »Ich habe [...] fast ausschließlich Lenin und Trotzki zitiert. [...] Ich habe im wesentlichen ihn zitiert, weil man die russische Revolution und ihre Werke beurteilen soll nach den großen Männern, die sie führen«. Paul Levi: Vorwort zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 97.

38 Die bisherigen Recherchen haben drei Veröffentlichungen des Textes zutage gefördert: die Erstpublikation von 1922, die Veröffentlichung im von Charlotte Beradt besorgten Levi-Auswahlband aus dem Jahre 1969 (Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a. a. O.) und die Veröffentlichung im Luxemburg-Auswahlband aus dem Jahre 1990, den Annelies Laschitzka besorgte (Rosa Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden, a. a. O. Die ersten beiden Ausgaben sind seit langem vergriffen und nur antiquarisch greifbar; die dritte Ausgabe fand nicht die ihr zustehende Beachtung, ist aber noch lieferbar (Karl Dietz Berlin); allerdings fehlt jeder Hinweis auf Levis Arbeit, so daß dem Suchenden kaum eine Chance auf Erfolg geboten wird. Auch im Internet ist der Text nicht verfügbar; dort findet sich lediglich »Unser Weg. Wider den Putschismus«: <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/levi/>

39 Annelies Laschitzka:
Vorwort, in: Rosa Luxemburg und die Freiheit ... a. a. O., S. 18.

40 Rosa Luxemburg: La Révolution Russe. Traduit et présenté par Gilbert Badia, Pantin 2000; Narihiko Ito: Die Russische Revolution und Rosa Luxemburg, in: Theodor Bergmann u. a. (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, S. 296-216; Manfred Scharer: »Freiheit ist immer ...« Die Legende von Karl und Rosa, Berlin 2002.

41 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 112.

42 Ebenda, S. 113.

43 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, Jg. 1904, Bd. 2; bei Levi, a. a. O., zitiert auf S. 117.

44 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, a. a. O.; bei Levi, a. a. O., zitiert auf S. 117.

45 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, a. a. O.; bei Levi, a. a. O., zitiert auf S. 116.

46 W. I. Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück, Genf 1904, S. 140; bei Levi zitiert auf S. 116. Lenin wird auch im folgenden aus den Ausgaben belegt, aus den Levi zitierte.

47 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, a. a. O.; bei Levi, a. a. O., zitiert auf S. 117.

form der Diktatur des Proletariats, der Diktatur der fortgeschrittenen Klasse, die zum neuen Demokratismus, zur selbständigen Anteilnahme an der Staatsverwaltung Millionen und aber Millionen von Arbeitenden und Ausgebeuteten erhebt, die durch ihre Erfahrungen lernen, in der disziplinierten und zielbewußten Avantgarde des Proletariats ihre zuverlässigsten Führer zu sehen.«⁴⁹ Und: »Die Rätemacht ist die erste in der Welt [...], die die Massen, gerade die ausgebeuteten, zur Beteiligung an der Verwaltung heranzieht.«⁵⁰ Und: »Die Räte bilden eine unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Klassen selbst, die ihnen die Möglichkeit erleichtert, den Staat selbst einzurichten und zu leiten.«⁵¹

Hier setzte Levis Kritik an: »Lenin spricht [...] von der ›Möglichkeit‹ der Teilnahme. Ihm schwebt also unzweifelhaft auch der Fall vor, daß die Massen von jener Möglichkeit keinen Gebrauch machen und das Sowjetsystem dann doch funktioniert. Für ihn zerfällt das Proletariat ganz offenbar in zwei scharf getrennte Teile: den einen Teil, der ›heranzieht‹, den anderen Teil, der ›herangezogen‹ wird, und die Verbindung zwischen diesen beiden Teilen ist, wie das Bild des Heranziehens oder das so häufig gebrauchte Bild des ›Hebels‹ zeigt, dem Gebiete der Mechanik entnommen. Für Lenin sind beide Teile einer getrennten Existenz fähig: die Vorhut des Proletariates, die das Sowjetsystem geschaffen hat und es trägt, kann leben und existieren und kann das Sowjetsystem weitertragen, bis die große Masse von der ihr gebotenen ›Möglichkeit‹ Gebrauch macht, durch ›Erfahrungen gelernt hat‹, in jenen ›ihre zuverlässigsten Führer‹ zu erblicken; die breite Schicht der Ausgebeuteten und Unterdrückten, Gros und Nachhut, das Objekt, an dem der ›Hebel‹ angesetzt wird, an dem die Hebelkünste erwiesen werden, bis zu dem Tage, an dem sie den Segen der ihnen im Sowjetsystem gebotenen ›Möglichkeiten‹ und die treue Vorsorge ihrer ›zuverlässigsten Führer‹ erkennen und in Linie einrücken mit dem, was bisher die Vorhut war. Wie eine treue Mutter hat die Vorhut im Sowjetsystem ein Hemd zurechtgemacht, sie wartet – geduldig oder ungeduldig –, bis das Kind das Hemd tragen kann. Solange das nicht ist, bleibt trotzdem Mutter Mutter und Hemd Hemd, Vorhut Vorhut und Sowjetsystem Sowjetsystem.«⁵²

»Eine Möglichkeit ist aber nicht der solide Grund, auf dem ein Staatswesen aufgebaut werden kann. Die feste Mauer, die das Sowjetgebäude stützt, ist die *Vorhut* des Proletariats, d. h. die Kommunistische Partei, und jedenfalls im ersten Stadium der Revolution haben die Bolschewiki – und zunächst auch richtig – damit gerechnet, daß auch der Vortrupp, d. h. das Industrieproletariat, sich daran lebendig beteiligen werde. Weil aber die Anteilnahme des Gros nur eine Möglichkeit, die des Industrieproletariates keine Sicherheit bedeutet, müssen die Beziehungen zwischen dem einzigen festen Punkt, der Vorhut, einerseits, dem Vortrupp und dem Gros andererseits, variabel sein.

Lenin sagt darüber: »Eine Diktatur muß nicht durchaus eine Aufhebung der Demokratie für die Klasse bedeuten, die diese Diktatur gegenüber den anderen Klassen ausübt. Sie bedeutet jedoch unbedingt die Beseitigung oder wesentliche Beschränkung der Demokratie (die auch einer Art Beseitigung gleichkommt) für jene Klasse, der gegenüber die Diktatur ausgeübt wird.«⁵³ Daraus ergibt sich: die Regie-

rungsform unter dem Sowjetsystem kann zunächst variiert sein durch ein mehr oder weniger großes Maß von Demokratie sowohl der diktierenden als der ›diktieren‹ Klasse gegenüber.«⁵⁴

Das trieb Levi zu der Frage: Wo »ist das große Ich, das über allem thront, das der Demokratie erträgliches Maß, nicht zu wenig, nicht zu viel, den Klassen spendet, der ›herrschenden‹ wie der ›beherrschten‹? [...] Aber auch damit sind nicht alle Möglichkeiten erschöpft. Denn vielleicht fällt auch die Kommunistische Partei mit in jenes unbegrenzte Reich der ›Möglichkeiten‹. Lenin denkt gradlinig weiter: ›Darum gibt es entschieden keinen prinzipiellen Gegensatz zwischen dem Sowjet- (d. h. sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Macht von einzelnen Personen. Der Unterschied zwischen der proletarischen Diktatur und der bürgerlichen besteht darin, daß die erste ihre Schläge gegen die ausbeuterische Minderheit im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit richtet, und dann darin, daß die erste – auch durch *einzelne* Personen – nicht bloß durch die Massen der Arbeitenden und Ausgebeuteten verwirklicht wird, sondern auch durch die Organisationen verwirklicht wird, die so ausgebaut sind, daß durch sie die Massen erweckt und zum historischen Schaffen gehoben werden.«⁵⁵

Damit ist die Diktatur des Proletariates auf einen völlig neuen Boden gestellt. Demokratie oder nicht Demokratie, Partei oder nicht Partei, Vorhut oder nicht Vorhut, ein einzelner oder mehrere: all das verträgt sich mit der Diktatur des Proletariates, die gekennzeichnet wird durch zwei Momente, ein subjektives und ein objektives: das subjektive Moment, das der Diktator diktiert ›im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit‹, das objektive Moment, ›daß sie nicht bloß durch die Massen verwirklicht wird, sondern auch durch Organisationen, die so ausgebaut sind, daß durch sie die Massen erweckt‹. [...] (A)uch unter dem Sowjetsystem, d. h. der der proletarischen Diktatur eigentümlichen Staatsform, sind die Regierungsformen die denkbar verschiedensten. Von der freien Demokratie, unter Umständen sogar für die Bourgeoisie, bis zur starren Diktatur eines einzelnen.«⁵⁶ Diesem Diktaturverständnis setzte Levi Rosa Luxemburg entgegen: »Sie wußte den Kampf als Kampf, den Krieg als Krieg, den Bürgerkrieg als Bürgerkrieg zu führen. Aber sie konnte sich den Bürgerkrieg nur vorstellen als freies Spiel der Kräfte, in dem selbst die Bourgeoisie nicht durch Polizeimaßnahmen in die Kellerlöcher verbannt wird, weil nur im offenen Kampf der Massen diese wachsen, sie die Größe und Schwere ihres Kampfes erkennen konnten. Sie wollte die Vernichtung der Bourgeoisie durch öden Terrorismus, durch das eintönige Geschäft des Henkens ebensowenig, als der Jäger das Raubzeug in seinem Walde vernichten will. Im Kampf mit diesem soll das Wild stärker und größer werden. Für sie war die Vernichtung der Bourgeoisie, die auch sie wollte, das *Ergebnis* der sozialen Umschichtung, die die Revolution bedeutet. War schon die Bekämpfung der Bourgeoisie im Polizeisinn ihrer Anschauung nicht entsprechend, so ist es kein Zweifel, wie sie diese Maßnahmen gegenüber proletarischen Teilen beurteilt hat.«⁵⁷

Im Frühjahr 1921, die Bolschewiki hatten den Bürgerkrieg siegreich beenden können, brachen in verschiedenen Teilen Sowjetrußlands Bauernaufstände gegen die Beibehaltung der Ablieferungs-

48 Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, a. a. O.; bei Levi, a. a. O., zitiert auf S. 116 f.

49 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Berlin 1920, S. 38; bei Levi, a. a. O., zitiert auf S. 112.

50 W. I. Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky, Leipzig, Berlin 1919, S. 15 (Hervorhebung im Original); bei Levi, a. a. O., vollständig zitiert auf S. 112.

51 W. I. Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky, a. a. O., S. 15 (Hervorhebung im Original); bei Levi ausführlicher zitiert auf S. 112.

52 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 114 f.

53 W. I. Lenin: Die Diktatur des Proletariats und der Renegat Kautsky, a. a. O., S. 4; bei Levi, a. a. O., vollständig zitiert auf S. 119.

54 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 118 f.

55 W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Berlin 1920, S. 43; bei Levi, a. a. O., zitiert auf S. 120.

56 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 119 f.

57 Ebenda, S. 130. 1924 schrieb Levi: »Die Bolschewiki sind, wie sie selbst stolz sagen, die einzig legale Partei in Rußland. Sie

allein haben Preß- und Versammlungsfreiheit, sie allein Freiheit der Rede. Aber Freiheit, die für einen Einzigen, eine einzige Person, eine einzige Partei besteht, ist eben keine Freiheit. Die Freiheit eines einzigen, die bestand ja schon ehemals in Rußland: schon Börne sagt, daß darum in Rußland die größte Freiheit sei, weil sie dort nur ein einziger habe [...] Diese größte Freiheit eines einzelnen ist in Wirklichkeit eine einzige Unfreiheit: die Freiheit, die die Bolschewiki gleich dem Zaren für sich in Anspruch nehmen, entbehrt des Abmaßes zur Freiheit anderer und verliert damit alle ihre Qualitäten. [...] (N)icht nur die starre Verfolgung, sondern auch das starre Herrschen verdammen zum Leben der Sekte und zwingen damit letzten Endes zur politischen Negation.« Paul Levi: Einleitung zu Trotzki: 1917 – Die Lehren der Revolution, a. a. O., S. 147.

58 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 122; siehe auch J. A. Ambarzumow; *Analisis W. I. Leninyum pritschin krisisa 1921 g. i putej wy-choda is nego*, in: *Woprossy Istorii*, 1984, Heft 4, S. 15-29; Frits Kool, Erwin Oberländer (Hg.): *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur*, 2 Bände (Dokumente der Weltrevolution, Band 2), München 1972.

59 W. I. Lenin: Zur Naturalsteuer, in: *Die Kommunistische Internationale*, Nr. 17, 1922, S. 87; bei Levi zitiert auf S. 102.

60 »Als die Bolschewiki im November 1917 die Macht ergriffen, schufen sie über Nacht die größte politische Tatsache, die je in der Ge-

pflicht und der Verteilung als Ersatz für den Markt aus. Und auch auf der anderen Seite, in der russischen Arbeiterschaft, gährte es: Die ehemalige Hochburg der Revolution, Kronstadt, befand sich im Zustand wütender Rebellion. »Es kann sein, daß hinter den Kronstädter Matrosen ein paar zaristische Generale herumpoperierten – wir wissen es nicht. Es kann sein, daß im Kronstädter Aufstand »menschewistische« Parolen eine Rolle spielten – wir wissen es nicht. Wir wissen nur eines gewiß, daß weder zaristische Generale noch französische Franken noch menschewistische Parolen eine hinreichende Erklärung dafür sind, wie es möglich ist, daß *treueste Söhne der Revolution*, ergebenste Anhänger der Bolschewiki, die sie bislang waren, die Elite der revolutionären Kämpfer, in hundert Schlachten bewährt, aufständig wurden gegen die, denen sie bisher zugetan waren. Diese Tatsache kann nur erklärt werden mit einer tiefen Krise innerhalb des Proletariates selbst, mit einem schweren Konflikt, der zwischen »Vorhut« und »Vortrupp«, ja vielleicht innerhalb der Vorhut selbst entstanden ist.«⁵⁸ Die Sowjetmacht hatte sich sowohl den bodenbesitzenden Bauern als auch den Arbeitern entfremdet – wie sich zeigen sollte: irreversibel. Den Kronstädtern war relativ leicht beizukommen: Ihr Aufstand wurde unter Teilnahme der Delegierten des gerade in Petrograd tagenden X. Parteitages der KPR (B) blutig niedergeschlagen; in Leninsche Terminologie übersetzt hieß das: Die »Vorhut« unterwarf den »Vortrupp«.

Zu einem Bürgerkrieg gegen die Bauernschaft hingegen waren die Bolschewiki 1921 weder willens noch fähig (den holte wenige Jahre später Stalin nach); statt dessen setzte Lenin mit der Einführung der Naturalsteuer eine Befriedungsstrategie gegenüber der Bauernschaft durch und rettete den Bolschewiki so die Macht. Zugleich zielte die sogenannte Neue Ökonomische Politik (NÖP) auf die Etablierung eines Staatskapitalismus, orientiert an der deutschen Kriegswirtschaft nach 1915: »Wenn die Geburt der Revolution in Deutschland sich noch verzögert, so ist es unsere Aufgabe, am Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, alles daranzusetzen, um ihn auf unser Sowjetsystem zu übertragen, keine diktatorische Maßnahme zu sparen, um die Übernahme dieses westlichen Kulturerzeugnisses durch das barbarische Rußland zu beschleunigen, keine barbarische Kampfmittel gegen die Barbarei zu scheuen.«⁵⁹

Levi, der sich auch später immer zum Vorgehen der Bolschewiki 1917 bekannte,⁶⁰ sah für diese Entwicklung zwei Ursachen:

Erstens: Rosa Luxemburg hatte in »Die russische Revolution« das »Dekret über den Boden«, mit dem die Bolschewiki 1917 die Mehrheit der Landbevölkerung auf ihre Seite gezogen hatten, kritisiert und vorausgesagt: »Die Leninsche Agrarreform hat dem Sozialismus auf dem Lande eine neue mächtige Volksschicht von Feinden geschaffen, deren Widerstand viel gefährlicher und zäher sein wird als der der Großgrundbesitzer.«⁶¹ In diesem Punkt behielt sie recht; Levi dazu 1922: »Die bolschewistische Rechnung, die auf den stetig und rasch sich zuspitzenden Klassengegensatz im Bauerntum rechnete und hoffte, aus dem so entbrennenden Kampf die Kraft zur Weiterführung der Revolution nach der Richtung auf den Sozialismus zu gewinnen: die Rechnung ging fehl. Die Landverteilung hat zu einer Nivellierung der Klassengegensätze auf dem Lande geführt [...] Wo der Industrie-

proletarier vor drei Jahren noch Verständnis und Hilfe auf dem Lande finden konnte, findet er heute in breiter, einheitlicher Schicht den Mittelbauern mit seiner – wenn er auch bisher nichts hatte, um sie daran zu erproben – ererbten Besitzerpsychologie und seiner heiligen Scheu vor jeder Antastung des jung erworbenen Besitzes, mag die Antastung von Lenin oder von Denikin kommen.⁶²

Zweitens: »(I)n derselben Zeit, in der die Bolschewiki in ein kritisches Stadium getreten waren bezüglich ihres Verhältnisses zum Bauerntum, knisterte es im Gebälk selbst des Industrieproletariats bedenklich. Die Ursache dessen war ganz einfach die: die Entfernung zwischen der Kommunistischen Partei und der breiten Masse war so groß geworden, daß die Partei daran zu ersticken drohte. »Der Partei – so klagt Sinowjew – fehlt gewissermaßen der Sauerstoff. Dieser Sauerstoff ist denn auch die parteilose Masse.« [...] (D)ie Sowjets haben [...] ihre Rolle ausgespielt; die Sowjets sind zersprengt und zwar zersprengt dadurch, daß die Klassen, die sie ehemals gemeinsam verbanden, Bauern und Arbeiter, heute nichts Gemeinsames mehr haben. Die neuen Organe, die sich die Rätediktatur sucht, sind Organisationen des Industriepotentials. Die *organisatorische* Basis der Diktatur verengert sich. Sie stützt sich nur noch (theoretisch) auf das, was ehemals der Vortrupp war, und bemüht sich praktisch, den Vortrupp, der schon nahezu verloren ist, wieder zur Vorhut zu bringen. »Man übersah – sagt Sinowjew –, daß ein Wendepunkt nahte, der uns einer allgemeinen Krise zuführte, bei deren Ausgang die Gewerkschaften die Rolle des wichtigsten Hebels spielen werden, der der Partei helfen wird, die Krise zu überwinden. [...] Die Gewerkschaften bilden bis zu einem gewissen Grade einen Behälter für diesen Sauerstoff.«⁶³ Ist damit an sich schon erwiesen, daß auch die Staatsform der Sowjetrepublik mit ihren Möglichkeiten keine Garantie gibt für den Klasseninhalt der Sowjetrepublik, daß auch unter der Decke der Sowjetrepublik (nicht nur der bürgerlichen Republik) der Klasseninhalt sich ändern kann, so hat die folgende Entwicklung den gültigen Beweis dessen gebracht.⁶⁴

Denn die Sowjets »bildeten nicht mehr auch nur die mechanische Verbindung zwischen Vorhut, Vortrupp und Gros [...] Ausgebrannte Asche waren sie. Und die Gewerkschaften sollen als notdürftiger Ersatz gelten, weil sie die einzige Organisation sind, in denen überhaupt noch größere Massen von »Parteilosen« vorhanden sind. Parteilose? Gibt es einen schwereren Vorwurf als den, daß in dem Proletariat, das als leuchtendes Vorbild vor den Proletariern stand seit 1905 und stehen wird auf allen Zeiten, nach vier Jahren proletarischer Herrschaft die übergroße Masse »parteilos« ist? Sind sie wirklich interessellos geworden? Stehen sie gleichgültig und gesenkten Hauptes daneben, wenn um ihr Leben gespielt wird, das sie so oft in die Schanzen geschlagen haben? Sind sie gleichgültig geworden, oder scheuen sie es zu sagen, was sie denken? Hüten sie ihre Zunge, oder ist ihnen die Revolution zum Ekel geworden, daß sie »parteilos« sind? Ist nicht ein jeder von ihnen ein lebendiger Vorwurf? [...] Die russische Revolution und ihre führende Partei hat nicht verstanden, diese Massen mit dem Geschick der Revolution zu verknüpfen. Sie stehen beiseite und nicht in der Reihe der Kämpfer. Das öffentliche Leben ist tot. Der Geist der Demokratie, der allein den Odem der Massen bildet, ist gestorben.

schichte der Proletarier bestanden in den Jahrtausenden, da es Proletarier gibt. Gewiß hat auch das Christentum die Seelen der Sklaven um das Mittelmeergebiet erobert [...]: was will das alles besagen gegenüber der Tatsache, daß die Schnorrer und Verschwörer, die armen Teufel und Emigranten unter Lenins Führung die Macht ergriffen und über Nacht das hatten, was zuvor noch keiner besaß: das Vertrauen nicht nur, die Zuneigung, die Liebe und den unerschütterlich scheinenden Glauben, daß doch die kapitalistische Welt zu dämmern beginne. Und die ferne Zukunftshoffnung ward eine unmittelbare Verheißung. [...] Das geschichtliche Verdienst der Bolschewiki ist gewiß in nichts größer als darin, daß sie so zum erstenmal internationale Solidarität – sonst nur gepriesen auf Kongressen und in feierlichen Schlußworten als ein schöner Gedanke – sichtbare Form verliehen haben. Fragt heute einer, was internationale Solidarität ist, so mag er auf jene Tat schauen: wenn die heroische Tat, das zündende Beispiel eines Volkes nicht mit Geld und nicht mit Sendboten, nicht mit Erlassen und nicht mit Resolutionen, sondern mit der geheimnisvollen seelischen Kraft des Heldentums die Herzen der Müden, Zerschlagenen erhebt, den Mutlosen Mut, den Verzweifelten Sicherheit, den Gedeimühten Stolz, den Entmenschten Menschentum wiedergibt, wenn durch solche Bande vereinigt über Schützengräben und Länder hinweg die Gleichen das Gleiche tun. Das ist internationale Solidarität. [...] (S)o wird die Tat der Russen, die Tat Lenins

und der Männer um ihn, unvergessen bleiben: sie haben sich das Denkmal gesetzt in den Herzen der kommenden Generationen, das dauernder ist als Erz.« Paul Levi: Nach zehn Jahren (1927), in: Ders.: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie, a. a. O., S. 107.

61 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O.; bei Levi zitiert auf S. 131.

62 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 107.

63 Russische Korrespondenz, herausgegeben von Paul Ziegler, Jg. 2, Bd. 5, Hamburg 1921, S. 307, 309; bei Levi zitiert auf S. 125.

64 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 123 ff.

65 Ebenda, S. 132 f.

66 Sie fanden real statt, worüber aber nichts nach Westeuropa drang.

67 Paul Levi: Einleitung zu Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 125.

68 Ebenda, S. 127.

69 Ebenda, S. 129.

70 W. I. Lenin: Notizen eines Publizisten, a. a. O., S. 195. Eine seriöse Kritik am Politiker Paul Levi findet sich bei Carl von Ossietzky (... als Gast Herr Dr. Paul Levi, in: Die Weltbühne, a. a. O.).

Eine straff zentralisierte Partei, ein glänzendes Zentralkomitee, eine schlechte Bürokratie schwebt über den Wassern. Drunten aber ist alles wüst und leer. Und so hat der Stoß des Bauerntums nicht ein starkes, lebendiges, reges, begeistertes Proletariat gefunden. Er fand eine Vorhut, die hinter sich – kein Gros hatte.«⁶⁵ Die Bolschewiki hatten »im Proletariat die Stütze verloren. Sie hatten im Bauerntum ihre frühere Stütze, die ärmeren Bauern, verloren; die waren alle mittlere und Gegner jeder kommunistischen Politik geworden. Von beiden Seiten gleichzeitig erfolgte der Ansturm: in Kronstadt vom Proletariat; die Bauernaufstände drohten⁶⁶. Die Bolschewiki waren in der Tat ohne Klassenbasis und hielten sich dank der Kraft ihrer Organisation. [...] Die Bolschewiki mußten sich rasch entscheiden für die eine oder andere Klasse. Sie hielten es in diesem Augenblick mit den stärkeren Bataillonen, d. h. sie beschäftigten zunächst die Bauern [...]; das ganze Gebäude, das sie selbst vor drei Jahren abgetragen hatten, versuchen sie nunmehr wieder aufzurichten.«⁶⁷

»(E)s sind in Rußland zwei Klassen, die unversöhnlich sind. Die eine, bäuerlich, und, vorläufig noch auf ihren Schultern, die industrie- und handelskapitalistische. Die andere die proletarische. Es gibt in Rußland so wenig einen Stillstand, so wenig eine Versöhnung in dem der Gesellschaft immanenten Klassenkampf wie anderswo, und die Partei, die versucht, *doch* zu versöhnen, die versucht, auf der einen Seite dem Kapitalismus was des Kapitalismus, dem Proletariat was des Proletariates ist, zu geben, die wird als erste zerschlagen durch diesen Kampf.«⁶⁸

Stalin hatte dieses Problem der russischen Revolution, die Falle, in die die Bolschewiki hineingeraten waren, am klarsten begriffen. Um nicht samt Sowjetmacht zwischen Bauernschaft und Proletariat zerrieben zu werden, löste er die in der NÖP entstandene staatskapitalistische Klasse – bei Levi 1922 noch völlig richtig als »industrie- und handelskapitalistische« gefaßt – von der bäuerlichen ab, etablierte sie als eigene Klasse und erwählte sie zur neuen Klassenbasis der Sowjetmacht. Er veränderte damit den Klassencharakter der Sowjetmacht: ursprünglich proletarisch, wurde er nun staatskapitalistisch. Levi behielt recht: »Selbst im Sowjetsystem kann dann die Diktatur der Bourgeoisie (oder der Bauern) über das Proletariat sich erheben.«⁶⁹ Im Interesse dieser staatskapitalistischen Klasse führte Stalin mit der Sowjetmacht in der Kollektivierung den Krieg gegen die Bauernschaft, also gegen die ehemalige Leninsche »Masse«, drückte er den Leninschen »Vortrupp«, die Industriearbeiterschaft, auf den Status eines rechtlosen Proletariats hinab und rottete in der Jeshowshina die Leninsche »Vorhut« aus. Als die begann, lag Paul Levis Leichnam allerdings schon sechs Jahre auf dem Stahnsdorfer Waldfriedhof.

PS. Das letzte Wort soll W. I. Lenin behalten: »Auf dem Hinterhof der Arbeiterbewegung aber, zwischen den Misthaufen, werden Hühner vom Schlage Paul Levis, Scheidemanns, Kautskys und dieser ganzen Sippschaft selbstverständlich über die Fehler der großen Kommunistin (gemeint ist Rosa Luxemburg – J. S.) in ganz besondere Verzückung geraten. Jedem das Seine.«⁷⁰

ULLA PLENER

Sozialdemokraten und andere Linke: Immer noch feindliche Brüder?

Fünf Thesen, abgeleitet aus den Erfahrungen
des 20. Jahrhunderts

Noch zu Beginn des Jahres 1946, als die Auseinandersetzung um die Frage »für oder gegen eine SED« in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in Berlin voll im Gange war, ging es der Mehrheit der Beteiligten um die Beziehungen zwischen *Bruder*-Parteien, und diese Mehrheit wünschte – in Ost und West – deren Zusammenarbeit. Um sie ging es bei der zweiten Frage der Urabstimmung am 31. März 1946 – und es muß Gründe dafür gegeben haben, daß diese Frage zur Abstimmung gestellt wurde. Während 82,2 Prozent der Teilnehmer den »sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien« ablehnten, bejahten 62,1 Prozent die Frage: »Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?«¹ Es ging also um Brüder aus dem Schoß der einen Mutter – der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung – mit ihrem Ideal einer erstrebten Gesellschaft, Sozialismus genannt, die friedlich und human, demokratisch und sozial gerecht, also auch ausbeutungsfrei sein sollte, in der sich jeder Mensch und jedes Volk frei entfalten kann.

Aber die Brüder waren sich in vielem uneinig; sie wollten ihr Ideal auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln erreichen. Grob gesagt, wollte der eine, so jedenfalls vor 1933, den möglichst sofortigen Bruch mit dem Bestehenden (Revolution), die Anwendung von Zwang, Waffengewalt, also Bürgerkrieg, nicht ausgeschlossen; der andere – die schrittweise Veränderung des Gegebenen (Reform) mit friedlichen Mitteln, zum Beispiel durch Erringen der parlamentarischen Mehrheit bei Wahlen.²

Woher diese Uneinigkeit? Der tiefere Grund lag historisch wohl im Doppelcharakter der kapitalistischen Lohnarbeit als gebrauchswert- und profitezogene Arbeit, die einerseits persönliche materielle und geistige Bedürfnisse befriedigt, aber zugleich von entwürdigender ökonomischer Abhängigkeit bestimmt ist, was ständig sowohl zum »Sich-Einrichten« in den bestehenden Verhältnissen verführt als auch antikapitalistischen Protest unterschiedlicher Radikalität hervorruft. Hinzu kommen die widersprüchlichen sozialökonomischen, politischen und geistigen Bedingungen, die Verschränkung sozialer und allgemeinmenschlicher Probleme u. a. m., die von ökonomisch und politisch aktiven Lohnarbeitenden, ihren Organisationen und Politikern bzw. Theoretikern unterschiedlich reflektiert wurden und werden.

These 1: *Die Verschiedenheit der zum Kapitalismus vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit aus kritisch eingestellten Kräfte ist ob-*

Ulla Plener – Jg. 1933; Dr. sc. phil., Historikerin in Berlin. Arbeiten zur Geschichte der Sozialdemokratie sowie biographische Forschungen, Mitglied der Leibniz-Sozietät; Redakteurin von *UTOPIE kreativ*.

Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Schumacher 1949-1952: Konfrontativ gegen DDR – zu Lasten der Einheit Deutschlands, Heft 145 (November 2002).

1 Hans Gottfurcht berichtete darüber im März/April 1946 dem »Büro der Westzonen« nach Hannover: In der russischen Zone komme die Einheit tatsächlich unter Druck zustande – lediglich in Berlin habe die Mehrheit der SPD gegen die organisatorische Verschmelzung gestimmt. – »Das Entscheidende aber ist, daß die gleiche Mehrheit für die Ein-

heit der Arbeiterbewegung stimmte, d. h. für ein enges Zusammengehen mit den Kommunisten bei der Erfüllung praktischer politischer Aufgaben.«

2 Peter Weiss über den Vater des Erzählers, einen Sozialdemokraten: Er gab der Sozialdemokratischen Partei seine Stimme »mit der Zuversicht, daß die Werktätigen hier, ohne Zerschlagung des Staats, vielmehr ihn nutzend, zur Kontrolle und allmählichen Übernahme der Produktion gelangen würden. Der Zwiespalt zwischen Reform und Revolution war bei uns ständiges Thema, und vielleicht waren es seine Erlebnisse während der Erhebungen nach dem Krieg, die ihn davon überzeugt hatten, daß sich nicht durch gewaltsame Eingriffe, sondern nur durch langsame Stärkung und Ausweitung der Arbeiterbewegung, nicht durch bewaffneten Kampf, sondern auf parlamentarischem Weg, die gesellschaftliche Veränderung erreichen ließe.« (*Ästhetik des Widerstands* I, S. 33)

3 »Obgleich seine (des Vaters – U. P.) Parteiführung während der Kämpfe in Berlin und Bremen (1919 – U. P.) auf der Seite des Gegners stand, und er auch späterhin ständig mit ihr in Konflikt geriet, hielt er doch an der Vorstellung fest, daß die Partei durch die Massen der Arbeitenden der Bildung einer sozialistischen Einheitsfront entgegen gedrängt werden könnte ... Die Partei, das waren für ihn die Arbeitsgefährten, und er gab seine Erwartung nicht auf, daß diese der Partei ihr Gesicht geben würden.« (Ebenda, S. 32)

ktiv bedingt, also legitim – die gegenseitige Akzeptanz dieser Kräfte für ihr politisches Handeln angezeigt.

Die Sozialdemokratie entstand im 19. Jahrhundert als soziale und politische Bewegung der Lohnarbeitenden gegen politische Rechtlosigkeit und ökonomische Ausbeutung und bildete den Kern der kapitalismuskritischen – also linken – Kräfte. Ihrem späteren Selbstverständnis als linke Volkspartei sowie ihren programmatischen Aussagen nach konnte sie bisher als ein aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenes politisches Bündnis verschiedener sozialer Kräfte verstanden werden, das sich besonders den Interessen der Lohnarbeitenden und anderer sozial Schwacher verpflichtet fühlte. Sie war politischer Ausdruck einer kapitalismuskritischen sozialen Bewegung – und zugleich trug sie dieses System auf politischer Ebene, zuweilen als regierende Staatspartei, mit. Dieser *Doppelcharakter* verursachte ständig Widersprüche im politischen Verhalten sozialdemokratischer Parteien, so auch der SPD, und er schlug sich in der weitgehenden *Differenzierung* ihrer Reihen zwischen bürgerlich-liberalen Standpunkten und konsequent verfochtenen sozialistischen Positionen nieder.³ Sie vertrat weitgehend Interessen der Werktätigen, der Völker, der Menschheit – und wollte diese durch Reformen und möglichst im Konsens verschiedener, auch antagonistischer Kräfte realisieren.

Ein besonderes Merkmal sozialdemokratischer Parteien war ihr *Demokratieverständnis*, das *zweierteil* auszeichnete: Es hatte erstens die zivilisatorischen Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie – die proklamierte »Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechts aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten« (Lenin), – aufgenommen und praktisch verfochten, und das konsequenter als bürgerliche Parteien es je getan haben. Und es hatte zweitens die Forderung begründet, diese Errungenschaften über die politische Ebene (das Verhältnis von Bürgern und Staat) hinaus auf die Gesellschaft, im besonderen die Wirtschaft, auszudehnen. Es ging also um eine soziale Demokratie, das heißt um Demokratie in Staat und Gesellschaft, die Wirtschaft eingeschlossen.⁴ In diesem Rahmen wurden die Akzente unterschiedlich gesetzt und bei konkreten Forderungen teilweise weitgehend voneinander abweichende Inhalte vertreten.

Auf dieser Grundlage haben sozialdemokratische Parteien und die mit ihnen verbundenen Gewerkschaften durch ihr politisches Wirken im 20. Jahrhundert *beachtliche Leistungen* erbracht:

Sie haben eine demokratische Staatsform durchgesetzt: die Republik, den Rechtsstaat, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, auch für Frauen, die (individuellen) Freiheitsrechte der Persönlichkeit.

Sie haben bedeutende, gesetzlich gesicherte soziale (kollektive) Rechte sowie betriebliche und soziale Leistungen errungen, die die spezifischen Interessen der Lohnarbeitenden für ihre materielle und geistige Höherentwicklung betrafen: kürzere Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenunterstützung, Sicherung bei Krankheit und im Alter, mehr und bessere Bildung u. a. m.

Sie haben dem Kapital gewisse Mitbestimmungsrechte in Betrieben abgetrotzt, was gesetzlich festgeschrieben wurde.

Sie haben dafür gesorgt, daß Organisationen der Arbeiterbewegung, vor allem die Gewerkschaften, als eigenständiger politischer Faktor in Gesellschaft und Staat anerkannt wurden.

Sie haben in Deutschland nach 1945 zwar nicht die sozialen Grundrechte, aber immerhin das Sozialstaatspostulat als Verfassungsnorm im Grundgesetz festschreiben lassen und damit die Wirtschafts- und Sozialordnung für die Zukunft offengehalten und in einigen Länderverfassungen bestimmte soziale Grundrechte und wirtschaftsdemokratische Gebote verankert.

Es ist ein Ergebnis auch und gerade ihres Wirkens, wenn in Westeuropa die Wirklichkeit nicht ausschließlich von der Verwertungslogik des Kapitals, sondern (immer noch) auch von der politischen Ökonomie der Lohnarbeitenden geprägt ist; wenn der Kapitalismus nach 1945 – so Eric Hobsbawm – »sich (ganz bewußt) gründlich reformiert hatte«, indem »nämlich eine Art Vermählung des wirtschaftlichen Liberalismus mit der sozialen Demokratie stattgefunden« hatte, womit er seinen bisherigen Erfolg sicherte.⁵ Dabei war bis 1989 der Realsozialismus zweifellos als »dritter Verhandlungspartner« in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit präsent.⁶ Sozialdemokratische Kräfte sind aktiv im Kampf gegen den Faschismus und für die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten.

Zum Bleibenden der Reformpolitik der SPD unter Willy Brandt zählt die Öffnung des Zugangs zu höherer Bildung für Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien. Auf außenpolitischem Gebiet war es die aktive Mitgestaltung der politischen Entspannung in der Welt. In dieser Zeit wuchs ihr demokratisches Engagement für die Völker der Dritten Welt.

These 2: Sozialdemokratische Politik – bis in die 90er Jahre von Ideen der sozialen Demokratie befruchtet – hat nach den beiden Weltkriegen Bleibendes für die lohnarbeitende Mehrheit der Völker erreicht, insbesondere hinsichtlich der individuellen und kollektiven (sozialen) Rechte. Zwischen Kapital und Arbeit positioniert, ist sie stets nach verschiedenen Seiten offen. Ihre konkreten Inhalte hängen wesentlich vom Kräfteverhältnis international, im eigenen Land und in der Partei selbst sowie von der politischen und ökonomischen Situation, der Stellung in Regierung oder Opposition und anderen veränderlichen (und veränderbaren) Faktoren ab.

Woher nun die Feindschaft – mal abgrundtief, mal gemildert – zwischen den Brüdern? Die Ursachen stecken allgemein in den dem kapitalistischen Zivilisationstyp eigenen Konfrontationen und im besonderen in den Bedingungen der 20er Jahre.

Die *kommunistische Strömung* in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts war – wie die Revolution in Rußland 1917 – Ergebnis der weitgehenden Radikalisierung arbeitender Massen im Gefolge des Ersten Weltkriegs.⁷ Der Weltkrieg und der mit Waffengewalt errungene Sieg der Bolschewiki prägten in Teilen der internationalen Arbeiterbewegung nachhaltig die Erwartung der Weltrevolution und mit ihr der Arbeiterrättemacht, die sie von Lohnknechtschaft und Krieg erlösen sollten, sowie die Bereitschaft, dafür Zwang und Gewalt nicht zu scheuen. Der Sieg der *Bolschewiki* führte zum bestimmenden Einfluß der *Russischen Kommunistischen*

4 Vgl. Ulla Plener: *Wirtschaften fürs Allgemeinwohl – Weg zur sozialen Gerechtigkeit. Zur Geschichte und Aktualität einer sozialdemokratischen Ur-Idee*, Berlin 2001.

5 Eric Hobsbawm: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München/Wien 1995, S. 341. »Der Kapitalismus war bislang erfolgreich gewesen, weil er nicht ausschließlich kapitalistisch war.« (Ebenda, S. 430)

6 »Offenbar hat in der vergangenen Epoche die Systemkonkurrenz mit dem Sowjetkommunismus dazu beigetragen, im Westen das Bewußtsein für die Notwendigkeit zu schärfen – und zwar weit über die Sozialdemokratie hinaus –, die Marktkräfte sozialstaatlich im Zaum zu halten.« Peter Brandt: *Die Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts. Entwicklung – Wirkung – Perspektive*, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (JBzG), Berlin, Heft I/2002, S. 5.

7 Vgl. dazu Helmut Bock: *Die Russische Revolution. Historisch-kritische Reflexionen 85 Jahre danach* (Thesen), in: *JBzG*, Heft III/2002.

8 Peter Weiss: »Der Kommunistischen Partei schloß er sich nicht an, weil er nicht das Verständnis für ihren Zentralismus aufzubringen vermochte. Er sah in der Befehlsgewalt der leitenden Instanzen und dem Gehorsam der Untergliederungen ein Prinzip, das nicht mit seinem Begriff von Demokratie in Übereinstimmung stand. Auch wies er die Forderung auf absolute Glaubensentscheidung ab, weil diese, wie er sagte, religiösen Charakter habe und ihn an die Beugung vor Obrigkeiten erinnere.« (A. a. O., S. 32) »Noch einmal, sagte er, müssen wir von vorn beginnen, dort, wo Luxemburgs Pläne abgebrochen, wo alle, die ihre Gedanken weiterführen wollten, verfermt worden waren, wo die Vorstellung des freien, selbstbewußt eingreifenden Proletariats verloren ging, wo die Partei nicht für die Entwicklung der Urteilsfähigkeit des einzelnen wirkte, sondern zu einer Kirche wurde, in der das Ich aufzugehen hatte.« (Ebenda, I, S. 125/126)

9 »Nach Lenins Tod, sagte Ström, war das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale nur noch eine Instanz, die Verhöre ausübte, Strafen erteilte, Abbitte, Bekenntnisse, Buße verlangte.« (Ebenda, II, S. 49, 293)

10 Vgl. Ulla Plener: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen, Politik, Ergebnisse 1921-1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, I. Teil, Abschnitt 3.

Partei (RKP) in der von ihr 1919 initiierten und seitdem geführten *Kommunistischen Internationale* (KI) und damit auf die ihr angeschlossenen Parteien – deren Programmatik, Politik, Organisationsstruktur.

Im Zuge der Stalinisierung erstarrten die Parteien der KI – seit Mitte der 20er Jahre zunehmend – geistig und politisch. An Realitäten vorbei wurde der Führungsanspruch gegenüber demokratischen Kräften vertreten; voluntaristisch die Nähe der Weltrevolution postuliert; die Abläufe in der Sowjetunion unkritisch verherrlicht; der Mythos »Arbeiterklasse« dogmatisch gepflegt; die »Diktatur des Proletariats« gegen die »formale bürgerliche Demokratie« gefordert; die Chancen letzterer – und die Potenzen der auf sie bauenden Sozialdemokratie – für die Erweiterung der politischen und sozialen Rechte der Lohnarbeitenden negiert; seit Ende der 20er Jahre der selbstmörderische »Zwei-Fronten-Kampf« (Hobsbawm) gegen Faschismus und Sozialdemokratie geführt. Das ging einher mit der Durchsetzung des bürokratischen Zentralismus in den Parteien, der die unumschränkte Macht des »dämonischen politischen Apparats« als Instrument der jeweiligen, das Wahrheitsmonopol in Anspruch nehmenden Führungsspitze etablierte und das einzelne Mitglied zu einem »Schräubchen« in diesem Gefüge herabsetzte.⁸ Persönliche Kämpfe in der Führung, »vom Drang zur Machtausübung geprägt«, abstrakte »Prinzipienfragen«, »Haarspaltereien« bestimmten die Abläufe in der KI und ihren Parteien.⁹ Der Gipfel dieser Perversion war der Massenterror der 30er Jahre.

Die KPD-Führung hatte diese Art Organisation, Programmatik und Politik seit Mitte der 20er Jahre ausgiebig praktiziert. Die Kritik daran aus den Reihen der SPD war berechtigt. Einer ihrer exponiertesten Kritiker war der konsequente und leidenschaftliche Republikaner und Antifaschist Kurt Schumacher. Weitgehend zutreffend, mit beißendem Spott geißelte er das politische System in der Sowjetunion (SU), die Machtkämpfe in der KPR, die ständigen Säuberungen in ihr, die Instrumentalisierung der KI für die außenpolitischen Zwecke der SU; die »lustige Vorabendtheorie« der Weltrevolution; die sklavische Abhängigkeit der KPD von der KPR, die Ablehnung der Weimarer Republik und den Kampf gegen Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten«, der in Deutschland auch handgreiflich geführt wurde und die antifaschistische Front schwächte. Diese Positionen hielt Schumacher – ein »Entweder-Oder«-Denker – bei Kommunisten für unumstößlich. Hier lagen die Ursachen für seine und vieler anderer Sozialdemokraten Feindschaft.¹⁰ Diese Einstellung, tief in Bewußtsein und Gefühlswelt eingefressen, erklärt sich aus dem kommunistischen Denken und Verhalten in den 20er Jahren – und ist deshalb verständlich.

Jedoch: Politisch zu rechtfertigen ist Schumachers und der SPD damaliger und späterer Umgang mit Kommunisten, zumal angesichts des historischen Ergebnisses 1933, auch nachträglich nicht. Zum einen erzeugten die Krisenbedingungen zu Beginn und seit Ende der 20er Jahre eine Radikalisierung bei den lohnarbeitenden Massen, die offensichtlich von der Sozialdemokratie aus politischen und psychologischen Gründen nicht aufgefangen werden konnte, so daß eine Funktion der KPD wohl darin bestand, zumindest einen Teil

der radikalisierten Massen der faschistischen Demagogie und Gefolgschaft zu entziehen, sie an das sozialistisch-demokratische Lager zu binden. Zum anderen betrieb die SPD oft eine für die radikalisierten Massen nicht durchschaubare Politik: Das Ja ihrer Minister zum Panzerkreuzerbau im August 1928 nach einem bis Mai d. J. unter der Losung »Für Kinderspeisung – gegen Panzerkreuzer!« geführten Wahlkampf war ebenso verwirrend wie die Tolerierung der Brüning-Regierung und ihrer Notverordnungen 1930-1932. Dazu kamen von SPD-Politikern zu verantwortende Ereignisse wie der blutige 1. Mai 1929 in Berlin. Auch sonst wurde die (mehr oder weniger »theoretisch« motivierte) Ablehnung des Weimarer Staates seitens deutscher Kommunisten von ihrer Erfahrung gestützt, denn oft genug erlebten sie die Weimarer Demokratie – deren Justiz, Polizei, Verwaltungen – als einen ihnen feindlichen Klassenstaat. Schumacher wurde einer übergroßen Anzahl von Kommunisten nicht gerecht, wenn er die kommunistische Bewegung auf den Apparat der KP und die jeweiligen Führer reduzierte.¹¹ Der Idealismus und selbstlose Einsatz Zehn-, ja Hunderttausender von Kommunisten gegen Faschismus und für eine bessere Welt kann nicht bezweifelt werden. Dafür spricht die Unzahl der von ihnen gelebten realen Leben.

Die Feindschaft zwischen den beiden Brüdern war aber nicht nur Ergebnis kommunistischer Politik. Sie wurde seit 1918 auch aufgrund gravierender Fehlleistungen der SPD-Führungen begründet. An ihrem Beginn lag die von Ebert und vor allem von Noske als Regierungsverantwortliche beim gewaltsamen Niedertreten der weitgehend spontanen Aktionen von Soldaten und Arbeitern 1918/1919 gezogene Blutspur. Diese schürfte allein schon den tiefen Graben in der Arbeiterbewegung und führte dazu, daß sich die Konfrontation zwischen ihren Teilen in Deutschland besonders zuspitzte. Es ist eine historische Tatsache: Die brutale Gewalt ging von den Mehrheitssozialdemokraten aus!

Aber das war es nicht allein. Von Zeitgenossen und in der späteren, auch sozialdemokratischen, Literatur wurden und werden für die Geburtsfehler der Weimarer Republik, die zu ihrem Ende beigetragen haben, nicht ohne Grund deren sozialdemokratische Geburtshelfer verantwortlich gemacht.¹² Alles in allem: Die »in der Revolution von 1918 zur politischen Verantwortung gelangten Männer (haben) zu sehr an den äußeren Fassaden der Demokratie gebaut und an den Fundamenten nur wenig geändert«¹³. Auch das war in den Augen vieler radikaler Arbeiter – wie schon die Burgfriedenspolitik während des Weltkriegs 1914-1918 – Verrat an sozialistischen Idealen. Der Spruch »Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!« rührt aus dieser Zeit.¹⁴

Als verhängnisvolle Fehlleistungen seiner Partei markierte Ende 1933 der Sozialdemokrat Otto Buchwitz – damals alles andere als ein Freund der Kommunisten – in seiner Bilanz der Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung das Agieren der SPD 1918 und das »klägliche Versagen aller Instanzen« der Partei, besonders der von ihr gestellten Minister im Reich und vor allem in Preußen in den letzten Jahren der Weimarer Republik, als sie es »trotz aller Warnrufe« unterließen, die »Machtmittel Preußens« ge-

11 Am 19. Juni 1929 hieß es in der *Schwäbischen Tagwacht*: »Die Kommunistische Partei ist im Grunde genommen nichts als eine Clique von beamteten Funktionären ...« Zu jener Zeit zählte die KPD 117 000 Mitglieder (1932 waren es ca. 300 000).

12 Dazu gehörten: die Tatsache, daß »Ebert und seine Mitstreiter sich der Loyalität der Bürokratie auf allen Ebenen zu versichern« suchten und diese unangestastet blieb; daß »man sich auf eine Kooperation mit der Obersten Heeresleitung« einließ und die »immerhin bestehenden, wenn auch nicht üppigen Möglichkeiten, ein eigenes, kraft revolutionärer Gewalt zu bildendes ›Volkshere« zu schaffen oder zumindest einen Kern loyaler militärischer Einheiten zu bilden, blieben unerkannt, ungenutzt oder wurden bewußt verhindert«; auch blieben die alten Gerichte und der Richterstand in ihrer Zusammensetzung im wesentlichen die alten; die »MSPD-Führung und die Gewerkschaften ... scheuten davor zurück und zeigten sich sogar unwillig, in der Neugestaltung der Eigentumsordnung ... in die Zukunft weisende Signale zu setzen«. (Helga Grebing in: Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Revolution, Reform und Etatismus, Mannheim/Leipzig/Wien/Zürich 1993, S. 35, 38).

13 Heinrich Potthoff: Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, in: Heinrich Potthoff/Susanne Miller: Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn 2002, S. 97.

14 Vgl. dazu Harald Lange in: Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Schlagworte und Schlachtrufe, Bd. 1, Leipzig 2002, S. 198 ff.

15 Otto Buchwitz: Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und der Sieg des Faschismus, dokumentiert von Heinz Niemann, in: JBzG, Heft I/2003, S. 162-176, hier S. 175.

16 Ebenda, S. 164.

17 Peter Weiss: Ästhetik, I, S. 33.

18 Ebenda, II, S. 293.

19 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter, a. a. O., S. 296.

gen die Konterrevolution einzusetzen, »die Kommandohöhen der Verwaltung« den Reaktionären zu entreißen, die illegale Bewaffnung der Reaktion zu unterbinden (was Buchwitz sehr konkret belegte). Sie hätten damit den »letzten Akt der Tragödie« von Weimar – den 20. Juli 1932 und den 5. März 1933 – mit zu verantworten. Von der SPD sei kein Ruf zum Kampf um die Republik gekommen: »Noch nie ist eine politische Bewegung so kläglich von der politischen Bühne abgetreten wie die deutsche Sozialdemokratie.«¹⁵

Wenn es um die in den 20er Jahren begründeten Ursachen der Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten geht, so muß mit Nachdruck auf die Rolle der Führungen und der Apparate beider Seiten hingewiesen werden. Buchwitz beklagte für die SPD allgemein: »Die reformistische Richtung – welche den Parteiapparat vollständig beherrschte, bekam dadurch die Partei völlig in die Hand.«¹⁶ Der sozialdemokratische Vater des Erzählers von Peter Weiss meinte, »daß die tragenden Kräfte der beiden großen Parteien seit jeher zum Zusammengehören bereit wären, und daß nur die Führung den Weg dazu ... nicht gefunden habe«¹⁷. Bei den Kommunisten war es nicht anders, so Mitte der 20er Jahre in Schweden: »Höglund und Ström wollten, zur Herstellung einer gemeinsamen Front, mit dem sozialdemokratischen Vorstand zusammenarbeiten, die Komintern jedoch verordnete parteipolitische Trennung. (Denn) die Einheitsfront, um zu einer effektiven Front gegen das Monopolkapital zu werden, mußte unter Leitung der Kommunistischen Partei stehn ... Wieder ging es in den oberen Gremien der Partei um Prinzipfragen, um Haarspaltereien, um (abstrakt theoretische – U. P.) Erörterungen ... In den unteren Reihen der Partei blieben die Gründe der Streitigkeiten unverständlich«, die Mitglieder waren »zu einem Zusammengehen mit den sozialdemokratischen Arbeitern bereit«. – »In den Konfrontationen zwischen den Verhandlungsführern der Parteien war jedoch kein Ansatz zu einer Übereinstimmung zu erkennen.«¹⁸

These 3: Die Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erwuchs aus den Konfrontationen der 20er Jahre. Fehlleistungen gab es auf beiden Seiten. Die Fehlentscheidungen des stalinistisch verformten Parteikommunismus mit den Tiefpunkten 1928-1933 (»Sozialfaschismus«-These und -Praxis) und 1936-1940 (Massenterror in der SU) wogen besonders schwer, da sie die antifaschistische Abwehr schwächten und die sozialistische Idee zutiefst diskreditierten.

An dieser Stelle kann und soll es nicht darum gehen, die Geschichte der in den 20er Jahren begründeten Feindschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten nachzuzeichnen. Festzustellen ist: Nach dem Sieg des deutschen Faschismus 1933 und während des Zweiten Weltkriegs setzte in Teilen der Arbeiterbewegung auf beiden Seiten ein kritisches Nachdenken ein, das zu einem gewissen Abbau der Feindschaft führte und das Streben nach Einheit förderte. Diese sollte nicht unbedingt eine organisatorische sein (das NB!), aber jedenfalls eine politische – in der Aktion für gemeinsame, vom Antifaschismus bestimmte Anliegen. Der bald nach dem Sieg der Antihitlerkoalition vom Westen eingeleitete und mit Vehemenz (vom apokalyptischen, pathologischen Antikommunismus getrieben¹⁹)

geführte Kalte Krieg vernichtete die Chance eines Neubeginns, nachdem die SU in diesen Krieg eingestiegen war und beide Hauptteile der Arbeiterbewegung sich darin – jeder auf der entgegengesetzten Seite – voll einbinden ließen. Der Spaltung des Landes geschuldet, wurde der Kalte Krieg in der deutschen Arbeiterbewegung wiederum am unerbittlichsten geführt; von der SED nicht weniger aggressiv als von der SPD.

Gefragt werden soll: Was hat die erneute Feindschaft den Kontrahenten schließlich gebracht? Der Untergang des Realsozialismus und der Zerfall kommunistischer Parteien der KI-Tradition sind sicher nicht in erster Linie dem Kalten Krieg in der Arbeiterbewegung geschuldet, erfolgten aber auch nicht unabhängig davon. Möglicherweise hätte eine dauerhafte Entspannung in den Beziehungen und eine sachliche Kommunikation mit der Sozialdemokratie der kommunistischen (bzw. sozialistischen) Seite mehr demokratische Impulse, mehr geistige Beweglichkeit, mehr politische Offenheit verliehen und so dem gemeinsamen, jedenfalls gleichgerichteten Anliegen, eine humane, demokratische, sozial gerechte Gesellschaft zu erreichen, mehr genutzt als das Auf und Ab bei der Bekämpfung des »Sozialdemokratismus«, die zur geistigen und politischen Erstarrung beitrug.

Und die Sozialdemokratie? Hat sie der Antikommunismus – im Nachkriegsdeutschland vor allem von Kurt Schumacher, verbunden mit nationalistisch durchsetzter Russenfeindlichkeit, in einer »fast hysterischen« Art (Helga Grebing) betrieben – ihren proklamierten Anliegen näher gebracht?

In den Jahren 1945-1948 hatten die Erfahrungen mit Faschismus und Krieg antifaschistisch-demokratische, antikapitalistisch-sozialistische Bestrebungen bei verschiedenen sozialen Kräften hervorgeufen bzw. intensiviert. Sie waren Ausdruck und Faktor des zweiten politischen und gesellschaftlichen Umbruchs in Europa im Gefolge des Zweiten Weltkriegs. Hoffnungen und Praxis einer Mehrheit in der Sozialdemokratie »waren auf einen Sozialismus zugeschnitten, der gleichermaßen antifaschistisch wie antikapitalistisch sein sollte, dabei keinesfalls antisowjetisch oder antikommunistisch«²⁰. Sozialdemokratische Konzepte eines demokratischen und sozial gerechten, ja eines sozialistischen Europa als einer Dritten Kraft zwischen den aus dem Krieg als Weltgroßmächte hervorgegangenen USA und Sowjetunion fanden über die Arbeiterbewegung hinaus Widerhall. Die darauf gründende Praxis sozialdemokratischer Parteien, die von Kommunisten unterstützt wurden, hatte sich in diesen ersten Nachkriegsjahren in realen sozial-ökonomischen und politischen Veränderungen hin zu mehr Demokratie in den westeuropäischen Ländern niedergeschlagen. Allerdings blieb die europäische Sozialdemokratie hinter dem Anspruch, die *sozial-ökonomische* Wirklichkeit nach den Grundsätzen von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität umzugestalten – das vor allem war ihr Anliegen als *Dritte Kraft!* –, weit zurück.

So auch die SPD. Auch sie wollte in den Jahren 1945-1948 durch demokratisierende Eingriffe in Eigentumsverhältnisse eine sozial-ökonomische Neuordnung im Westen Deutschlands erreichen, die die parlamentarische demokratische Republik fundieren sollte (eine

20 Dietrich Geyer: Einheitsfrontpolitik und Vereinigungsprozesse in Ost- und Westeuropa 1944-1948, in: Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.): Einheitsfront – Einheitspartei, Köln 1989, S. 35.

Lehre aus der Weimarer Zeit), – und wie ihre westeuropäischen Schwesterparteien erreichte sie dieses Ziel nicht. Schumacher kleidete das damalige radikal-demokratische Anliegen sogar in die Lösung »Sozialismus als Tagesaufgabe«. Allerdings: Seine Konfrontationsstrategie gegenüber der östlichen Besatzungsmacht führte die SPD von Anfang an an die Seite der Westmächte, und diese wollten auf keinen Fall eine sozialökonomische Neuordnung der Westzonen im sozialdemokratischen Sinn. Schumachers Ablehnung nicht nur des organisatorischen Zusammenschlusses mit Kommunisten, sondern auch jeglicher Zusammenarbeit mit ihnen bei der Lösung der dringendsten Aufbauaufgaben trieb die SPD auf Länder-Ebene in Koalitionen mit der CDU, was sozialdemokratischen Anliegen ebenso abträglich war. Nicht die sozialökonomische Neuordnung stand bei Schumacher im Mittelpunkt, sondern der Kampf gegen die SU, die KPD und die SED. Und der radikal-demokratische Neubau sollte mit ausschließlich liberal-demokratischen Mitteln der parlamentarischen Parteiendemokratie erfolgen, also unter Ausschluß des sozialen Drucks außerparlamentarischer Massenaktionen, was die Positionen der SPD in den Parlamenten ebenfalls schwächte. Nicht anders nach Gründung der Bundesrepublik. Auch nach 1949 überschattete der militante Antikommunismus Schumachers die immer noch verbal verfochtenen Anliegen sozialökonomischer Erneuerung und Entnazifizierung. Die Restauration bzw. erneute Festigung kapitalistischer Verhältnisse in der BRD und die Tatsache, daß sie nicht gründlich vom Naziunrat in Justiz, Polizei, Verwaltungen, Schulen und Hochschulen gereinigt wurden, waren praktisch mit sozialdemokratischer Teilnahme bzw. Duldung erfolgt. Der durch Schumachers Wirken erreichte »antikommunistische Konsens« hatte die Position der SPD in den 50er Jahren nicht gestärkt. Er hatte dazu beigetragen, daß ihre gewollte »gesellschaftsverändernde Dynamik ins Leere lief« (Helga Grebing). Er hatte die Demokratie in der BRD, im besonderen die politische Kultur, eher vergiftet als befördert.²¹

Der Antikommunismus trieb die SPD dazu, die sozial-ökonomischen und politischen Umgestaltungen in der SBZ stets pauschal abzulehnen, ja zu diffamieren, obwohl sie – bei allen stalinistischen Überformungen – ihren Intentionen im wesentlichen entsprachen und die Neuordnungsbestrebungen in den Westzonen nachweisbar stimulierten. Es »wurde in der Ostzone unter sowjetischem Einfluß mit der Ausschaltung des Großkapitals und (mit) der Bodenreform, mit Verwaltungs-, Justiz- und Schulreform ein systematischer gesellschaftlicher Umbau unternommen.«²² Aber Schumacher bezeichnete die Zustände in der SBZ generell und undifferenziert als reaktionär. Seine maßlosen Angriffe auf die DDR und ihre Repräsentanten steigerte er in den Jahren 1949–1952 zur Hysterie.²³

Antisowjetismus und Antikommunismus waren wesentliche Gründe, die auch Schumachers Einsatz für die Einheit Deutschlands den Boden entzogen: Bis 1949 befürworteten er und mit ihm die SPD alle Spaltungsschritte, die von den Westmächten ausgegangen waren. Nach 1949, als es um die Wiedervereinigung ging, waren seine Angriffe auf die Sowjetunion und die DDR, die Ablehnung aller Verhandlungsangebote, die aus dem Osten kamen, alles andere als geeignet, die Einheit zu befördern. Wie schon vor 1949 »trug die

21 Vgl. dazu Ulla Plener: Der feindliche Bruder, II. Teil.

22 Peter Brandt/Herbert Ammon: Die Linke und die nationale Frage, Reinbek 1981, S. 35.

23 Hans Mayer in seiner DDR-Bilanz: »Die offenkundigen Untaten dieses Staates und seiner mit ihm zugrunde gegangenen Lenker können die vielen Hoffnungen, Leistungen, Ausdrucksformen eines demokratischen Gemeinwillens nicht ungeschehen machen. Jahrelang wurde ... im Volke, nämlich (von) den realen Arbeitern, Bauern und ihren Kindern, den neuen Studenten eines neuen Schul- und Hochschulwesens, nach den moralischen Prinzipien des kategorischen Imperativs von Immanuel Kant im Wortsinne »gearbeitet«. Der einzelne handelte so, daß seine Tätigkeit gleichgerichtet war den Wünschen und Hoffnungen auf ein besseres und neu strukturiertes Gemeinwesen. Demokratisch und antifaschistisch ... Das war eine Denkwirklichkeit, nicht bloß eine Vokabel«. (Der Turm von Babel, Frankfurt a. M. 1993, S. 16)

rigorose und in der Taktik unflexibel gehandhabte Abgrenzung der Westzonen-SPD vom Osten Deutschlands dazu bei, die Auseinanderentwicklung der beiden deutschen Fragmente zu beschleunigen« (Dieter Groh/Peter Brandt) und, so kann hinzugefügt werden, nach 1949 den Graben zwischen ihnen zu vertiefen.

Erst Willy Brandt – der »Visionär und Realist« (Peter Merseburger) – brachte mit der Politik der Entspannung, mit der Anerkennung der DDR und Gesprächen zwischen SPD und SED die Bemühungen um die staatliche Einheit Deutschlands voran. Und schließlich 1989-1991: *der dritte und letzte politische und gesellschaftliche Umbruch im 20. Jahrhundert*, der wiederum besonders Europa und darin Deutschland betraf.

Noch an seinem Beginn beschloß die SPD ihr *Berliner Grundsatzprogramm*, welches das Godesberger (1959) ablöste und weit stärker als dieses von Ideen der sozialen Demokratie durchdrungen war. Doch wie verhielt sich die SPD in der Praxis? Ihr damaliges Agieren ist noch im einzelnen zu untersuchen. Den Zeitzeugen ist jedenfalls so viel in Erinnerung:

Die damals auf dem Gebiet der Noch-DDR wirkende Partei, die sich SDP bzw. SPD nannte, war *keine* sozialdemokratische Partei. Sie hatte sich auf der Woge der von demokratischen Bürgerbewegungen eingeleiteten und durchgesetzten revolutionären Wende 1989 gegründet, ohne an die sozialdemokratische Tradition und Denkweise anknüpfen zu können, denn diese war in der DDR von der SED in mehr als 40 Jahren weitgehend ausgelöscht worden. Mit dem Beginn des Wahlkampfes im Januar 1990 hatte sich diese Partei ausschließlich machtpolitisch orientiert und ihre politische Praxis auf die naive Vorstellung gegründet, ein »Kapitalismus der freien Konkurrenz« sei in der Noch-DDR als Stimulator wirtschaftlicher Effizienz möglich und notwendig. Nach den Wahlen vom 18. März betrieb sie als Juniorpartnerin der CDU-Ost in der Regierung die blanke unkritische Restauration des Kapitalismus in der DDR. Vom (verständlichen) »Anti-SEDismus« getrieben, hatte sie alle Chancen ungenutzt gelassen, die vorhandenen nichtkapitalistischen Strukturen in der DDR für eine Politik einzusetzen, die den Aussagen des *Berliner Grundsatzprogramms* der SPD-West in etwa entsprechen würde, so zum Beispiel hinsichtlich der demokratischen Strukturen und Kontrolle in der Wirtschaft.²⁴ Sie nutzte ihre parlamentarische Stärke nicht, um das Tempo der deutschen Vereinigung und die Bedingungen dafür auch nur annähernd im Sinne des Berliner Programms zu beeinflussen, um Bewahrenswertes aus der DDR in ein Gesamtdeutschland einzubringen, das auch nach sozialdemokratischen Vorstellungen anders und besser sein sollte als die DDR und die BRD bis dahin für sich genommen.

Und die alte – noch sozialdemokratische – SPD-West? Auch sie hat damals ihre politische Stärke nicht dafür eingesetzt, um ihre auf dem Parteitag in Berlin im Dezember 1989 formulierte Deutschland-Konzeption – die deutsche Einigung in den europäischen Prozeß einzuordnen, das, was zusammengehört, zusammenwachsen zu lassen, – auch nur in Teilen zu realisieren. Auch sie hat nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik nichts unternommen, keine politische Aktion, weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch, ge-

24 »Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen. Es soll alle Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgen, das Recht auf Arbeit gewährleisten, natürliche Lebensgrundlagen schonen und sichern. Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.« (SPD-Grundsatzprogramm 1989, S. 34)

startet, um die Treuhand-Walze, die die Volkswirtschaft der Nichtmeh-DDR in die Arme westdeutscher Konzerne zu treiben begann, wenigstens temporär aufzuhalten. Die Walze hatte in kurzer Zeit ihr Werk vollbracht. Die SPD mischte sich nicht ein, auch der DGB nicht. Sie zogen mit den damaligen Regierungsparteien praktisch an einem Strang und konzentrierten sich eher darauf, die ostdeutschen »Funktionsträger« zu verdrängen und zu bestrafen – und das konsequenter und härter als seinerzeit die Nazis in der BRD. Die SPD hatte 1990/1991 wie schon 1918/1919 und 1945-1948 – gemessen an ihrer eigenen Programmatik – das dritte Mal im 20. Jahrhundert historisch versagt.

These 4: Auch der sozialdemokratische Strom der Arbeiterbewegung hat historische Fehlleistungen auf seinem Konto. Die SPD hat bei ihrer versuchten Gratwanderung zwischen den kapitalistischen Macht- und Profitinteressen und den eigenen demokratischen und sozialen Anliegen Bedeutendes im Sinne der lohnabhängigen Mehrheit erreicht, aber die Gratwanderung selbst nicht zu meistern vermocht. Jedes Mal in der Geschichte des ›kurzen‹ 20. Jahrhunderts, wenn es um tiefgreifende gesellschaftliche und politische Umbrüche ging und sich Chancen öffneten, sozialdemokratische Vorstellungen in einem höheren Maße als durch »kleine Tagesschritte« durchzusetzen, schreckte sie davor zurück, so 1918/1919, 1945-1948 und 1990/1991. Konfrontatives Denken und Handeln, auch von Sozialdemokraten in der Arbeiterbewegung gerade in Deutschland mit Vehemenz praktiziert, setzten sozialdemokratischem Handeln Grenzen. Sie waren eine Ursache für das Scheitern sozialdemokratischer Gesellschaftsentwürfe.

Die Feindschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bzw. Sozialisten währte in Deutschland bis weit in die 70er Jahre, wurde erst gegen deren Ende abgeschwächt, um dann im Verlauf der 80er Jahre einem entspannteren Verhältnis zu weichen. In den 90er Jahren wurde von sozialdemokratischer Seite mehrfach versucht, sie künstlich wieder hochzuschaukeln – ganz gegen die Position von Willy Brandt, der 1987, bezogen auf »die historischen Konflikte zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten«, schrieb: »Selbstverständlich kann die Sozialdemokratie von den einmal gewonnenen und in vielen Gedächtnissen gespeicherten Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht völlig absehen. Aber wir werden nicht Gefangene gelernter und eingeschliffener Verhaltensmuster und Denkschemata sein, wenn die Welt vor unseren Augen sich wandelt und die alte Betrachtungsweise sich überlebt. Nichts wäre erfreulicher, als wenn auch hier nicht alle alten Schlachten immer neu geschlagen werden müßten.«²⁵

In der SPD wird gerade das von Zeit zu Zeit immer wieder aufs neue versucht. 1995 meinte der Historiker Heinrich August Winkler, die SPD sollte »von Kurt Schumacher immer noch lernen, dass ... der Kampf nach zwei Seiten geführt werden muß«²⁶ – also auch gegen links. Steffen Reiche, damals Vorsitzender der SPD in Brandenburg, schloß 1996 sein Vorwort zur Broschüre aus Anlaß des 50. Jahrestages der Vereinigung von SPD und KPD in Brandenburg mit den Worten: »Nur wer bereit ist, aus der Geschichte zu lernen, wird Antworten auf die Fragen der Zukunft geben können«; seine

25 Willy Brandt: Die SPD in der deutschen Geschichte, in: Susanne Miller/Malte Ristau (Hg.): Erben deutscher Geschichte. DDR – BRD: Protokolle einer historischen Begegnung, Reinbek 1988, S. 17. Es handelte sich um die Begegnung von BRD- und DDR-Historikern am 12./13. März 1987 in Bonn. Ein Jahr zuvor hieß es in These 4 der »Sechs Thesen zum Verhältnis von Kommunisten und Sozialdemokraten« von Brandt: »Unverwischbare Gegensätze können uns nicht daran hindern, neue Entwicklungen in kommunistisch regierten Staaten wahrzunehmen.« – »Wir beurteilen heutige Regierungen und Parteien nicht nach den Exzessen der Stalinzeit. Erstartete Formeln aus der Presse des kalten Krieges taugen nicht für heute notwendige Auseinandersetzung.« (Vor 40 Jahren, Hrsg. vom Parteivorstand der SPD, Februar 1990)

26 Heinrich A. Winkler in: Nach-Denken. Kurt Schumacher und seine Politik, Bonn 1996, S. 73. Ders. ähnlich auch am 28. Juni 2002 aus Anlaß des 50. Todestages von Kurt Schumacher.

Erkenntnis, die er »Sozialdemokraten in der PDS« empfahl, bestand darin, »daß es in Deutschland nur eine Partei – die SPD – geben kann und geben wird, die glaubwürdig dem großen Ziel des demokratischen Sozialismus verpflichtet ist.«²⁷

Ob die SPD heute mit einem Gerhard Schröder als Vorsitzendem noch das Ziel des demokratischen Sozialismus verfolgt, ist unter ihren Historikern noch nicht geklärt.²⁸ Aktuelle, aus historischen Erfahrungen abgeleitete Fragen könnten aber auch lauten:

Eine organisatorische Einheit von KPD und SPD war 1946 nicht zwingend, um für die Programme dieser Parteien, mit denen sie 1945 angetreten waren, zu streiten; eine sachliche (brüderliche gar, wie es damals hieß) Zusammenarbeit wäre ihrer Sache vermutlich viel dienlicher gewesen, von den verderbenden historischen Folgen der späteren Stalinisierung der SED²⁹ ganz abgesehen. Auch ist der Einfluß äußerer Faktoren, der Besatzungsmächte, ihrer Politik und ihrer Gegensätze, weggefallen. Kann und muß es fünfzig und mehr Jahre später tatsächlich nur eine Partei geben, die sich den Zielen eines demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlt? Lehrt die Geschichte nicht gerade das Gegenteil: Die Vielfalt sozialer Lagen, die Vielzahl aus verschiedenen Quellen gespeister geistiger Positionen und politischer Anliegen – bedingen sie nicht geradezu, daß es immer mehrere in eine Richtung wirkende Parteien gab und geben wird? Lehrt sie nicht, wie schädlich ein Alleinvertretungsanspruch und ein geglaubtes/angemaßtes Wahrheitsmonopol ist? Lehrt sie nicht, daß ein wie auch immer gestaltetes Zusammengehen von demokratisch (auch radikal-demokratisch), sozial und ökologisch orientierten Parteien und Bewegungen einer demokratisch, sozial und ökologisch geprägten Politik am dienlichsten wäre?

Was sollen alte und neue Feindschaften und Gräben bringen, nachdem es »die andere«, stalinistisch verformte, Seite nicht mehr gibt und an ihre Stelle Akteure getreten sind, denen es wirklich um einen demokratischen Sozialismus bzw. eine radikale, also auch sozial gerechte Demokratie geht? Sollte es nicht endlich um der Zukunft willen möglich sein, auf Dauer sachlich miteinander umzugehen?

Die Gründe für die neuen von SPD-Seite geschlagenen Schlachten dürften andere sein als die weit in der Geschichte zurückliegenden. Es geht da wohl in erster Linie um historisch und ideologisch verbrämte Machtpolitik. Ist aber parteiegoistische Machtpolitik wirklich produktiv, um dem Ideal einer humanen, demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft näher zu kommen?

Angesichts der neuen globalen Probleme ist die gesamte Linke mit ihrem alten Ideal herausgefordert. Der nächste Schritt, um diesem näher zu kommen, heißt: *umfassende Demokratisierung* von Staat und Gesellschaft, vor allem der Wirtschaft. Die Grundlage bildet der sich abzeichnende (weil für den Fortbestand der Menschheit unerläßliche) Übergang vom kapitalistischen Zivilisationstyp der Konfrontation zum Zivilisationstyp des Ausgleichs der Interessen zwischen den Menschen, zwischen ihnen und der Natur, zwischen Geschlechtern und Völkern. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, des Jahrhunderts der Katastrophen, mahnt: Nur auf Basis eines anderen, nichtkonfrontativen Zivilisationstyps wird eine Gesellschaft entstehen können (müssen, wenn die Menschheit überleben soll), die

27 Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Brandenburg. Hrsg. SPD-Vorstand in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Brandenburg, Potsdam (1996), S. 5 und 4.

28 Vgl. Demokratischer Sozialismus in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Referate und Diskussionen einer internationalen Konferenz des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Instituts für soziale Bewegungen der Universität Bochum in Berlin am 2. Oktober 2000, Bonn 2001.

29 Vgl. Harold Hurwitz: Die Stalinisierung der SED: Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946-1949, Opladen 1997.

30 In der Reihenfolge der Zitate: Programmatische Grundlagen der Gewerkschaft HBV für den Diskussionsprozeß in ver.di (Mimeo); Oskar Negt: DGB muß politische Interventionskraft werden, in: Neues Deutschland, Berlin, 31. 10. 1995; Rudolf Hickel: Zurück zur Moral, Interview in: Ausblick, Müsseldorf (Mitgliedermagazin der HBV), H. 3/2000.

31 Die politischen Meinungsverschiedenheiten sollten im Sinne von Peter Weiss ausgetragen werden: »Das Ausfechten von Gegensätzen, Widersprüchen war es gewesen, was zum Gemeinsamen zwischen uns (dem sozialdemokratischen Vater und dem den Kommunisten nahestehenden Sohn – U. P.) geführt hatte. Ablehnungen,

Schwierigkeiten hatte es gegeben, und immer wieder das Bestreben, mit These und Antithese einen für beide gültigen Zustand zu erreichen. So wie Divergenzen, Konflikte neue Vorstellungen entstehen ließen, so entstand jede Handlung aus dem Zusammenprall von Antagonismen. Die Einsicht und Artikulation dieser Vorgänge machte das Zusammenleben, die gegenseitige Würdigung möglich.« (Ästhetik, I, S. 126 f.)

32 Peter Brandt: »... die Arbeiterbewegung oder das, was daran anschließt ...«. Die Frage lautet, ob »aus der Vielheit der in Netzwerke eingebundenen sozialen Proteste und Initiativen eine große solidarische und emanzipatorische Bewegung hervorgehen könnte«. – »Daß die klassische Arbeiterbewegung in Europa an ihr Ende gekommen ist, bedeutet nicht, daß den Kapitalismus korrigierende oder grundsätzlich kritisierende Kräfte nicht in veränderter Gestalt wirksam werden. Alle historische Erfahrung spricht vielmehr gegen die Annahme dauerhafter Domestizierung der abhängigen Menschen, dauerhafter Zersplitterung sozialer (und heute auch ökologischer) Protestbewegungen bzw. Initiativgruppen. Ansätze zur Vereinheitlichung waren bereits zu erkennen wie die weitgehend spontane Streik- und Demonstrationsbewegung, die vor einigen Jahren den Sturz der bürgerlichen Regierung Frankreichs einleitete. Auch die Internationale der Globalisierungskritiker wäre hier zu nennen.« (Die Arbeiterbewegung..., a. a. O., S. 19)

dem sozialistischen Ideal entspricht: ausbeutungsfrei, also für alle Menschen und alle Völker sozial gerecht, friedlich und human, demokratisch, ökologisch verträglich und nichtpatriarchal. Der Weg: die schrittweise Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, in erster Linie der Wirtschaft.

In diesem Zusammenhang ist die sozialistisch orientierte Linke an das sozialdemokratische Demokratieverständnis als »allgemeine Lebensform« – Staat und Gesellschaft umfassend – zu erinnern, und dabei besonders an die Idee des Wirtschaftens fürs Allgemeinwohl, das unter anderem durch Demokratisierung der Verfügungsgewalt über das volkswirtschaftlich relevante Eigentum an Produktionsmitteln erreicht werden sollte. Allerdings driftet die SPD mit Gerhard Schröder davon weg – sie scheint auf dem Weg, von ihrem spezifischen Demokratieverständnis abzurücken: Es kommt in ihren Dokumenten seit 1999 nicht mehr vor; die Herrschaft der wirtschaftlich Mächtigen, bestehende ungerechte, undemokratische Eigentumsverhältnisse als Boden der Chancenungleichheit und Ungerechtigkeit werden nicht mehr thematisiert. Da die offizielle SPD die Idee fallengelassen hat, fällt es der PDS zu, gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür zu streiten.

Wie für diese Idee ein gesellschaftliches Reformklima erreicht werden könnte, hat die Gewerkschaft HBV im Jahr 2000 beschrieben: In außerparlamentarischen Kampagnen mit Bündnispartnern sollte das »unsoziale und menschenverachtende Verhalten von Konzernen« aufgegriffen und »ins soziale Abseits« verwiesen, ihr Verhalten »exemplarisch an den Pranger« gestellt und so »öffentlicher Druck entwickelt« werden. Da wäre auch an den von Oskar Negt (SPD) vor Jahren benannten »großen moralischen Skandal der Gegenwart« zu erinnern, daß das Gemeinwesen von Unternehmern »geplündert, ausgetrocknet und privat ausgedörrt wird«. Wirtschaften, so Rudolf Hickel, habe sehr wohl mit Moral zu tun und brauche eine sozialetische Begründung.³⁰ Auch ver.di will »Wirtschaft demokratisieren und Mitbestimmung ausbauen«, »das gesellschaftliche Gemeinwohl den unternehmerischen Einzelinteressen überordnen« und »kämpfen für den Vorrang politischer vor unternehmerischen Entscheidungen sowie für deren gesellschaftliche Transparenz und klare Gemeinwohlorientierung«. So könnte die Idee, ähnlich den Anliegen der Frauengleichstellung und des Umweltschutzes, zu einer breiten demokratischen Bewegung führen und gesellschafts-verändernd wirksam werden.³¹

These 5: *Kooperation statt Konfrontation ist für die gesamte Linke, die an sozialer Gerechtigkeit im Sinne des Berliner Programms orientierten Sozialdemokraten eingeschlossen, ein dringendes Erfordernis. Die umfassende Demokratisierung der Gesellschaft ist ihre zentrale Aufgabe und ihr gemeinsamer Nenner. Die Zukunftsfähigkeit des sozialistischen Ideals ergibt sich aus der Einheit ökonomischer, politischer und ethischer Fragestellungen für das Heute und für das Morgen. Das lehren nicht zuletzt Vergleich und Ergebnisse des Wirkens der beiden Ströme der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts.*³²

ARNDT HOPFMANN

Entwicklung, Gerechtigkeit und Weltmarkt – für und wider das Theorem vom ungleichen Tausch

Trotz der hoffnungsvollen Wohlstandsverheißungen für alle Weltregionen, die die Regierenden der ›führenden‹ Industrieländer (»G 8«), die internationalen Finanzinstitutionen und insbesondere die Welthandelsorganisation (WTO) mit dem weiteren Voranschreiten der Internationalisierung wirtschaftlicher Verflechtungen – Globalisierung genannt – verbinden, hegt vor allem die wachsende Schar der Globalisierungskritiker erhebliche Zweifel daran, daß die Intensivierung der weltwirtschaftlichen Kooperation tatsächlich für alle Beteiligten ausschließlich vorteilhaft ist. Forderungen nach mehr »Gerechtigkeit«, nach »gerechten Preisen« und »fairem Handel« insbesondere in der Sphäre des Weltmarkts haben – trotz oder gerade wegen der immer deutlicher zutage tretenden Globalisierungsfolgen – nach wie vor Konjunktur (vgl. statt anderer Tandon 2002; Grefe/Greffrath/Schumann 2002). Sowohl die vehemente Kritik an den sozial zerstörerischen Formen kapitalgetriebener Globalisierung als auch die offensichtlich nach wie vor große Aktualität von Forderungen nach mehr Gerechtigkeit rücken nachdrücklich ins Bewußtsein, daß die kapitalistische Weltökonomie – jenes »großartige Terrain«, auf dem sich das Kapitalverhältnis in seiner »entwickeltesten Form« präsentiert (vgl. Karl Marx: MEW 42: 6 f.) – nicht zwangsläufig gleiche Entwicklungschancen für alle eröffnet. Die Verheißungen einer ›schönen neuen Globalität‹ kollidieren dafür entschieden zu auffällig mit den Realitäten einer im nationalen wie internationalen Maßstab immer weiter wachsenden Polarisierung zwischen arm und reich. Die von den Globalisierungsapologeten allerorten gepriesene vorbehaltlose Integration in den Weltmarkt zeitigt nicht nur nicht die erhofften Resultate, sie erweist sich auch als bedingungslose Kapitulation vor jenen Weltmarktmechanismen, von denen der argentinische Ökonom Raúl Prebisch bereits in den fünfziger Jahren vermutete, daß sie systemimmanent zugunsten der (hoch)industrialisierten Länder wirken (vgl. Prebisch 1968; Flechsig 1994; 1999).

Vor allem im Rahmen des von Prebisch entwickelten Theorems von der »säkularen Verschlechterung der Terms of Trade«, demzufolge sich die Austauschrelationen zwischen Fertigwaren und Rohstoffen langfristig zugunsten der industriell fortgeschritteneren Länder verändern, wurde zumindest implizit das Problem »unfairer Preise« in die moderne theoretische Debatte eingeführt (vgl. Flechsig 1999: 107). Unter dem Eindruck enttäuschter Erwartungen, die einem Jahrzehnt des Aufbruchs in nationalstaatliche Unabhängigkeit

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., studierte Volkswirtschaftslehre und Afrikanistik in Leipzig und arbeitete zu Fragen von Weltmarkt-integrations- und Peripherisierungsprozessen an der Universität Leipzig und der Freien Universität Berlin; Mitglied der Redaktion *UTOPIE kreativ*, seit November 2002 leitet er das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Johannesburg; zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Frustrierender Klimawechsel – Bericht über eine nachhaltige Ernüchterung, Heft 146 (Dezember 2002).

und der Hoffnung auf rasche ›nachholende Entwicklung‹ der deshalb so benannten *Entwicklungsländer* folgten, wurde nicht zuletzt auch unter Rückgriff auf das Theorem von Prebisch jenes Konzept vom »ungleichen Tausch« zwischen Zentren und Peripherie des Weltwirtschaftssystems entwickelt, das schließlich in den Auseinandersetzungen um eine *Neue Internationale Wirtschaftsordnung* Anfang der siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts von Theoretikern aus der Dritten Welt mit Nachdruck ins Feld geführt wurde. Ausgearbeitet wurden die wissenschaftlichen Elemente der »Theorie vom ungleichen Tausch« in den sechziger Jahren insbesondere von Arghiri Emmanuel (1969) und Samir Amin (1975). Beide berufen sich ausdrücklich auf die Marxsche Arbeitswerttheorie und ihre »Besonderheiten« bzw. »Modifikationen« auf der Ebene des Weltmarkts.

Während sich heute die Kritik an aktuellen Globalisierungsprozessen vor allem gegen die politische Praxis von Staaten(gruppen) und Institutionen wie die »G 8«, die WTO oder die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds richtet und in der Forderung nach einer »anderen Politik« ›gipfelt‹, waren die ersten Versuche einer Ursachenanalyse der frustrierenden Entwicklungen in der Ära nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit in der Dritten Welt von dem Bemühen geprägt, ökonomisch-theoretische Grundlegungen (oft im Anschluß an die Marxsche Theorie, die im Zuge der 68er-Revolution eine bis dato ungeahnte Renaissance – und partielle Modernisierung – erlebt hatte) für eine fundierte Systemkritik zu schaffen und so eine wissenschaftlich basierte *Strategie eines Systemwechsels* zu entwerfen.

Gerade auch weil sich die aktuellen Forderungen nach mehr (welt)wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Fairneß in ihrer Kritik der herrschenden Verhältnisse nicht selten auf offensichtliche Ungerechtigkeiten in den Austauschbeziehungen berufen und in diesem Kontext die Forderung nach »fairen Preisen« vor allem im Welthandel immer mehr Anhänger findet, scheint eine kritische Würdigung der theoretischen Grundlagen dieser Systemkritik nicht nur nützlich, sondern auch hilfreich. Denn der öffentliche Einfluß einer globalisierungs- und kapitalismuskritischen Bewegung hängt natürlich langfristig insbesondere auch von der Stichhaltigkeit ihrer Argumente ab. In letzter Instanz geht es um die Frage, »wie gerecht eine auf Gütertausch basierende Marktwirtschaft funktionieren kann« (Helmstädter 1995 b: 178, 2002: 197 ff.) – womit am Ende aller Kritik das Projekt einer Transformation des Systems wieder auf die Tagesordnung gerückt wird.

Historisches

Nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem im Zuge des rasch anschwellenden Entkolonialisierungsprozesses, prägte der Begriff ›Entwicklung‹ eine ganze Epoche. Im Afrikanischen Jahr 1960, in dem das klassische imperialistische Kolonialsystem faktisch zusammenbrach, wurde die erste UNO-Entwicklungsdekade verkündet und 1964 die *UN-Konferenz für Handel und Entwicklung* (UNCTAD) gegründet. Die Berufung des Argentiniers Raúl Prebisch zu deren erstem Generalsekretär (1963-1969) war alles andere als ein Zufall.

»Wäre das geschehen (daß die Preise für Industriegüter entsprechend der Produktivitätssteigerung gefallen wären – d. A.), so würde diese Erscheinung von tiefer Bedeutung gewesen sein. Die Länder der Peripherie hätten von der Senkung der Preise für industrielle Fertigwaren im gleichen Ausmaß profitiert wie die Länder des Zentrums.« Raúl Prebisch: Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, Berlin 1968, S. 17.

»Während des Aufschwungs wird ein Teil der Profite durch eine Steigerung der Löhne und Gehälter absorbiert, welche durch die Konkurrenz der Unternehmer und den Druck der Gewerkschaften verursacht wird. Wenn während des Rückgangs die Profite reduziert werden müssen, verliert der Teil, der durch Lohnerhöhungen absorbiert worden war, in den industriellen Zentren infolge des wohlbekannten Widerstands gegenüber Lohnsenkungen seine Beweglichkeit. Der Druck verlagert sich dann auf die Länder der Peripherie mit größerer Kraft, als es der Fall gewesen wäre, wenn die Löhne und Profite in den Zentren infolge der Beschränkungen der Konkurrenz nicht starr geblieben wären. Je weniger diese Einkommen in den Zentren reduziert werden können, umso mehr geschieht das in den Ländern der Peripherie.« (Raúl Prebisch: Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer, Berlin 1968, S. 22 f.)

Der Weltmarkt ist nach Marx jenes »großartige Terrain«, auf dem die kapitalistischen Verhältnisse »in ihrer entwickeltsten Form«, in ihrer »vollen Erscheinung« auftreten – vgl. Karl Marx: Bastiat und Carey, in: MEW, Bd. 42, S. 6 f.

Prebisch galt damals schon seit langem als »Anwalt von Bestrebungen in der Dritten Welt nach gerechteren Wirtschaftsbeziehungen« (Flehsig 1994: 137).

In den fünfziger Jahren hatte Prebisch anhand von Untersuchungen zur Entwicklung der Preisrelationen im internationalen Handel zwischen Industriegütern und Rohstoffen einen langfristigen (säkularen) Trend abgeleitet. Im Gegensatz zu theoretischen Annahmen, die von einer Verbilligung industrieller Produkte im Zuge einer Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgingen, konnte Prebisch zeigen, daß sich die Terms of Trade (die Austauschverhältnisse im internationalen Handel) für die vor allem Rohstoffe exportierenden Entwicklungsländer tendenziell stetig verschlechterten. Sein Versuch, dieses empirische Phänomen theoretisch zu begründen, basiert auf zwei Argumentationslinien (vgl. Prebisch 1968: 17 ff.). Zum einen argumentiert Prebisch mit ungleichen Einkommenselastizitäten der Nachfrage für Rohstoffe und Industriegüter in den Zentren und an der Peripherie des Weltwirtschaftssystems. Zum anderen stützt er sein Konzept auf den »Vorwurf unfairer Preise, Handelsmechanismen und -praktiken« (Flehsig 1994: 139) in den internationalen Handelsbeziehungen.

Was bei Prebisch noch vor allem als »unfair« politisches Instrumentarium – Mobilitätsschranken für die Arbeitskräftemigration, Protektionismus, Monopolmacht usw. – erscheint, wird von radikaleren Kritikern nicht zuletzt angesichts der Frustration über die im Laufe der sechziger Jahre ausbleibende nachholende Entwicklung in der Dritten Welt zu einem immanenten Merkmal des kapitalistischen Systems verdichtet. Die »Entwicklung der Unterentwicklung« (Frank 1969) erscheint nunmehr nicht länger als Folge »falscher Politik, sondern als zwangsläufiges Resultat kapitalistischer Akkumulation »à l'échelle mondiale« (Amin 1970). Als ein wesentlicher theoretischer Begründungszusammenhang, der nicht nur die kapitalistische Produktionsweise als Entwicklungsmodell für die Dritte Welt überhaupt zurückweist, sondern auch die Forderung nach der Transformation des Systems insgesamt (vor allem auch durch die Schaffung einer *Neuen Weltwirtschaftsordnung*) begründet, wird von Arghiri Emmanuel schließlich ein Konzept postuliert – das *Theorem vom ungleichen Tausch*. Damit wird nicht nur eine eher exotische theoretische Position aus den zwanziger Jahren wiederbelebt (vgl. Grossmann 1929), sie wird auch in beispielloser Weise systemkritisch aufgeladen. Denn mit der Entstehung von über einhundert neuen selbständigen Staaten mit einer nach Milliarden zählenden Bevölkerung muß jedes gesellschaftliche System, das den Menschen in diesen Regionen keine hinreichenden Entwicklungsperspektiven eröffnet, als insgesamt delegitimiert, als im tatsächlichen Sinne »verwerflich« gelten.

Theoretisches

Das Theorem vom ungleichen Tausch wird von seinen Protagonisten ausdrücklich und faktisch ausschließlich auf die Marxsche Arbeitstheorie gestützt; daß auch andere Grundlegungen für eine Debatte über »Tauschgerechtigkeit« möglich sind, wird weiter unten noch zu diskutieren sein. Zunächst soll es hier jedoch um eine kriti-

sche Würdigung des »ursprünglichen« – vor allem von Emmanuel (1969) elaborierten und publizierten – Konzepts gehen.

Sowohl von Arghiri Emmanuel wie auch später von Samir Amin wird die Ungleichheit beim Warenaustausch zwischen Entwicklungs- und Industrieländern darauf zurückgeführt, daß sich auf diesem Segment der internationalen Handelsbeziehungen ungleich große Arbeitsquanten gegeneinander tauschen (so argumentieren in der neueren Literatur zum Beispiel auch Strahm 1990: 125 und Jakubowicz 2002: 23). Während auf den Binnenmärkten insoweit »gerechte« Preise erzielt würden, daß dort die Warenwerte durch die landestypische »mittlere Intensität der Arbeit« (MEW, Bd. 23: 583) determiniert seien, gelte auf dem Weltmarkt jene tendenziell »ungerechte« Modifikation des Wertgesetzes, nach der – laut Marx – »auf dem Weltmarkt die produktivere nationale Arbeit ebenfalls als intensivere zählt« (MEW, Bd. 23: 584). Damit werde nun jene Tendenz außer Kraft gesetzt, die mittels der Steigerung der Arbeitsproduktivität die Waren verbilligt, indem der Wert der Einzelware, angesichts des sich verringern Arbeitsaufwands pro Wareinheit, fällt. Weil auf dem Weltmarkt die produktivere Arbeit als intensivere zählt, werde deshalb der – dank Produktivitätsvorsprung – (eigentlich geringere) Arbeitsaufwand in Industrieländern gegenüber dem in Entwicklungsländern »aufgewertet« (vgl. Emmanuel 1974).

Allerdings stützt Emmanuel seine Überlegungen zu den Grundlagen des ungleichen Tauschs im Kern überhaupt nicht auf die Niveauunterschiede im Bereich der Produktivität, sondern auf die zwischen den Ländergruppen unterschiedlichen Lohnniveaus. Um die Existenz ungleicher Tauschbeziehungen allein auf die Lohnunterschiede zwischen Weltmarktmetropolen und -peripherie zurückführen zu können, postuliert Emmanuel zwei – höchst problematische – Ausgangsannahmen. Erstens geht er von der Existenz einer internationalen Durchschnittsprofitrate aus, was bedeuten würde, daß ein Kapital gegebener Größe, gleichgültig wo, weltweit durchschnittlich dieselbe Profitmasse abwirft (Klaus Busch [1973, 1974] hat sich in der westdeutschen Debatte in den siebziger Jahren intensiv mit dieser Frage befaßt; eine grundsätzliche Kritik dieser Annahme – insbesondere auch der Position von Busch – findet sich bei Krüger 1984: 144 ff.). Zweitens unterstellt er eine trotz Lohnerhöhungen konstante Produktivität in den Industrieländern (vgl. Emmanuel 1969: 110). Damit ist klar, daß ein höheres Lohnniveau (in den Metropolen) mit einer niedrigen Profitrate korrespondieren müßte, wenn nicht die internationale Durchschnittsprofitrate bewirken würde, daß Profite aus Ländern mit niedrigem Lohnniveau (Entwicklungsländern) in Länder mit hohem Lohnniveau »transferiert« würden. Der ungleiche Tausch sei nun genau jener Transfermechanismus, über den dies bewerkstelligt würde. »Entwicklung stellt sich daher ... nicht als Ursache, sondern als Folge hoher Löhne dar« (Emmanuel 1969: 161).

Die für Emmanuel zentrale Annahme, daß hohe Löhne mit einer niedrigen Profitrate einhergehen, gilt dann und nur dann, wenn die Produktivität konstant gesetzt wird. Aber gerade die Gültigkeit dieser Annahme muß im Falle der Industrieländer bezweifelt werden. Hier steigt die Produktivität in der Regel schneller als die Löhne.

»...andererseits ist eine Arbeitsstunde durch ungerechte Handelsbedingungen im ›Norden‹ zig- oder hundertfach mehr wert als im Süden. Vereinfacht ausgedrückt: Wenn ein T-Shirt bei uns nur soviel kostet, wie wir in einer Viertelstunde verdienen, dann bloß deshalb, weil die Dutzenden Arbeitsstunden (in der Dritten Welt), die in diesem T-Shirt stecken, extrem unterbewertet werden.« (Dan Jakubowicz: Genuß und Nachhaltigkeit, Wien 2002, S. 23).

Die »...von Marx aufgeworfenen Fragen laufen letztlich darauf hinaus, daß die unterschiedliche Qualität der in verschiedenen Volkswirtschaften verausgabten Arbeit bezüglich Intensität, Produktivität und Kompliziertheit dazu führt, daß »...die verschiedenen Warenquanten derselben Art, die in verschiedenen Ländern in gleicher Arbeitszeit produziert werden, ...also ungleiche internationale Werte (haben), die sich in verschiedenen Preisen ausdrücken...«. Wir können den Sachverhalt auch andersherum formulieren: Dasselbe Quantum Gebrauchswert wird in verschiedenen Ländern in Abhängigkeit von Intensitäts-, Produktivitäts- und Kompliziertheitsgrad der Arbeit in verschiedener Arbeitszeit hergestellt, hat also verschiedene nationale Werte trotz eines einheitlichen internationalen Wertes.« Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt, Berlin 1984, S. 52.

»Jeder Produzent erhält in Form der Produkte anderer Zweige für das Geld, das er erläßt, so viele Gebrauchswerte zurück, wie ein Produzent gleicher relativer Produktivität und Intensität jener Zweige im gleichen Zeitraum hervorbringen würde.« (Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt, Berlin 1984, S. 62).

»Wenn nun im Bereich des Binnenhandels das Wertgesetz die Gleichheit des Tauschwertes zweier Waren, die dieselbe Arbeitsmenge vergegenständlichen, impliziert, enthalten im Bereich des Außenhandels die getauschten Waren ungleiche Arbeitsmengen, was Folge der Ungleichheit des Standes der Produktivität ist.« (Samir Amin: Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus, Hamburg 1975, S. 107).

»Der Austausch ist ungleich. Der ungleiche Tausch ist die Folge der geringeren Arbeitsproduktivität...« (Samir Amin: Die ungleiche Entwicklung. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus, Hamburg 1975, S. 108).

»Die Arbeit von ausnahmsweiser Produktivkraft wirkt als intensivere Arbeit oder schafft in gleichen Zeiträumen höhere Werte als die gesellschaftliche Durchschnittsarbeit derselben Art. Die Ursache dafür, daß produktivere Arbeit unter bestimmten Bedingungen als intensivere zählt, liegt darin, daß gemäß dem Wertgesetz die Waren nicht entsprechend der in ihnen verkörperten individuellen Arbeitszeit ausgetauscht werden,

Die Mehrwertrate steigt also trotz Lohnerhöhungen. Wenn die Profitrate trotz hoher Mehrwertrate nicht steigt oder gar fällt, ist dies also nicht durch die Lohnentwicklung verursacht, sondern resultiert vor allem aus der rasch wachsenden organischen Zusammensetzung des Kapitals. Dieser Gesichtspunkt, der sich bei Marx als Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate findet, wird von Emmanuel völlig ignoriert.

Wenn sich also die Annahme konstanter Produktivität als nicht stichhaltig erweist, bleibt von Emmanuels Argumentation schließlich allein die Unterstellung, daß in verschiedenen Ländern verausgabte gleich große Arbeitsquanten auf dem Weltmarkt – warum auch immer – unterschiedlich »bewertet« werden. Eine tatsächlich theoretisch fundierte Erklärung für diese Behauptung findet sich weder in *L'échange inégal* (1969) noch später veröffentlichten Schriften Emmanuels (vgl. statt anderer Emmanuel 1974).

Genau am Phänomen der unterschiedlichen »Bewertung« von Arbeitsquanten setzt Samir Amins Konzeption vom ungleichen Tausch an (vgl. Amin 1975, 1979). Er konstatiert Ungleichheit im Austausch, weil in dem von ihm in Anlehnung an Ricardos Beispiel gewählten Modell »Portugals Arbeitsstunde ... sich mit 0,8 englischen Arbeitsstunden (tauscht)« (Amin 1975: 108). Zugleich räumt er jedoch ein, daß dies Folge der geringeren Arbeitsproduktivität in Portugal sei. Daß nun jedoch gerade aufgrund der Unterschiede in der Arbeitsproduktivität Äquivalententausch vorliegt, obgleich sich in Stunden gemessen ungleich große Arbeitsquanten tauschen, entgeht Amin, weil er einen substanzbasierten (absoluten) Wertbegriff hat. Zwar bezieht er sich explizit auf das Wertgesetz, sieht dessen Wirkung aber allein darin, daß es »die Gleichheit des Tauschwertes zweier Waren, die dieselbe Arbeitsmenge vergegenständlichen« (Amin 1975: 107) vermittelt. Die damit verbundene Tendenz zur Nivellierung der individuell verausgabten Arbeitsmengen zu allgemeiner Arbeit übersieht er jedoch. »Der eine gibt mehr Arbeit geringeren spezifischen Gewichts gegen weniger Arbeit höheren spezifischen Gewichts, der andere weniger Arbeit höheren spezifischen Gewichts gegen mehr Arbeit geringeren spezifischen Gewichts. Es werden bei Äquivalentenaustausch ungleiche Mengen ungleicher individueller Arbeit ausgetauscht dadurch, daß gleiche Mengen gleicher gesellschaftlicher Arbeit ausgetauscht werden. (...) *Gleiche Mengen allgemeiner Arbeit werden gegeneinander ausgetauscht, das ist das Wesen der Äquivalenz*« (Krüger 1984: 62 f.). Der Umstand, daß sich 0,8 Arbeitsstunden eines Landes gegen eine Arbeitsstunde eines anderen Landes tauschen, ist daher keineswegs Ausdruck von Nichtäquivalenz, sondern – wie Amin bezeichnenderweise einräumt – Folge ungleicher Produktivität. Der produktivere Arbeiter verausgabte Arbeit höherer wertschaffender Potenz und erhält im Zuge des äquivalenten Austauschs dafür eine größere Menge Arbeit minderer Produktivität.

Dazu kommt, daß der Wert einer Ware nicht a priori festgestellt werden kann, sondern *relativ* ist und nur als gesellschaftliche Größe existiert. In dem Maße, wie sich die Bedingungen der Produktion ändern, schwankt auch der Wert einer Ware, der immer als Reproduktionswert zu begreifen ist. Wenn also transnationale Unternehmen

ihre Produktion in Entwicklungsländer verlagern, um das dortige niedrigere allgemeine Lohnniveau zur Erhöhung der Profite zu nutzen, werden Ausbeutungsverhältnisse begründet, in deren Ergebnis Waren auf den Weltmarkt gelangen, die »von andern Ländern mit mindren Produktionsleichtigkeiten produziert werden« (MEW 25: 247). Der daraus resultierende Konkurrenzvorteil, der spezifisch günstigen Bedingungen der Kapitalverwertung entspringt, wird über den internationalen Handel lediglich vermittelt, aber nicht verursacht. Genaugenommen beschreibt Amin ein (neo)koloniales Ausbeutungsverhältnis, daß er zu Unrecht als »ungleicher Tausch« der Zirkulationsphäre zuordnet. Die im internationalen Handel von transnationalen Konzernen realisierten (Extra)Profite stellen jedoch genauso wenig wie die sich tendenziell verschlechternden Terms of Trade einen »Werttransfer aus der Peripherie in das Zentrum« (Amin 1975: 115) dar.

Im Bemühen, die ambivalenten Wirkungen der Handelsbeziehungen innerhalb des kapitalistischen Weltmarkts auf unterschiedliche Ländergruppen werttheoretisch zu fundieren, hat sich das Theorem vom ungleichen Tausch letztendlich als ungeeignet erwiesen. Es hat jedoch die Aufmerksamkeit einer sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs rasch entwickelnden Bewegung von Bürgerinitiativen, Solidaritäts- und Eine-Welt-Gruppen – von Nichtregierungsorganisationen – und von kritischen Wissenschaftlern auf einen Bereich der internationalen Beziehungen gelenkt, der bis dato eher ein Schattendasein fristete. Insbesondere die Kontroversen über Ursprung und Dynamik der kapitalistischen Weltökonomie (vgl. Mandel 1972; Florin 1974; Lair 1974; Amin 1979; Senghaas 1979) wurden durch die Debatten über die Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt wesentlich mit geprägt und haben nicht zuletzt zu der Erkenntnis geführt, daß die Ursachen für die Nachteile der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt komplexer Natur sind. Sie liegen sowohl im (noch immer wachsenden) Niveauunterschied in der Arbeitsproduktivität, in der Spezifik der jeweils gehandelten Produkte wie auch in den Aktivitäten – insbesondere in der Marktmacht – transnationaler Konzerne, vor allem jedoch in der ausgeklügelten protektionistischen Abschottung der Märkte in den Industrieländern begründet. Um diesen verfestigten Barrieren beizukommen, bedarf es eines tiefgreifenden Wandels in den internationalen (Wirtschafts)Beziehungen, für den wiederum Gerechtigkeitsforderungen einen wesentlichen Impuls zu setzen vermögen.

Weltmarkt und Gerechtigkeit – ein Ausblick

Auch wenn sich mit Hilfe des Marxschen Theorieansatzes eine systematische Nichtäquivalenz im internationalen Handel nicht begründen läßt, bleibt dennoch hartnäckig die alltägliche Wahrnehmung, daß gerade in den Austauschbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern systematische Ungerechtigkeiten (fort) bestehen. Durch eine Fülle von empirischen Daten gestützt, wird in diesem Zusammenhang zumeist auf die Rolle der Spekulation auf den globalen Rohstoffmärkten, auf die gravierende Unterbezahlung der unmittelbaren Produzenten und auf das Interessenkartell von einheimischen Eliten im Süden mit transnationalen Konzernen verwiesen (vgl. Strahm 1990: 113).

sondern entsprechend der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, die zur Reproduktion der Ware erheischt ist.« (Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt, Berlin 1984, S. 59).

»Der Wert einer Ware kann nicht mikroökonomisch erklärt (und seine Größe gemessen) werden, da er ein ›aliquoter Teil‹ (Marx) der gesamten gesellschaftlichen Wertmasse ist, die sich selbst fortlaufend verändert, weil sich ihre Partikel und Strukturen ständig ändern. ... So ist der Wert der Einzelware *relativ* – Marx hebt das gegen Ricardo (und, vorwegnehmend, auch gegen Piero Sraffa) heraus. Übrigens auch deshalb relativ, weil die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit nicht die ist, die bei der *Herstellung* der Ware aufzubringen war, sondern vielmehr die, die *gegenwärtig* erforderlich ist. Der Wert ist ein Reproduktionswert und auch deshalb ein *relativer*.« (Gunther Kohlmey: Vorwort, in: Krüger, H.-P., Werte und Weltmarkt, Berlin 1984, S. 8 f).

»Der Äquivalententausch verwirklicht ... dann Tauschgerechtigkeit, wenn die Marktpreise gerecht sind oder als gerecht gelten. ... Gibt es solche Preise, dann erfüllt der Äquivalententausch unmittelbar Tauschgerechtigkeit. Wie die aus dem Tausch zu ziehenden subjektiven Vorteile der beiden Tauschpartner sich zueinander verhalten, spielt hierbei keine Rolle. ... Auch wenn diese Vorteile sich noch so sehr unterscheiden, läßt sich die im Äquivalententausch zu »gerechten« Preisen verwirklichte Tauschgerechtigkeit nicht in Frage stellen.« (Ernst Helmstädter 1995 b: 177 f.).

»Das Ergebnis des Wettbewerbs besteht in einer Pareto-optimalen, jedoch ungleichen Güterverteilung. Es verwirklicht *nicht* Tauschgerechtigkeit im Sinne gleicher Tauschvorteile aller Tauschpartner. (...) ...der Wettbewerb unter *vielen Marktteilnehmern* führt zwingend zur Ungleichverteilung der Tauschvorteile.« (Helmstädter 1995a: 13). Als Pareto-optimal gilt ein Verteilungszustand, bei dem keiner der Tauschpartner/ Marktteilnehmer durch Umverteilung besser gestellt werden kann, ohne einen anderen schlechter zu stellen (nach Vilfredo Pareto, italienischer Ökonom – 1843-1923).

»Schwieriger verhält es sich, wenn solche Preise (Äquivalenzpreise – d. A.) nicht vorliegen. Dann ist aus ethischen Gesichtspunkten im Prinzip die Gleichheit der Tauschvorteile zu fordern. Liegen gleiche Nutzensfunktionen vor, ist sogar ein gemeinsam anerkannter Maßstab verfügbar. ...

Damit wird deutlich, daß der Anspruch auf Tauschgerechtigkeit weit über das hinaus greift, was unter marktwirtschaftlich-kapitalistischen Bedingungen – im Rahmen der Wertäquivalenz – als »gerecht« gilt. Genau darauf beschränken sich jedoch die klassische ökonomische Theorie sowie auch die von Marx. Darüber hinausgehende Überlegungen zu mehr oder weniger allgemein gültigen oder auch »natürlichen« Gerechtigkeitsstandards wurden von Marx nie angestellt – und von ihm gelegentlich sogar als ahistorischer »Unsinn« (MEW 25: 351) zurückgewiesen.

Auf ein der ganzen Debatte über Tauschgerechtigkeit bzw. ungleichen Tausch zugrunde liegendes eigenartiges Gerechtigkeitsverständnis verweist demgegenüber Helmstädter: »Bei Tauschgerechtigkeit im Sinne des Ausgleichs der Tauschvorteile kommt eine bestimmte Art von Gerechtigkeit zum Zuge. Leistung und Gegenleistung sollen sich einander entsprechen, die Tauschpartner sollen gleichgestellt sein« (Helmstädter 1995 b: 189). Helmstädter unternimmt nun einen aufschlußreichen Versuch, dem nachzuspüren, was unter Gerechtigkeit im Sinne der Gleichheit von Leistung und Gegenleistung – also unter »strengeren Anforderungen« an die Gerechtigkeit in Tauschbeziehungen (Helmstädter 1995 a: 10 ff.; 1995 b: 178) – verstanden werden könnte.

Dazu fundiert er seinen Ausgangspunkt zunächst mit Bezug auf Aristoteles und dessen Forderung nach Gerechtigkeit in den Tauschbeziehungen nach Maßgabe der »Größengleichheit der Tauschvorteile« und entwickelt ein Konzept, in dem sich zwei Tauschpartner mit einer bestimmten anfänglichen Güterausstattung gegenüber treten. Diese Anfangsausstattung hat für die Beteiligten »einen Nutzwert von 1«. Beiden geht es darum, ihren individuellen Nutzen durch den Austausch eigener Produkte gegen fremde zu erhöhen. Helmstädter demonstriert nun mit Hilfe eines Modells, daß es – solange nur zwei Tauschpartner betrachtet werden – durchaus möglich ist, Tauschgerechtigkeit im Sinne gleichgroßer Vorteile zu erreichen, die allerdings nur auf der Basis einer Art objektivierten individuellen Nutzensbewußtseins überhaupt gemessen werden können.

Kritisch wird es für das Zustandekommen gleichgroßer Vorteile erst, wenn viele Tauschpartner bzw. Marktteilnehmer (Anbieter und Käufer) gleichzeitig auftreten. Dann erscheint ein Austarieren der individuellen (subjektiven) Nutzensfunktionen nicht mehr ohne weiteres möglich. Es stellt sich vielmehr ein allgemeines bzw. durchschnittliches Verteilungs- respektive Nutzungsverhältnis ein, das als Pareto-optimaler Zustand beschrieben werden kann. Damit ist der Austausch in einer arbeitsteiligen Gesellschaft aber wieder auf den Markt und den ihm zugrunde liegenden Preisbildungsmechanismus zurückverwiesen.

Angesichts der offenbar unüberwindlichen Schwierigkeiten bei der Feststellung gleicher Tauschvorteile innerhalb von komplexen arbeitsteiligen Wirtschaftsstrukturen resigniert schließlich auch Helmstädter. Alltagspraktisch kann der Handel, der auf – kapitalistischen – Gerechtigkeitsprinzipien basiert, nur eingeschränkt als »gerecht« gelten, denn »der Wettbewerb unter vielen Tauschpartnern in der gleichen Lage wird jedoch nur in Ausnahmefällen zu Preisen oder Tauschrelationen führen, die die Anforderung der Tauschge-

rechtigkeit uneingeschränkt erfüllen. Wenn man sich für den Wettbewerb als wesentlichen Teil der marktwirtschaftlichen Rahmenordnung entschieden hat, kann man sein Ergebnis nicht für moralisch ungerecht halten, weil es ja regelgerecht ist, auch wenn es die strengeren Anforderungen der Tauschgerechtigkeit nicht erfüllt« (Helmstädter 1995 b: 190 f.). Am Ende bleibt der Rückzug auf »prozedurale Gerechtigkeit«, auf Gerechtigkeit durch ein »regelgerechtes« Verfahren der Preisbildung.

Interessant ist allerdings noch ein Kunstgriff, zu dem sich Helmstädter aufgrund seiner Ausgangsannahme von einer gleichen Anfangsausstattung mit »einem Nutzwert von 1« gezwungen sieht. Wenn nämlich im Wettbewerb – und gerade aufgrund des Wettbewerbs! – die Tauschvorteile sich nicht ausgleichen, dann kann die Anfangsausstattung der Wettbewerber genau genommen nicht gleich gewesen sein; daß diese gleich sei, war aber gerade die neoklassische Modellannahme. Helmstädter argumentiert nun, daß sich im Marktprozeß herausstellt – was modelltheoretisch zunächst nicht zugelassen wurde –, daß die Anfangsausstattung eben doch nicht gleich war, weil Gut I »ein im Vergleich zu Gut II von beiden Tauschpartnern geringer geschätztes Gut« gewesen sei. Auch wenn bezweifelt werden muß, daß, bei einer Anfangsausstattung mit »einem Nutzwert von 1« für jeden Marktteilnehmer, »beide« schließlich »übereinkommen« können, den Nutzwert eines Produkts geringer zu schätzen, verweist diese Argumentation doch schließlich auf jenen Punkt zurück, auf den schon Prebisch hingewiesen hat – die ungleiche Natur der getauschten Produkte. Insbesondere für die *Preisentwicklung* auf den internationalen Märkten sind offenbar Faktoren maßgeblich, die mit der Substituierbarkeit und mit den im jeweiligen Produkt vergegenständlichten Innovationen zusammenhängen. Die Anbieter von Rohstoffen und einfachen Industriegütern sind – maßgeblich vermittelt über die starke Konkurrenz untereinander – langfristig in einer wesentlich ungünstigeren Situation als die Produzenten hochkomplizierter Erzeugnisse mit unikalem Charakter. Im Lichte aktueller Debatten über die notwendige Nachhaltigkeit zukunftsfähiger Wirtschaftssysteme sind zudem jene bemerkenswert frühen Einsichten von Amin zu einem »gerechten« Weltmarktpreis« von Bedeutung, die ausdrücklich die Notwendigkeit der Reproduktion des natürlichen Reichtums hervorheben. Denn »bei Rohstoffen ..., die nicht erneuert werden, muß der Preis die Erhaltung des Produktionspotentials decken« (Amin 1975: 123). Aus der Perspektive des (zwingend notwendigen) Übergangs zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise erlangt das Gerechtigkeitsproblem im internationalen Handel also noch eine weitere Dimension, die über »größengleiche Tauschvorteile« hinausweist.

Wenn also von »fairen Preisen« oder gleichem Tausch die Rede ist, dann sind damit zumeist Austauschrelationen gemeint, die den tatsächlichen Reproduktionserfordernissen umfassender und damit »besser« gerecht werden, als dies der Austausch zu Wertäquivalenten zu sichern vermag. Während der »Arbeitswert« – bei aller Unvollkommenheit – die soziale Reproduktion der Produzenten innerhalb einer arbeitsteiligen Struktur über den Markt gewährleistet, müßte ein »Reproduktionswert« die Erhaltung der lebensnotwen-

Die Verteilung der aus dem Tauschakt sich ergebenden Vorteile ist dann Verhandlungs- oder gar Glückssache. Ihre Gleichverteilung ist unter wohlwollenden Tauschpartnern freilich nicht ausgeschlossen. Der Wettbewerb selbst kann die ethisch erwünschte Gleichheit der Tauschvorteile im Regelfall jedoch nicht bewirken. Die durch ihn sich herausstellende Ungleichheit ist indessen nur der Spiegel ungleicher, gerade durch den Wettbewerb erst herausstellender Ausgangsbedingungen.« (Helmstädter 1995 a: 14).

Dies trifft um so mehr zu, als die notwendige Wiederherstellung der Produktionsbedingungen für Rohstoffe und Naturprodukte – »die Erhaltung des Produktionspotentials« (Amin) – höchstens unzureichend, wenn überhaupt, in die Marktpreisbildung eingeht.

»...zwischen den Produzenten (wird) weder individuelle Arbeit noch Wert umverteilt. Indem der weniger produktive Produzent 11 Stunden seiner individuellen Arbeit verausgabt, verausgabt er 10 Stunden gesellschaftlich-notwendiger Arbeit, jene 11 Stunden sind diese 10 Stunden, es ist dieselbe Menge derselben Arbeit, weil größere Menge Arbeit minderer Qualität (geringeren Wirkungsgrades).« (Krüger 1984: 61).

digen Naturverhältnisse genauso einschließen wie die Befriedigung grundlegender sozialer Bedürfnisse. Dazu bedürfte es allerdings eines unfassenden Wandels des gesellschaftlichen Reproduktionssystems überhaupt. Aber selbst durch eine solche »Systemtransformation« zu einer sozial wie ökonomisch als auch ökologisch zukunftsfähigen Gesellschaft würde das Problem der Tauschgerechtigkeit nicht aus der Welt geschafft. Denn über Tauschbeziehungen – vor allem über die ihnen logisch vorangehende Preisbildung – werden stets auch Umverteilungsprozesse und damit Ungleichheit gesellschaftlich vermittelt. Es kommt jedoch darauf an, welche Formen von Ungleichheit mit welchen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenzen, auch mit Blick auf gewünschte Veränderungen im Konsumverhalten, politisch gewollt sind und von entsprechenden gesellschaftlichen Mehrheiten (mit)getragen werden.

Literatur

- Amin, Samir (1970): *L'accumulation à échelle mondiale*, Paris.
- Amin, Samir (1975): *Die ungleiche Entwicklung*. Essay über die Gesellschaftsformationen des peripheren Kapitalismus, Hamburg.
- Amin, Samir (1979): »Self-reliance« und die Neue internationale Wirtschaftsordnung, in: Senghaas, D. (Hrsg.), *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*, Frankfurt/M.
- Busch, Klaus (1974): *Die multinationalen Konzerne. Zur Analyse der Weltmarktbeziehung des Kapitals*, Frankfurt/M.
- Busch, Klaus (1973): *Ungleicher Tausch – Zur Diskussion über internationale Durchschnittsprofitrate, ungleichen Tausch und komparative Kostentheorie anhand der Thesen von Arghiri Emmanuel*, in: *Prokla*, Heft 8/9, S. 47-88.
- Emmanuel, Arghiri (1969): *L'échange inégal – Essai sur les antagonismes dans les rapports économiques internationaux*, Paris.
- Emmanuel, Arghiri (1974): *Der ungleiche Tausch (Antwort an Jacques Lair)*, in: *Kritik der Politischen Ökonomie*, Nr. 2 (März), S. 71-80.
- Flechsig, Steffen (1994): Raúl Prebisch (1901-1986) – ein bedeutendes theoretisches Vermächtnis oder kein alter Hut, in: *UTOPIE kreativ*, Nr. 45/46 (Juli/August), S. 136-155.
- Flechsig, Steffen (1999): Raúl Prebisch's Contribution to a Humane World, in: Müller, A.; Tausch, A.; Zulehner, P.M. (eds.): *Global Capitalism, Liberation Theology and the Social Sciences. An Analysis of the Contradictions of Modernity at the Turn of the Millennium*, New York, pp. 103-123.
- Florin, Patrick (1974): *Die Theorie des ungleichen Tausches – eine reformistische Mythologie*, in: *Kritik der Politischen Ökonomie*, Nr. 2 (März), S. 85-98.
- Frank, André Gunder (1969): *Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika*, Frankfurt/M.
- Frank, André Gunder (1980): *Abhängige Akkumulation und Unterentwicklung*, Frankfurt/M.
- Grefe, Christiane; Greffrath, Mathias; Schumann, Harald (2002): *attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?*, Berlin.
- Grossmann, Hermann (1929): *Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems*, Leipzig.
- Helmstädter, Ernst (1995 a): *Gerechtigkeit in der Wirtschaft*, Akademischer Vortrag an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster am 13. Mai 1995.
- Helmstädter, Ernst (1995 b): *Tauschgerechtigkeit. Zwei Erklärungsansätze im Vergleich*, in: Dieckheuer, Gustav (Hrsg.), *Beiträge zur angewandten Mikroökonomik. Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Dr. h.c. Jochen Schumann*, Berlin u. a., S. 177-191.
- Helmstädter, Ernst (2002): *Verteilungsgerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit durch Wettbewerb*, in: Held, Martin, Gisela Kubon-Gilke; Richard Sturm (Hg.): *Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, Jahrbuch 1, Marburg 2002, S. 197-209.
- Jakubowicz, Dan (2002): *Genuss und Nachhaltigkeit*, Wien 2002.
- Krüger, Hans-Peter (1984): *Werte und Weltmarkt. Zur Bildung und Realisierung internationaler Werte*, Berlin (DDR).
- Kohlmey, Gunther (1984): *Vorwort*, in: Krüger, H.-P., *Werte und Weltmarkt. Zur Bildung und Realisierung internationaler Werte*, Berlin, S. 7-19.
- Lair, Jacques (1974): *Ungleicher Tausch und »Third Worldism«*, in: *Kritik der Politischen Ökonomie*, Nr. 2 (März), S. 65-70.
- Mandel, Ernest (1972): *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M.
- Marx, Karl (MEW 42): *Bastiat und Carey*, in: MEW, Bd. 42, S. 3-13.
- Marx, Karl (MEW 23): *Das Kapital. Erster Band*, in: MEW, Bd. 23.
- Marx, Karl (MEW 25): *Das Kapital, Dritter Band*, in: MEW, Bd. 25.
- Prebisch, Raúl (1968): *Die ökonomische Entwicklung Lateinamerikas und ihre Hauptprobleme*, in: Ders., *Für eine bessere Zukunft der Entwicklungsländer*, Berlin, S. 7-69.
- Senghaas, Dieter (Hrsg.) (1979): *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik*, Frankfurt/M.
- Strahm, Rudolf H. (1990): *Warum sie so arm sind*, Wuppertal 1990.
- Tandon, Yash (2002): *Globale Herrschaft und Gerechtigkeit*, in: *UTOPIE kreativ*, Heft 136 (Februar), S. 156-169.

SIEGFRIED WENZEL

Die Sozialismusvision eines bedeutenden Historikers.

In memoriam Arno Peters

Am 2. Dezember 2002 verstarb in Bremen, sechsendachtzigjährig und bis zuletzt wissenschaftlich tätig, Professor Arno Peters, Doktor der Philosophie. Seit 1974 leitete er das Institut für Universalgeschichte in Bremen, als der vielleicht »letzte Polyhistor« in Deutschland.¹

Mit seiner vielbändigen *Synchronoptischen Weltgeschichte*, das heißt der paritätischen Darstellung aller großen Kulturen der Erde und aller Lebensbereiche, überwand er das gängige, europazentrische, politisch-kriegerisch geprägte Weltbild. Im Gegensatz zur sachbereichsbezogenen Betrachtungsweise interpretierte er die Geschichte als ein Miteinander von historischen Prozessen, die sich wechselseitig bedingen. Mit dieser räumlichen Darstellung entwickelte er gemeinsam mit einem großen Kreis von Wissenschaftlern und Experten eine zugleich graphische Darstellungsweise der Geschichte. Aber auch auf anderen Gebieten waren die Ergebnisse seiner Arbeit oftmals Maßstäbe setzend.

Durch die flächentreue Projektion der Erdoberfläche überwand er den Eurozentrismus auch in der Geographie. Peters vereinigte den Nullmeridian mit der Datumsgrenze und legte diese in die Beringstraße. Die 360-Grad-Einteilung ersetzte er durch ein Dezimal-Gradnetz. So entstand die sog. »Peterskarte«. Das rechtwinklige klare Kartenbild, die Lagetreue und die Achstreue seiner Erdkarte bewirkten ihre weltweite Verbreitung (27 Millionen Exemplare in sieben Sprachen). 1989 vollendete er einen Weltatlas, in dem erstmals alle Länder der Erde im gleichen Maßstab abgebildet sind. Seine neue Geländedarstellung und die damit organisch verbundene neue Form statistischer Kartenaussagen (»sprechende Erdkarten«) führten zur Herausgabe dieses Atlases durch die UNICEF sowie die größten Verlage Europas und Amerikas.

Seine vielseitige wissenschaftliche Tätigkeit konzentrierte sich seit 1983 zunehmend auf die Wirtschaftswissenschaften. Er führte alle Wirtschaftssysteme der Geschichte auf zwei Grundtypen zurück: *äquivalente* und *nichtäquivalente* Ökonomie. Den Kapitalismus bezeichnete er als späte Erscheinungsform der nichtäquivalenten Marktwirtschaft, die durch die äquivalente Planwirtschaft abgelöst werden müsse. Diesen Gedanken entwickelte er in enger Zusammenarbeit und persönlicher Freundschaft mit Prof. Konrad Zuse, der die erste betriebsfähige, vollautomatische Rechenanlage in Deutschland geschaffen hat. Mit ihm gemeinsam entwickelte er Begriff und Grundlagen des sog. *Computer-Sozialismus*. Diese Überlegungen

Siegfried Wenzel – Jg. 1929; Wirtschaftswissenschaftler; war früher in der Leitung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften sowie der Staatlichen Plankommission der DDR tätig, zuletzt als Stellvertreter des Vorsitzenden verantwortlich für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; er war Mitglied der Regierungsdelegation zur Vorbereitung der Währungsunion BRD – DDR. Wichtigste Publikation: Was war die DDR wert? Und ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlußbilanz (2000). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa, Heft 133 (November 2001).

1 Fritz Fischer: Der letzte Polyhistor. Leben und Werk von Arno Peters, Vaduz 1996.

2 Arno Peters: Computer-Sozialismus. Gespräche mit Konrad Zuse, Berlin 2000. Vgl. dazu auch die Rezension von Kay Müller in *UTOPIE kreativ*, Heft 134 (Dezember 2001), S. 1138 f.

3 Arno Peters: Das Äquivalenzprinzip als Grundlage der Global-Ökonomie, Vaduz 1996.

faßte Peters nach dem Tod von Zuse im Jahre 2000 in einem Buch zusammen.² Wesentliche Gedanken hierzu hatte er bereits 1996 in der Niederschrift eines Vortrags mit dem Titel »Das Äquivalenzprinzip als Grundlage der Global-Ökonomie«³ publiziert. Hierin beschäftigte er sich mit Beginn und Verlauf der Wirtschaftsgeschichte, mit den Prinzipien der äquivalenten Ökonomie und in Abgrenzung von Marx mit der Arbeit als Wertursache und Wertmaß. Er und Zuse waren fasziniert von der Idee, daß der Computer »mit seiner Fähigkeit, in einem einzigen Gerät Milliarden von Rechengängen pro Sekunde vorzunehmen, ... und daß der Computer schon heute die Bedürfnisse der Menschen erfassen und ordnen sowie ihre Befriedigung durch die Planung und Organisation von Produktion, Dienstleistungen und Verteilung ins Werk setzen« könne. Wenn die Globalökonomie mehr sein solle als die Summe weltweit operierender Nationalökonomien der entwickelten Industriestaaten, müsse sie sich zum Prinzip der auf wertgleichem Gütertausch beruhenden Äquivalenzökonomie durchringen, wie sie vor der Marktwirtschaft bestanden habe.

Die Nähe seiner Auffassungen zu anderen umstrittenen linken Theorien (Ernest Mandel, Robert Kurz u. a.) kommt in seiner Meinung zum Ausdruck: Die Lenkung der Wirtschaft reduziere sich durch den Computer auf einen technisch-organisatorischen Vorgang. Programmierung und Kontrolle der Wirtschaft wird zur Hauptaufgabe der Politik, die durch den Computer auf eine neue Grundlage gestellt wird. Peters führt den Gedanken weiter bis zur Skizzierung einer neuen Weltordnung auf der Grundlage der äquivalenten Ökonomie. Diese weitreichende, zunächst noch visionäre Konsequenz drückte er in den Worten aus: »Das in der Menschenrechtserklärung niedergelegte soziale und internationale Ordnungssystem, das eine im Geiste der Brüderlichkeit verbundene friedliche Weltordnung ermöglicht, kann nicht auf der Marktwirtschaft beruhen. Sozialismus ist unabdingbare Voraussetzung der sozialen Menschenrechte.«

Peters war sich über den visionären, allgemein-konzeptionellen Charakter seiner Überlegungen im klaren, an deren Fundierung er vor allem in der letzten Zeit intensiv gearbeitet hat; so etwa an der Vorstellung, daß das Äquivalenzprinzip global, das heißt gleichzeitig überall in der Welt realisiert werden müsse, wofür in absehbarer Zeit kaum reale Voraussetzungen bestehen. Im Zentrum seiner Überlegungen in den letzten Lebensmonaten stand die Auseinandersetzung mit dem Wert-Preis-Problem und die Suche nach Wegen zur Ermittlung eines absoluten Wertmaßes als Grundlage der Äquivalenz und damit der Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung sowohl im Rahmen der nationalen Ökonomien als auch im globalen Rahmen zwischen Nord und Süd. In einem Schreiben an den Autor dieser Zeilen schrieb er am 23. Dezember 2001: »Als ich mich ... der inzwischen zu der Zentralfrage gewordenen Frage nach dem Verhältnis von Preis und Wert zuwandte, ... wollte ich die Werte einiger Güter bestimmen und dann den Schlüssel, das Modell für die Ermittlung des Wertes jedes beliebigen Gutes veröffentlichen, wohl wissend, daß das meine wichtigste Arbeit ist, die noch zu leisten ist.« Zur Widerlegung der Meinung Oscar Wildes, ein Ökonom kenne den Preis von allem und den Wert von nichts, wollte er den *objek-*

tiven Wert eines Produktes oder einer Leistung durch die »Summierung der direkt in ihnen enthaltenen Arbeitsmenge (= Arbeitszeit) und der akkumulierten, diesem Produkt zuzuschlagenden Arbeitsmenge (Arbeitszeit)« ermitteln.⁴ Das ignoriert allerdings die Notwendigkeit, daß zur Verwirklichung des Grundprinzips »... jedem nach seiner Leistung« die Arbeit nicht nur der Ausdehnung, sondern auch der Intensität bzw. Qualität nach bestimmt werden muß. Es sei denn, man stellt das ganze Prinzip in Frage. Aus dieser Arbeit wurde er durch den Tod herausgerissen. Seine zunächst noch visionären Gedanken über die Wiedereinsetzung des auf der Computertechnik beruhenden Äquivalenzprinzips in den Beziehungen zwischen Menschen, Staaten und Völkern sind zweifellos beachtens- und bedenkenswerte Beiträge zur Diskussion über die Gestaltung einer künftigen, wahrscheinlich aber weit in der Ferne liegenden, alternativen menschenfreundlichen Gesellschaft.

Als ausgewiesener Historiker mischte sich Peters mit unkonventionellen Überlegungen und Vorschlägen auch in die aktuelle Politik ein. Es ist aus durchsichtigen Gründen verdrängt und fast vergessen, daß er vor der deutschen Vereinigung, im November 1989, einen von ihm initiierten und von 58 Wissenschaftlern und 3 Senatoren der Hansestadt Bremen unterzeichneten *Aufruf an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Zahlung ihrer Reparations-Ausgleichs-Schuld an die Deutsche Demokratische Republik* verfaßt und an die Öffentlichkeit gebracht hat. Darin wird festgestellt: Wenn die Reparationszahlungen, die Deutschland im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges geleistet hat, gleichmäßig auf die Bürger ganz Deutschlands verteilt worden wären, ergäbe sich unter Berücksichtigung einer normalen Verzinsung von sechs 5/8 % eine Ausgleichszahlung an die DDR in Höhe von 727,1 Mrd. DM (zu Preisen von 1989).⁵ Unabhängig davon, daß diese klaren und durch Fakten unterlegten Aussagen von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft relativiert, in Frage gestellt und als unbrauchbar für das politische Handeln heruntergeredet wurden und immer noch werden; und auch unabhängig davon, wieviel daran richtig ist, machen sie ein offenes Problem der deutschen Wiedervereinigung sichtbar, für dessen Benennung vor allem die Ostdeutschen Professor Peters Dank schulden.

4 Ähnliche Überlegungen wurden auch schon zuvor angestellt, zum Beispiel von Fritz Behrens. Vgl. dazu Fritz Behrens: *Wie ist der Wert meßbar?*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 9 (1961) 3, S. 420-429; Ders.: *Die Zeitsummenmethode zur Messung der Arbeitsproduktivität*, in: *Economica*, Warschau 1962/1, S. 662 ff.; Ottmar Lendle: *Die Zeit-Quantenmethode*, Humboldt-Universität zu Berlin 1977.

5 Auf einer Pressekonferenz am 28. November 1989 in Bonn traf er die bemerkenswerte Feststellung: »Mir geht es darum, deutlich zu machen, wenn wir jetzt der DDR Ressourcen zur Verfügung stellen, das nicht unter der Überschrift ›Hilfe‹ oder ›altruistische Hilfe‹ subsumieren können.« Die BRD müsse sich als »Treuhänder« ansehen »für die Bevölkerung der DDR in Bezug auf ein gewissermaßen gespartes Kapital, mit dem wir ja arbeiten konnten. Und dieses Treugut muß man natürlich zurückgeben«.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Die Soldaten sind in Stellung gegangen, alle Welt weiß: The game is over, aber alle Welt hofft, daß sich die Amerikaner noch besinnen. Da verdorren einem die Pointen. Bemerkenswert an der Vorkriegsmediensituation war nicht nur das Vokabular der Kriegspartei, sondern auch das der Reporter beziehungsweise die Reaktionen von Reportern auf die Hunnensprache von Bush und Rumsfeld. Wenn die deutsche Reporterschaft nicht ein so beflissener Haufe wäre, hätte man erwarten können, daß irgendwo und irgendwann in einer deutschen Zeitung mal das alte Wort »Imperialismus« auftaucht – ich habe es nirgends gelesen. Als nach der Sicherheitsrat-Sitzung vom 8. März amerikanischen Diplomaten in jene afrikanischen Länder ausschwärmten, die bei der nächsten Abstimmung als Wackelkandidaten galten, genierten sie sich überhaupt nicht, klar und deutlich mit dem Entzug von Entwicklungshilfe zu drohen. Will sagen: Für mich war das Erstaunliche nicht, daß sie so verfahren, sondern wie ungegeniert sie es taten, daß sie sich nicht einmal eine Moral einfallen ließen.

Auch von jenen europäischen Regierungschefs, die kriegsunwillig sind, hat bis zur Stunde noch niemand die Contenance verloren. Aber vielleicht ist auch das ein Merkmal von *altem Europa*: Daß sich bislang keiner fand, der sich rhetorisch auf Warlord Rumsfelds Wilhelm-II-Niveau hinab begab. Nur in den Feuilletons wird gelegentlich eine deutlichere Sprache gepflegt – so kann denn (wenn die Sache schief gehen sollte ...) kein deutscher Zeitungsleser behaupten, er habe von nichts gewußt. Doch insgesamt bemühen sich auch die Feuilletonpolitiker (oder Politikfeuilletonisten ...) darum, kein amerikanisches Porzellan zu zertöppern. Der weise Walter Jens zum

Beispiel fand in einem Interview mit dem evangelischen Magazin *chrismon* (dem Nachfolger *des Deutschen Allgemeinen Sonntagsblattes*) eine Begründung für seine sprachliche Zurückhaltung: »... *Wer nicht für uns ist, ist unser Feind*, diesem Amerika stehen wir – um es ganz behutsam zu sagen –, dem stehen wir skeptisch gegenüber. Da drücke ich mich nicht auf Rumpf-Niveau aus.«

Natürlich hat auch Deutschland seine Scharfmacher. Als solcher profilierte sich unter anderem Wolf Biermann im *Spiegel*. Doch mit der Suada, die dort aus den Seiten schlierte, dürfte er sich keinen Gefallen getan haben, nicht einmal bei seinen Anhängern und politischen Freunden. Eigentlich waren diese Biermannschen Irak-Krieg-Ausführungen – läßt unsereiner seine grundsätzlichen Antipathien gegenüber dem Hamburger Großmaul einmal außer Betracht – weniger eine politische Erklärung, sondern eher das Psychogramm eines alternden, in Erfolglosigkeit geratenen Sängers. Großzügig beurteilt: Wolf Biermanns *Spiegel*-Artikel zum Irakkonflikt war ein trauriges Stück Zeitdokument.

Die Arbeitslosigkeit ist in Deutschland auf 4,7 Millionen gestiegen. Und just zwei Tage nach dieser Meldung aus dem Hause Gerster wurde (von interessierter Seite?) eine nachgeschoben, die eigentlich nur jene hat verwundern können, die bislang das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt nur ungenau verfolgt haben. Die nachgeschobene Nachricht nämlich besagte, daß natürlich die »eigentliche« Zahl der Arbeitssuchenden beträchtlich höher sei, daß sie sieben Millionen betrage. Sollte es wirklich Leute gegeben haben, die das bis dato nicht gewußt haben? Dieses Heer von jungen Leuten ohne jede Chance, von (vorwiegend nutzlos!) Umgeschulten, dieses Heer jener, die sich über Jahre hinweg von einer »Maßnahme« in die andere hangeln, wissend, »richtige Arbeit« wird es niemals mehr für sie geben ... Es erstaunt also nicht die Meldung an sich, sondern es verwundert, daß das bislang kaum thematisiert wurde, daß – auch politisch – immer nur über die nun schon lange deutschlandüblichen vier Millionen Arbeitslosen (mal etwas mehr, mal etwas weniger ...) debattiert wurde. Vielleicht wollte man in der Vergangenheit dem Wirtschaftszweig »Aus- und Weiterbildung« nicht zu nahe treten. Denn die hunderte Umschulungsunternehmen waren lange Zeit das einzige Gewerbe in Deutschland, das prosperierte. Doch das geht dank Hartz jetzt auch noch den Bach herunter ...

Ach, ja, die Stammleser und der Redakteur werden nun schon unruhig auf die hierorts stets fällige Bemerkung zum Thema *PDS in den Farben der Hauptstadt* warten. Nun denn. Der *Tagesspiegel* hat sich – wenn es denn keine Aushilfe war – eine neue Redakteurin für die PDS zugelegt. Die wußte nach dem Landesparteitag, auf dem »die Basis« die Politik der Senatssozialisten absegnete, zu berichten, daß danach in der Abgeordnetenhausfraktion eine so gute Stimmung wie lange nicht mehr geherrscht habe. Wahrscheinlich hat die Kollegin keine Vorstellung davon, wie in Parteien Mehrheiten organisiert werden können. Eine genehm besetzte Antragskommission ist die halbe Miete, die andere Hälfte sind die »richtigen« Delegierten. Na, ja, Sie kennen das natürlich alles, falls Sie einer Partei angehören. Vermutlich ist die *Tagesspiegel*-Redakteurin parteilos. Und das ist gut so.

**Daniel Yergin, Joseph Stanislaw:
Staat oder Markt. Die Schlüssel-
frage unseres Jahrhunderts,
Frankfurt/M.-New York 1999,
610 S., 64 Abb. (34 €)**

Wer wissen will, warum sich der marktradikale Neoliberalismus in seinen verschiedenen Spielarten seit drei Jahrzehnten in der nunmehr fast einheitlich kapitalistischen Welt durchgesetzt hat, der muß zu diesem Buch greifen. Yergin und Stanislaw, Kenner der Materie, haben ein packendes, suggestives Werk geschrieben, das den Sieg über den Keynesianismus anschaulich beschreibt. Der Pulitzer-Preis von 1992 für Yergin war zweifellos berechtigt – wer zu diesem Buch greift, wird von einer fesselnden Darstellung des Ringens um eine ›Balance‹ zwischen Staat und Markt, zwischen Staat und Wirtschaft seit 1945 gefesselt werden. Wer wissen will, warum und wie eine solch radikale Wendung der Ausgestaltung von kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft greifen konnte, wird als kritischer Leser viel über die Auseinandersetzung um die effektivste Profitrealisierung erfahren. Er wird begreifen, daß eine solche Suggestivkraft wie die der Autoren ausschlaggebend für den Siegeszug von Ideen, weniger von harten Fakten war und ist.

Ja, hier ist ein Buch der Gegner eines Zuviels an Staatseinfluß für seine Offenheit und Stringenz zu loben. Es besticht weniger durch Fakten und Wirtschaftszahlen. Vielmehr wird eine zwingende Argumentation entwickelt, die erklärt, warum es in den ausgehenden siebziger Jahren Margaret Thatcher und ihrem ›Denkminister‹ Keith Joseph gelang, zunächst in Old England das Ruder herumzuwerfen. Sie machten die Ideen von Hayek und Friedman politikfähig. Dagegen blenden die Autoren die treibenden wirtschaftlichen Interessen aus. Sie kommen völlig mit der Darstellung jener ideologischen Mächte und Bewegungen aus, die nicht nur an der Oberfläche erfolgreich den hegemonialen Block weg vom Keynesianismus und hin zur »Befreiung von Staatsdirigismus« und Privatisierung umfunktionierten, den Wandel vom »rheinischen« zum »angelsächsischen« Kapitalismus.

Für sie spielen Technologierevolution und Informationstechnologien eine wichtige Rolle, ohne sich dabei allzu sehr aufzuhalten. Ebenso en passant wird die Globalisierung – heute Alibi für Sozialabbau und Standortkampf – nur gestreift. Auch die Systemauseinandersetzung und alternative Gesellschaftskonzepte spielen nur am Rande eine Rolle. Allein der Erfolg der marktwirtschaftlichen Transformation in Osteuropa und des chinesischen Kurswechsels unter Deng Xiao-ping berühren. Bezeichnenderweise fehlt jegliche Häme für den Niedergang des Realsozialismus. Die Autoren vermuten gar, daß ein Zusammenbruch in den siebziger Jahren weit mehr Berührungspunkte gebracht hätte, weil damals im Westen Planifikation, Staatseigentum und Sozialstaatlichkeit dominierten. Der Zusammenbruch 1989/91 ist nicht ihr Problem, bestätigt aber den Befund, daß sich der Staat aus der Wirtschaft sowohl als Eigentümer wie übermächtiger Regulator zurückziehen muß und bestenfalls die Rolle als »Schiedsrichter« behalten darf.

Allein, das Buch enthüllt nicht nur die ideologischen Mechanismen des Paradigmenwechsels zum Thatcherismus und schließlich zum generellen Rückzug des »starken Staates«. Für den kritischen Leser, der sich nicht so rasch vereinnahmen läßt und an einer notwendigen politischen Bändigung der Wirtschaft festhält, bietet das Buch auch den Vorteil, daß eine überzeugende Geschichte der gemischten, regulierten Wirtschaft in den ersten drei Nachkriegsjahrzehnten erzählt wird. Mit unterschiedlicher Ausprägung in Westeuropa, aber auch den USA machte der Staat eingreifende Wirtschaftspolitik. Deutlich wird, daß die Wirtschaftskrisen der siebziger Jahre dieses von Keynes beeinflusste System insgesamt in eine Krise stürzten, in der die nie verstummen Forderungen nach Laissez-faire der Marktkräfte nun auch in breiten Wählerschichten, in der Intelligenz und bei den politisch Verantwortlichen wieder Gehör fanden. Die scheinbar so neutrale Darstellung des »Kampfes um die angemessene Balance zwischen Staat und Markt« (S. 7) entpuppt sich als parteiische Streitschrift für die Marktdominanz, genauer der Wirtschaft, der dort einflußreichen Eliten, des Profits. Der angebliche Ausweg einer Aktionärsdemokratie breit gestreuter Aktien sollte angesichts der realen Vertei-

lung wirtschaftlicher Macht auch weniger skeptische Leser zweifeln lassen.

Auffällig ist, daß die Autoren just 1945 mit ihrer Darstellung einsetzen. Nach einer vorgeblich langen Zeit der freien Konkurrenz begann nun eine aus Nachkriegssituation und Einfluß des sowjetischen Planwirtschaftsmodells geborene Entwicklung, die erfolgreich, aber dennoch zum Scheitern verurteilt war. Wenig erfährt der Leser über die staatskapitalistischen Eingriffe im 1. Weltkrieg oder über die weit radikaleren Folgen sowohl von Nationalsozialismus wie New Deal. Auch das sowjetische Modell mit seinen unterschiedlichen Nuancen hätte eine differenzierte Betrachtung verdient. Entlarvend ist der Verzicht auf eine kritische Analyse der Resultate jenes Paradigmenwechsels hin zu einem allein dem Profit unterworfenen Kapitalismus, in dem sich das schnellere, innovativere, finanzkräftigere, stärkere Kapital durchsetzt. Da werden Großbritannien und Neuseeland gelobt und nicht über die fatalen Folgen der Privatisierung reflektiert, massive Arbeitslosigkeit und das mit poor working erkaufte »Jobwunder« werden nicht problematisiert. Kein Wunder ist das fast durchgängige Ausblenden des skandinavischen Entwicklungsweges, der trotz aller Schwankungen und Abstriche doch noch hartnäckig der schönen neuen Kapitalwelt widersteht.

Für linke Politik sollte allerdings klar sein: Ohne Aufweichen der ideologischen Grundlagen des bestehenden Systems, ohne Aufzeigen seiner Verirrungen und letztlich sozialen, humanen Ineffizienz, ohne ein Kippen des historischen Blocks und dem Gewinnen einer geistig-kulturellen Hegemonie haben schlechte wie gute wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativen kaum eine Chance. Yergin und Stanislaw machen eine entscheidende Rechnung auf: Sie verlangen von ihrem Kapitalismus »kluge Vorsicht« für einen Marktkonsens, der soziale Risiken mindert und Legitimität durch »Selbstbeschränkung«. Sie sehen, daß hier die Moral des deregulierten Kapitalismus schwach ist. Dagegen »ist die moralische Anziehungskraft des Sozialismus und der staatlichen Intervention klar und deutlich: Selbstlosigkeit, Mitgefühl, Sympathie und Solidarität unter den Menschen; Würde und soziale Verbesserungen; Gerechtigkeit und Fairness; Hoffnung.« Das Marktsystem

habe so etwas nicht zu bieten, wirke eher über das, »was es ermöglicht, als in dem, was es tut«. Sein Vorteil: Es bietet Resultate und Möglichkeiten über den Eigennutz, der auch der Gesellschaft diene und es schütze vor der »willkürlichen und unkontrollierten Macht des Staates«. Ihre Furcht: Daß diese Maximen nicht funktionieren und dann der Staat gegen »den Missbrauch privater Macht und das Gespenst roher Gier« wieder eingreife. (S. 538/539)

STEFAN BOLLINGER

Uwe Jens, Hajo Romahn (Hrsg.):
Der Einfluß der Wissenschaft
auf die Politik, Metropolis Verlag
Marburg 2002, 162 S. (16,80 €)
Erwin Weissel:
Politik für Profiteure.
Die politische Ökonomie
des Neoliberalismus,
Promedia Verlag Wien 2002,
208 S. (17,90 €)

Unbestritten ist zweifellos, daß die Wissenschaft auf die Politik in bestimmtem Maße Einfluß ausübt. Inwieweit dies aber im Konkreten der Fall ist, unter welchen Bedingungen und mit welchen Ergebnissen, ist Gegenstand der Diskussion. Dabei ist man sich einig, daß dieser Einfluß in den letzten Jahrzehnten eher zurückgegangen ist und die Wissenschaft der Politik heute weniger beratend als vielmehr dienend gegenübertritt. Dies wird besonders auf sozial- und wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet deutlich, was Anlaß ist, über die Ursachen dieser Entwicklung nachzudenken. Neben der durchaus unterschiedlichen Regeln folgenden politischen und ökonomischen Logik scheint hierfür der wachsende Einfluß »mächtiger Interessengruppen« aus der Wirtschaft auf die Politik von Bedeutung zu sein. »In dem Maße« nämlich, so Uwe Jens, »wie die Lobby Einfluß auf die Politik gewinnt, vermindert sich die Einflussmöglichkeit der Wissenschaft« (I, S. 19). Andererseits, so Paul Klemmer, fehlt es den Beratern nicht selten »an empirischer Kompetenz« (I, S. 33), was

dazu führt, daß das nüchterne Geschäft der Politikberatung »ideologisch überfrachtet« wird. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang auch eine »gewisse Pfadabhängigkeit« der wissenschaftlichen Berater, was dazu führt, daß bestimmte Schulen und Richtungen im Beratungsgeschäft dominieren. In der Wirtschaft ist das gegenwärtig ganz eindeutig die neoliberale Richtung, womit sich das zweite hier vorgestellte Buch, die Studie von Erwin Weissel, kritisch auseinandersetzt. Indem sich die Volkswirtschaftslehre von einer politischen Wissenschaft zu einer esoterischen Disziplin entwickelt hat, die ihre Aufgabe vor allem in der »Analyse formaler und selbstdefinierter Probleme« (I, S. 63) sieht, nicht aber in der Lösung praktisch relevanter Fragen, hat sie ihren Niedergang als gesellschaftlich relevante Disziplin selbst mitverschuldet, so Bert Rürup und Kilian Bizer. Die Autoren fordern eine »Neuorientierung im Sinne einer Rückbesinnung auf die Wurzel« der Disziplin als *politischer Ökonomie*. Dies schließt ein, den »Wert ihrer Erklärungen an den daraus erwachsenden Gestaltungsoptionen für die Gesellschaft zu messen« (S. 63). Wahrlich, eine interessante Position, bloß daß dabei unberücksichtigt bleibt, daß der gegenwärtige Zustand der Volkswirtschaftstheorie politisch gewollt ist und dem pragmatischen neoliberalen Politikverständnis bestens entspricht. Hinzu kommt, daß im Selbstverständnis deutscher Wissenschaftler »operatives und entscheidungsorientiertes Denken« alles andere als selbstverständlich ist, da es »unterhalb der Professorenwürde rangiert« (I, S. 99) und schon deshalb schwer zu erreichen sein wird. Aber auch die Politik tut sich schwer mit wissenschaftlichen Vorgaben. So dienen zum Beispiel 80 Prozent der teilweise sehr teuren Gutachten, welche die Politik in Auftrag gibt, nicht wirklich der Entscheidungsfindung, sondern lediglich der nachträglichen Legitimierung bereits getroffener Entscheidungen (I, S. 105). Das Resümee ist folgerichtig für beide Seiten gleichermaßen niederschmetternd, für die Wissenschaft wie für die Politik: So schreibt Rüdiger Pohl: »Auf die heutige Wirtschaftspolitik hat kein Ökonom überhaupt einen Einfluß. Die Politiker haben nämlich entdeckt, dass Wirtschaftspolitik ohne eine konsistente theoretische Basis am bequemsten

ist. Zur Beruhigung der Ökonomen betraut man dieselben zwar mit Gutachten, die dann aber nach kurzer Rosinenpickerei sogleich in der Registratur landen.« (I, S. 131). – Die Vorgaben für die Politik kommen offensichtlich von anderer Seite, von den Mächtigen der Wirtschaft, den Vermögenden, den *Shareholdern*, die sich mit der neoliberalen Theorie eine brauchbare, ihre Herrschaft untermauernde »Ideologie« herangezogen haben.

Mit dieser Ideologie beschäftigt sich das zweite der beiden Bücher, wie der Titel uns schwer zu erkennen gibt. Sein Autor, der österreichische Volkswirtschaftspolitikprofessor Erwin Weissel, Jahrgang 1930, analysiert den Neoliberalismus sehr praktisch orientiert als Vorlage für eine »Politik für Profiteure«. Dies gelingt ihm jedoch nur partiell, da er bei seiner Kritik auf ein Gegenkonzept oder -konstrukt bewußt verzichtet und sich statt dessen in allgemeinen Erörterungen der zahlreichen Ungereimtheiten des Neoliberalismus ergeht. Stil und Anlage des Buches gleichen dabei eher einem langen Essay als einem Fachbuch. So verzichtet der Autor großzügig auf wissenschaftliche Exaktheit, Quellenverweise und Belege für die von ihm vertretenen Positionen. Statt dessen finden sich leicht lesbare Beschreibungen von Wirkungszusammenhängen und Ausflüge in Randgebiete der Politik. Zweifelsohne vermittelt das Werk dem Leser nützliche Einsichten in die komplexen Zusammenhänge der modernen Wirtschaftsgesellschaft. Diese sind jedoch gespickt mit zahlreichen Plattheiten und nicht frei von Fehlurteilen. So ist zum Beispiel davon die Rede, daß »1989 eine Angleichung der Löhne in den Neuen Bundesländern« (II, S. 22) durchgesetzt worden sei. 1989! – Dies ist doppelt falsch, sowohl was den Zeitpunkt anbetrifft als auch hinsichtlich des Faktus. Von einer Angleichung der Löhne kann bis heute nicht gesprochen werden.

Breiten Raum widmet der Autor dem Aspekt der »Verdinglichung« ökonomischer Verhältnisse im Kapitalismus bzw. dem »Fetischismus« in der Waren- und Geldwirtschaft. Dabei stellt er fest, daß »der Bürger in der gängigen, im wesentlichen auf dem Neoliberalismus beruhenden Argumentation mit Begriffen genarrt wird, die Dinge bezeichnen, hinter denen jedoch Menschen versteckt sind«

(II, S. 122 f.). Beispiele dafür sind »die Wirtschaft«, »der Markt«, »die Börse«, »die Globalisierung«. Blickt man hinter die Dinge, so sieht man die Unternehmer, die Manager, die Vermögenden mit ihren jeweiligen Interessen. »Die Verdinglichung dient ... dazu, nicht nur die Gewinner samt deren Gewinn, sondern auch die Verlierer und deren Verlust zu verschleiern« (II, S. 124). Dies ist zutreffend, aber nicht neu. Es wäre besser gewesen, hier auf ein Gegenkonzept zum Liberalismus zu rekurrieren, zum Beispiel auf das von Karl Marx, um davon ausgehend bestimmte Weiterentwicklungen der Theorie vornehmen zu können. So wirkt das Ganze jedoch ziemlich abgegriffen. Plausibler erscheinen da die wiederholt vorgenommenen methodischen Einwände gegen den Neoliberalismus sowie seine praktische Irrelevanz (II, S. 156 ff.). Als Lebensweisheit gibt der Autor dem Leser mit auf den Weg, daß der Neoliberalismus mit drei Illusionen behaftet sei, die es zu überwinden gilt: Erstens der Eindruck, die Wirtschaft stehe im Mittelpunkt der Politik und die anderen Bereiche seien lediglich der Rahmen für die Ökonomie. Hinter dieser falschen Auffassung verbirgt sich die Absicht der Wirtschaftsbesse, die Gesellschaft zu dominieren. Zweitens gibt der Neoliberalismus vor, bei anstehenden Entscheidungen alle Möglichkeiten des Handelns umfassend abzuwägen. Dies ist jedoch mitnichten der Fall: Er wählt immer nur diejenigen aus, die seinem Konzept zuträglich sind und ignoriert systematisch alle anderen Optionen. Drittens verbreitet der Neoliberalismus den Anschein, die Wirtschaft wäre einfach konstruiert und mit simplen Lösungen zu beherrschen. Aber auch das ist eine Illusion. Lösungen wie »weniger Staat, mehr privat« helfen deshalb, so der Autor, nicht weiter (II, S. 207). Insgesamt wird deutlich, daß der Neoliberalismus keine in sich konsistente Theorie darstellt, sondern lediglich eine »Ideologie der Vermögenden« ist, mit deren Hilfe die Reichen und Mächtigen in der Gegenwart versuchen, ihre Vorherrschaft in der Gesellschaft zu »begründen« und zu zementieren.

ULRICH BUSCH

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Schlußbericht der Enquete- Kommission. Globalisierung der Weltwirtschaft, Leske + Budrich Opladen 2002, 620 S. (24,90 €)

Als erstes Parlament der Welt hat der Deutsche Bundestag eine Kommission eingerichtet, die sich mit den Fragen der Globalisierung beschäftigt. Daß das Interesse der Öffentlichkeit und noch mehr die der deutschen Bildungseinrichtungen an den Herausforderungen der Globalisierung sehr hoch ist, zeigt sich daran, daß bereits der Zwischenbericht der Enquete-Kommission nach kurzer Zeit vergriffen war.

Bei der Erstellung des Schlußberichts verfolgt die Kommission drei zentrale Fragestellungen: 1. Was sind die Gründe, die zur Globalisierung der Weltwirtschaft geführt haben? 2. Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft? 3. Welche Handlungsoptionen auf nationaler und internationaler Ebene können verantwortungsvoll die weiteren Entwicklungen beeinflussen? Sechs Arbeitsgruppen, die sich aus 13 Abgeordneten sowie 13 Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzen, beschäftigten sich mit Chancen der Globalisierung und Lösungsmöglichkeiten negativer Globalisierungseffekte. Berücksichtigt wurden wissenschaftliche Studien, globalisierungsrelevante Literatur und insgesamt 40 externe Expertisen. Das Ergebnis ist ein komprimierter Bericht, der an nuancierten Betrachtungen, Analysen und Handlungsempfehlungen kaum zu überbieten ist. Er ist schon allein deshalb lesenswert, um die in der Öffentlichkeit vorherrschenden medienwirksamen und deshalb auch verkürzten Argumentationen kritisch hinterleuchten zu können. Er ist aber auch lesenswert, weil sich mit dem Schlagwort »Globalisierung« auf der ganzen Welt viele Hoffnungen, aber auch viele (radikale) Kritiken und Ängste verknüpfen. Diese emotionalen Auseinandersetzungen gilt es zu entwirren und Instrumente aufzuzeigen, welche die oftmals gefühlte Machtlosigkeit überwinden und Mitgestaltung ermöglichen können.

Daß die Globalisierung zu einem der wichtigsten politischen Themen avanciert ist, zeigt sich in einer Reihe aktueller politischer Handlungsfelder, welche direkt oder indirekt mit diesem Gegenstand verknüpft sind: Die Diskurse um die Verschuldung von Entwicklungsländern, die effektivsten Strategien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die optimale Steuerpolitik, die Debatte um einen globalen Klimaschutz, den Atomausstieg, den Import embryonaler Stammzellen und nicht zuletzt um die Handlungsspielräume von Nationalstaaten bei gleichzeitiger Europäisierung und Internationalisierung.

Die gesetzten Themenschwerpunkte der Arbeitsgruppen versuchen die meisten politisch wichtigen Debatten zu integrieren: Mit welchen Reformen kann den Herausforderungen der globalisierten *Finanzmärkten*, wie zum Beispiel Finanzkrisen, Verschuldungen und Segmentationen begegnet werden? Wie kann der Handel und Wettbewerb in den globalisierten *Waren- und Dienstleistungsmärkten* transparent gemacht und effektiv gesteuert werden? Wie kann der deutsche *Arbeitsmarkt* international wettbewerbsfähig bleiben und gleichzeitig potentielle Globalisierungsverlierer integrieren? Wie kann Deutschland mit einer Bildungspolitik auf die wachsenden Anforderungen einer *Wissensgesellschaft* reagieren? Welche Maßnahmen fördern die *soziale Gerechtigkeit* und *Geschlechtergerechtigkeit* und gewähren Schutz sowie die Einhaltung der Menschenrechte? Wie können *Ressourcen* durch eine nachhaltige Politik und Ressourceneffizienz sowie Technologietransfer sinnvoll genutzt werden? Welche Handlungsoptionen bestehen im Zuge der Herausforderungen durch den *demographischen Wandel* der Weltbevölkerung? Und schließlich: Wie können verloren gegangene Handlungsspielräume des Nationalstaats durch eine *Global Governance* zurückgewonnen werden?

In den insgesamt zehn Kapiteln dieses Berichts werden über 200 Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Doch wurde einigen Vorschlägen, wie etwa zu einer stärkeren Regulierung der Finanzmärkte oder zu einer Einführung der Devisenumsatzsteuer, nicht einheitlich zugestimmt, da sie von den Fraktionen und den Mitgliedern der Kommission sehr kontrovers diskutiert wurden. Nicht zu-

letzt hierin zeigt sich die Schwierigkeit einer effektiven Steuerung von Globalisierungsprozessen, zumal intendierte Wirkungen ausbleiben oder unerwartete Nebeneffekte haben können. Alles in allem: Die weltweite politische Gestaltung der Globalisierung steckt noch in den Kinderschuhen und handlungsfähig sind diejenigen, die sich eh schon als Zentren der Weltwirtschaft wähen können. Inwieweit man semantisch von einer *Global Governance* sprechen kann, ist deshalb fragwürdig.

JUSTINE SUCHANEK

Deutscher Bundestag.

Enquete-Kommission

»Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«: Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Leske + Budrich Opladen 2002, 851 S. (29,80 €)

Der vorliegende Bericht »Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft« ist als Band 4 einer Schriftenreihe erschienen, die innerhalb eines öffentlichen Diskurses wichtige Anregungen für eine Stärkung der Bürgergesellschaft und eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft geben will. Die Enquete-Kommission konstituierte sich am 14. Februar 2000 und hat bis zum Juni 2002 über Sitzungen, öffentliche Anhörungen, Expertengespräche sowie durch zahlreiche Gutachten von externen Sachverständigen eine bemerkenswerte Bestandsaufnahme von Strukturen und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland erarbeitet. Um die Arbeitsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen zu können, wurde eine Schriftenreihe ins Leben gerufen, in der auch dieser Bericht erschien. Auf 851 Seiten erhält der interessierte Leser hier einen Überblick über das in Deutschland existierende Bürgerengagement. Ferner enthält der opulente Band Handlungsempfehlungen zur weiteren Förderung der bürgerschaftlichen Mitwirkung.

Struktur und Aufbau des Berichtes entsprechen dessen Charakter als umfangreiches Nachschlagewerk und Arbeitshandbuch für Politiker, Multiplikatoren, Initiatoren und Förderer bürgerschaftlichen Engagements in jedweder Form. Der Bericht ist in drei Teile gegliedert. Im Teil A wird in umfassender und informativer Weise eine Begriffsbestimmung und -abgrenzung der behandelten Gegenstände vorgenommen, werden die historischen Traditionslinien von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement entwickelt sowie Zeitbezüge hergestellt. Darüber hinaus werden, für jeden nachvollziehbar, Zugänge zum bürgerschaftlichen Engagement der jeweiligen Fraktionen des Deutschen Bundestages aufgezeigt. Im Teil B erfolgt dann eine umfangreiche, wenn auch nicht vollständige Bestandsaufnahme und Analyse des bürgerschaftlichen Engagements. An Beispielen ausgewählter Handlungsfelder (Sport, Kultur, Religion, Umwelt und Soziales), ausgewählter sozialer Gruppen (Frauen/Männer, Kinder/Jugendliche, Seniorinnen/Senioren, Migrantinnen/Migranten) und bestimmter organisatorischer Seiten (Vereine, Verbände, Stiftungen, Freiwilligendienst) werden Bedeutung, unterschiedliche Inhalte, Ziele, Formen, Aspekte und Rahmenbedingungen der gesellschaftlichen Mitwirkung dargestellt. In einzelnen Abschnitten des Teils B werden Zusammenhänge des bürgerschaftlichen Engagements zu anderen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens hergestellt, wie zum Beispiel »Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit« und »Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat«. Im Teil C geht es um konkrete »Handlungsempfehlungen und Entwicklungsperspektiven in Staat und Gesellschaft«. In diesem Teil beschränkt sich die Darstellung der Enquete-Kommission unter anderem auf die Möglichkeit einer Erweiterung von Beteiligungsrechten der Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene, auf die institutionelle Verstärkung der Engagementförderung, auf die Verbesserung der steuerrechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der Entbürokratisierung. Hervorhebenswert sind die Leitlinien der Enquete-Kommission, welche die eigene Position zum bürgerschaftlichen Engagement widerspiegeln.

»Für die Gestaltung der Bürgergesellschaft ist es von entscheidender Bedeutung, engagementförderliche Bedingungen, Gelegenheitsstrukturen sowie Lern- und Erfahrungsräume in den Familien, im Bildungs- und Erziehungssystem sowie in der Erwerbsarbeit zu schaffen. Diese Gelegenheitsstrukturen sind notwendig, um zivilgesellschaftliche Kompetenzen zu erwerben und bürgerschaftliches Engagement einzuüben.« (S. 21) Mit dieser Aussage bringt sich dieses Buch sehr gut in den gegenwärtigen Diskurs über Lebenskultur, Lernkultur und Arbeitskultur in unserer Gesellschaft ein. Wir können auf weitere Veröffentlichungen der Arbeitsergebnisse der Kommission gespannt sein.

SIGRID BUSCH

**Franz Josef Radermacher:
Balance oder Zerstörung.
Ökosoziale Marktwirtschaft
als Schlüssel zu einer weltweiten
nachhaltigen Entwicklung,
Ökosoziales Forum Europa
Wien 2002, 312 S. (15 €)**

Mit der »Formel für Wachstum und Gerechtigkeit« dürfte Franz Josef Radermacher der Diskussion um Wege zu mehr Nachhaltigkeit einen wichtigen Impuls gegeben haben. Dazu wird auch die zuspitzende Formel 10 Æ 4:34 und die Forderung eines beschleunigten Wirtschaftswachstums beitragen.

Der Autor, Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler, Professor für angewandte Informatik und Leiter des Forschungsinstitutes für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm, zentriert seine Untersuchung auf drei Fragen: (1) die Equity (Gerechtigkeit) – Frage des weltweiten sozialen Ausgleichs bei ökologischer Nachhaltigkeit, (2) wahrscheinliche Entwicklungspfade bei unterschiedlichen politischen Weichenstellungen, insbesondere auch die Gefahren, die mit der gegenwärtigen Orientierung der US-Administration unter George W. Bush verbunden sind und (3) die notwendigen Schritte zu einem Weltgesellschaftsvertrag für eine ökosoziale Marktwirt-

schaft. Er konstatiert den Zustand einer »globalen Apartheid«, gekennzeichnet durch unerträgliche Ungleichheit; ein Zustand, der »absolut nicht zukunftsfähig ... und langfristig nicht haltbar (ist)« (S. 116). Diese Ungleichheit quantifiziert er mittels eines neuen Ansatzes für die Messung der Verteilung, den sogenannten Equity-Faktor. »Dieser neue Ansatz ist unmittelbar durch die EU-Definition von Armut inspiriert. In dieser Definition werden Menschen als arm definiert, wenn sie über weniger als das halbe Durchschnittseinkommen verfügen« (S. 78). Aus der Definitionsgleichung für den Equity-Faktor ergibt sich ein Faktor von 1:1 (100 %) bei völliger Gleichverteilung und ein Faktor von 1:2 (50 %) bei einer Verteilung mit 75 % der Bevölkerung unter dem Durchschnittseinkommen.

Es soll hier nicht auf die mathematische Seite seiner Überlegungen eingegangen werden – seine Ergebnisse ähneln nach eigener Einschätzung denen, die bei Berechnung von anderen Meßgrößen für die soziale Ungleichheit, zum Beispiel Gini-Koeffizienten, entstehen (S. 80) –, vielmehr sollen zwei empirische Ergebnisse, die für die weiteren Überlegungen essentiell sind, vorgestellt werden: *Erstens* haben industriell hochentwickelte Länder Equity-Faktoren zwischen 46 % (USA) und 65 % (Österreich). *Zweitens*: Wird nicht die Ungleichheit innerhalb der Länder gemessen, sondern die Welt als Ganzes, das heißt, wird nicht die soziale Schichtung eines Landes untersucht, sondern die einzelnen Länder als Teil der Welt insgesamt, so ergibt sich ein Faktor von 12,5 %. Dieser Faktor liegt noch unterhalb des Faktors von Brasilien (27 %), dem Land mit der größten sozialen Ungleichheit auf der Erde (S. 84 f). In der Analyse der Ursachen legt Radermacher kein systematisches Konzept vor, vielmehr finden sich Äußerungen zu diesem Komplex an verschiedenen Stellen der Arbeit, dann jedoch teilweise sehr rigoros. Die Weltwirtschaft leide unter einem falschen »ökonomischen Design« (S. 39), gekennzeichnet von »Vorteilsnahme«, »Plünderung« und »Elementen von struktureller Gewalt« (S. 42). Der Autor läßt keinen Zweifel daran, daß es die »Ungerechtigkeit der Eigentumsordnung« (S. 97) ist, die zu Ungerechtigkeiten führt und daß das »Paradigma einer immer weiter gehenden Deregulierung« einen para-

digmatischen oder Systemfehler hat (S.156). Letztlich macht er die »Freihandelslogik« für die schwerwiegenden Fehlentwicklungen der Weltwirtschaft verantwortlich: »In einer Welt mit falscher Ordnung rechnet es sich, das Falsche zu tun« (S. 249). Die wahrscheinlichen Entwicklungen der nächsten fünfzig bis hundert Jahre beschreibt Radermacher anhand von vier Szenarien, die anhand von jeweils zwei Fragestellungen geordnet werden: Werden die ökologischen Grenzen des Wachstums berücksichtigt? Und: Kommt es zu konsensbasierten Lösungen unter Beachtung der bürgerlichen Freiheiten? Bei der Behandlung dieser Szenarien geht er besonders ausführlich auf zwei Entwicklungsmöglichkeiten ein: die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Welt handelsordnung, verbunden mit der Zementierung der sozialen Ungleichheit bei Absicherung des in den reichen Ländern erreichten Standards durch massive Sicherheitsmaßnahmen (Szenario B) und die ökosoziale Marktwirtschaft, das heißt die Berücksichtigung ökologischer Grenzen und der Freiheits- und Menschenrechte bei Steigerung der Equity (Szenario C).

Radermacher sieht starke Anzeichen dafür, daß die USA die Ereignisse vom 11. September 2001 dafür benutzen, um auf egoistische Weise ein Szenario vom Typ B durchzusetzen. Bei der Kritik an diesem Weg läßt er es an starken Worten nicht fehlen; für ihn ist der 11. September eine »Reaktion«, wenn auch unangemessen und verurteilenswert, des Südens auf die globale Ungerechtigkeit: »...den etwa dreitausend Opfern des Anschlages vom 11. September (stehen) mindestens vierundzwanzigtausend Menschen gegenüber, die täglich weltweit verhungern« (S. 190). Die Formen dieser Strategie analysiert er anhand der US-Politik und am Beispiel Israels. Er ordnet diesem Szenario eine hohe Wahrscheinlichkeit zu; es sei äußerst gefährlich und vermag die aufgezeigten globalen Probleme letztendlich nicht zu lösen: »Kommt es wegen der Auflehnung der Zivilgesellschaft gegen die Sicherheitsmaßnahmen früher zum Crash oder kann der Druck im Kessel noch etwas länger gehalten werden, so daß der Crash erst später kommt? Ein Crash, vielleicht in Form von Terror, als Reaktion auf das massive Verhungern rund um den Globus bei gleichzeitigem

großen Reichtum an der Spitze der Pyramide und als deutlicher Ausdruck des Widerstands gegen eine für jeden ethisch geprägten Menschen offensichtliche und unerträgliche Ungerechtigkeit, die dieser Form globaler Ordnung innewohnt.« (S. 196) Zwei wesentliche Schlußfolgerungen werden aus der Analyse dieses gegenwärtigen weltpolitischen Trends deutlich: Es wird keine nachhaltige Entwicklung geben, wenn die USA nicht in eine Trendwende einbezogen werden können und er unterstreicht zweitens die Notwendigkeit einer Wende, eines »new deal« als einer Frage von Krieg und Frieden. Es ist nicht ein ökologischer Kollaps, der die Welt in nächster Zeit bedroht, sondern der Krieg um knapper werdende Ressourcen. Vgl. hierzu seinen Beitrag in *UTOPIE kreativ* 148 (Februar 2003).

Den Ausweg in Richtung auf eine zukunftsfähige Entwicklung (Szenario C, oder auch »dritter Weg«) verbindet er mit vier Momenten: (1) die Formel 10 ÷ 4:34; (2) die ökosoziale Marktwirtschaft; (3) das Konsensmodell und einen Weltvertrag; (4) eine sogenannte Doppelstrategie zur Verhinderung der sicherheitspolitischen Hegemonie der USA.

Einen völligen sozialen Ausgleich lehnt Radermacher ab, dies sei »extremer Kommunismus«. Für eine hohe Gleichverteilung zahle man als Preis den Verlust an Dynamik (S. 86). Aber der gegenwärtige Zustand sei »absolut nicht friedens- und zukunftsfähig« (S. 85) und ebenso mit niedrigerem Wachstum verbunden. Das mindestens anzustrebende Ziel sei zunächst ein Wert von 47 % (S. 127).

Die Formel 10 ÷ 4:34 beinhaltet die Wachstumsrelationen zwischen Nord und Süd, wenn innerhalb von etwa 50 Jahren dieses Verteilungsziel erreicht werden soll, nämlich eine Vervierfachung des Konsumniveaus in den hochentwickelten Ländern, während es sich in den Entwicklungsländern auf das 34fache steigern muß (S. 127 f.). Weltweit steigt das Bruttosozialprodukt damit insgesamt um den Faktor 10, wobei der Autor von einem »doppelten Faktor 10« (S. 29) ausgeht und dieses Wachstum eine Verzehnfachung der Ökoeffizienz einschließen muß.

Auch wenn diese Dynamik illusorisch erscheint (Die Wirtschaft der Entwicklungsländer wuchs mit einer Rate von 3,2 % im Durchschnitt der letzten Jahre; mit diesem Wachs-

tum könnten sie ihr BSP bis 2050 verfünffachen. Die entsprechende Rate der OECD-Länder lautet 1,5 %, was eine Verdopplung bedeuten würde.), so wird damit zumindest die Richtung und die Dynamik deutlich, die erforderlich wären, um in absehbarer Zeit zu einem globalen Ausgleich zu gelangen. Die Bedingung für eine solche Entwicklung in den nächsten fünfzig bis hundert Jahren sieht Radermacher in der Schaffung einer ökosozialen Marktwirtschaft, wobei er auf Josef Rieglers Konzept verweist, in einem neuen »weltökonomischen Design« (S. 258) mittels eines Weltvertrages, für den er konkrete Schritte der Implementierung entwickelt, und einer massiven Aufrüstung Europas, um die Hegemonie der USA brechen und mit ihr »auf gleicher Augenhöhe« operieren zu können, »auch wenn das im weitesten Sinne gegen die soziale Logik Europas ist« (S. 289). Radermacher bezeichnet dies als Doppelstrategie, weil Europa zwar erklärt, die Aufrüstung sei nicht gewünscht, aber mit einer stärkeren Aufrüstung droht für den Fall eines amerikanischen Alleingangs.

In der EU sieht Radermacher das Modell eines zukunftsfähigen Weltsystems. Im Rahmen dieses Modells werde mit den neuen Mitgliedern über »Kompensationen« verhandelt: schrittweise Akzeptanz der erforderlichen sozialen und ökologischen Standards durch die neuen Staaten im Ausgleich für die Einbeziehung in das ökonomische System mit entsprechenden Kompensationszahlungen. Detailliert beschreibt er die Schrittfolge zur Übertragung dieses Modells in die Dimension eines Weltvertrages. Seine zeitliche Abfolge sieht für 2052 die »volle Implementierung einer Welt-demokratie (Rio + 50)« vor (S. 267). So sympathisch und notwendig dem Rezensenten das Entwerfen einer Langfriststrategie mit dem Ziel eines Weltvertrages und einer Weltdemokratie scheint, so problematisch erscheint ihm deren Inhalt. Obwohl an vielen Stellen die dem bestehenden System innewohnenden Fehlorientierungen für die wirtschaftliche Entwicklung benannt werden, will nicht recht einleuchten, warum die EU, die seit ihrem Bestehen fester Bestandteil des Systems ist und die bisherige Fehlentwicklungen keineswegs verhindern konnte, nun als die Lösung der globalen Probleme betrachtet wird. Problema-

tisch scheinen dem Rezensenten auch die Überlegungen zur europäischen Rüstungspolitik, weil damit faktisch ein neues Wettrüsten, diesmal zwischen der EU und den USA, in Gang gesetzt würde. Diese Vorbehalte schmälern freilich nicht den großen Gewinn, den die Lektüre des Buches zurückläßt.

JÜRGEN LEIBIGER

Stephen Eric Bronner:
Imagining the Possible.
Radical Politics for Conservative
Times, Routledge New York &
London 2002, 240 p. (19,95 US\$)

Mit Stephen Eric Bronner hat ein Protagonist transatlantischen sozialistischen Denkens eine Essaysammlung unter dem Titel *Das Mögliche denken* veröffentlicht. Die Sammlung umspannt einen Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren, in dem sich der Autor, Professor an der Rutgers University für politische Wissenschaft und vergleichende Literaturwissenschaft, kritisch mit einer Reihe von Fragen auseinandersetzt. Das Buch gliedert sich in drei Teile: Part 1 »Radical Impulses« kann als eine grundlegende Auseinandersetzung mit sozialistischen Denkschulen und Teilbewegungen betrachtet werden. In Part 2 »Words and Deeds« reflektiert Bronner auf das Handeln und Denken verschiedener Politiker und Wissenschaftler, deren Worte und Taten ihn inspiriert haben. Part 3 schließlich »In Pursuit of Progress« formuliert angesichts bestehender sozialer Verhältnisse Handlungsoptionen für die Linke.

In Erinnerung an Rudi Dutschke schrieb Bronner den Essay »The socialist project« (Part 1). Hier untergliedert er die sozialistische Bewegung in zwei Hauptströmungen, die sozialdemokratische und (seit 1917) die kommunistische. Obwohl beide aus der marxistischen Tradition hervorgegangen sind, bildeten sich schon früh Unterschiede im Verständnis des Begriffs »Sozialismus« heraus. Bronner rekurriert auf Marx, Gramsci, Lukács und Bloch. Mit Bernstein und Lenin jedoch erfuhr der Sozialismus seine Teilung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel. Beide diskreditieren die sozialistische Idee

noch heute: der Kommunismus, indem er schlicht und einfach mit dem Begriff der Repression verbunden ist, der Sozialdemokratismus, indem er zu einer technokratischen Maschinerie verkommen ist, welche die Prinzipien und Ziele des Sozialismus um des reinen Machterhalts des Parteiapparates über Bord geworfen hat und täglich wirft. Aber, so führt Bronner aus, mit der Studentenbewegung von 1968 (Dutschke) sei so etwas wie ein dritter Weg beschritten worden: jenseits von Totalitarismus und Opportunismus. In bezug auf Marx und den zentralen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus, daß nicht entscheidend sei, was sondern wie produziert wird, suchten die Studenten nach Lösungen, die in der »Autogestion« bestanden und sich an historischen Vorbildern wie der Pariser Kommune und den Sowjets und Arbeiterräten orientierten und in die Selbstverwaltung des Proletariats münden sollten (S. 22/23). Diesem Zugang zum Sozialismus mißt Bronner genügend Bedeutung bei, um einen weiteren Essay »Looking backwards: 1968 thirty years after« über die Bewegung von 1968, von Chicago über Prag, von Paris bis Berlin, folgen zu lassen.

Doch läßt sich hier schon ein zentraler Kritikpunkt festmachen. Nämlich die Zweiteilung der sozialistischen Bewegung in den Reformismus sozialdemokratischer Provenienz und den revolutionären Kommunismus. Die ursprüngliche Trennlinie verlief bekanntlich schon in der frühen Internationalen Arbeiter-Assoziation zwischen den marxistisch orientierten Sozialdemokraten (damals noch in Programm und Rhetorik sozialistisch revolutionär) und den sich an Bakunin orientierenden Anarchisten. Bei der verzweifelten Suche nach sich selbst hat die Linke eine ihrer Wurzeln nahezu komplett vergessen, obwohl der iberische Sozialismus primär anarchistisch war und es auch heute in diesen und lateinamerikanischen Ländern libertäre Tendenzen in der sozialistischen Bewegung gibt. Doch auch bei Bronner läßt sich beobachten, daß dieser Möglichkeit eines dritten Weges keinerlei Beachtung, weder theoretisch noch praktisch, beigemessen wird.

Äußerst empfehlenswert ist der Essay über Albert Camus »In the shadow of the resistance. Albert Camus and the Paris Intellec-

tuals« (Part 1). In der Analyse einiger Schriften Camus' gelingt es Bronner, ein eigenes literarisches Werk zu schaffen, in dem die politisch-moralische Darstellung Camus' im Vordergrund steht. Ein pures Lesevergnügen, auch wenn man Bronners Einschätzung, daß Albert Camus niemals ein großer politischer Denker war, so nicht teilen möchte (S. 40; vgl. dazu die gegenteilige Position: Lou Marin: Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus, Verlag Graswurzelrevolution 1998).

»Worte und Taten«, so ist der zweite Teil der Essaysammlung benannt. In diesem Teil erlangt das Buch seine größte Reichweite, setzt sich der Autor doch sehr lesenswert mit so streitbaren (und Bronner streitet) und weit links positionierten Personen der sozialistischen Vergangenheit wie Rosa Luxemburg (»Red dreams and the new millenium. Notes on the legacy of Rosa Luxemburg«) und ebenso streitbaren, aber weit weniger radikalen Wissenschaftlern wie Ulrich Beck (»Ecology, Politics and Risk. The social theory of Ulrich Beck«) auseinander. Ausgehend von Luxemburgs Dissertation, beschreibt der Autor die Grundlagen Luxemburgscher Politik und ihren (marxistischen) Glauben daran, daß der Kapitalismus seine antagonistischen Kräfte selbst produziert und von diesen revolutionär besiegt und beendet werden wird (S. 96). Bronner entwickelt einen Einblick in Luxemburgs Denken und bettet es in seinen historischen Kontext, kritisiert es aber methodisch zweifelhaft aus der Perspektive des Spätgeborenen und damit um die historischen Entwicklungen Wissenden. Beck hingegen wird als Eklektizist entlarvt, dessen Denken Anlehnungen bei Habermas, Luhmann, aber auch Marx oder Giddens nimmt und völlig untraditionell sei (S. 128). Bekanntlich werden Becks theoretische Überlegungen (unter anderem sein Modell einer Risikogesellschaft) mittlerweile unter den Theorien der Überwindung des Kapitalismus subsumiert (vgl. hierzu Nina Baur: Soziologische und ökonomische Theorien der Erwerbsarbeit. Eine Einführung, Campus Verlag Frankfurt/New York). Diese Konkurrenz von exogener revolutionärer und endogener selbstverursachter Zerstörung des kapitalistischen Systems zeigt die Bandbreite, in der man agieren kann, wenn man in Anknüpfung

an Bronners Buchtitel versucht, sich das Mögliche vorzustellen und radikale Politiken für konservative Zeiten zu denken. Auch wenn man dem Autor nur zustimmen kann, wenn er anhand seiner Kritik an Luxemburg befindet, daß die Revolution (momentan) kein Thema mehr für die westlichen Demokratien ist (S. 99).

»The rhetoric of reaction« (Part 3) ist im eigentlichen Sinne kein Essay, sondern eher eine essayistisch verfaßte Rezension des gleichnamigen Buches von Albert O. Hirschman (Hirschman: *The rhetoric of reaction. Perversity, futility, jeopardy*, Harvard University press, 1991). In Auseinandersetzung mit der Perversions-, Sinnlosigkeits- und Gefahrenthese macht Bronner all denen Mut, die bereit und willens sind, die bestehenden Verhältnisse verändern zu wollen. Die Thesen setzen an der verändernden Aktion an und besagen erstens, ganz frei nach Goethe, ich bin die Kraft, die Gutes will und Böses schafft. Dadurch, daß der Versuch einer sozialen Veränderung eines bestehenden Mißstandes häufig zu dessen Verschärfung führt, verdeutlicht diese Perversion die Sinnlosigkeit sozial verändernden Handelns. Gleichzeitig beinhaltet soziale Veränderung immer ein Gefahrenpotential, das es seinerseits sinnvoll erscheinen läßt, auf verändernde Aktionen zu verzichten. Diese Thesen lassen sich als die Rhetorik der Reaktion zusammenfassen. Nur Mut, möchte man mit Bronner sagen, es gibt genügend Gegenbeispiele, in denen sich der Wille zur Veränderung als eine Kraft erwiesen hat, die positive Resultate erzielen kann.

Bronner erreicht mit seinem Buch, daß der Leser sich gezwungen sieht, Sozialismus neu zu denken. Auch wenn der Sozialismus dabei teilweise in antiquiertem Gewande erscheint, so wird er konsequent kritisch analysiert. Die Reichweite der Artikel ist beeindruckend und obwohl als reine Essaysammlung angekündigt, so sollte man doch differenzieren zwischen dem politischen und dem literarischen Essay, sowie erwähnter Rezension. Das Buch ist mehr als lesenswert. Es ist gehaltvoll und anregend. Sollte das Buch nicht in einer Übersetzung erscheinen, bleibt der hoffentlich großen Leserschaft wohl nichts weiter übrig, als ein Wörterbuch zu Hilfe zu nehmen.

MARTIN SCHIRDEWAN

Michael Hartmann:
Der Mythos von den Leistungs-
eliten. Spitzenkarrieren und soziale
Herkunft in Wirtschaft, Politik,
Justiz und Wissenschaft,
Campus Verlag GmbH
Frankfurt/Main 2002,
208 S. (19,90 €)

Der Traum, vom Tellerwäscher zum Millionär aufzusteigen, ist über den puren Subsistenzdruck hinaus ein wichtiger Leistungsansporn in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. *Leistung muß sich lohnen! Jeder ist seines Glückes Schmied!*, wer kennt nicht diese Sprüche, die unablässig durch die Medien transportiert werden. Wer sich anstrengt und Fleiß anbietet, bringt es zu etwas, lautet die Verheißung der »Leistungsgesellschaft«. An diesem ideologischen Fundament wagt Michael Hartmann, Soziologie-Professor an der TU Darmstadt, zu rütteln. Schon in der Einleitung stellt Hartmann seinen Scharfsinn und seine aufklärerische Intention unter Beweis. Süffisant macht er auf die »Doppelbödigkeit und ungewollte Ironie« (S. 16) aufmerksam, die Friedrich von Bohlen mit einem Aufsatz für den Internetauftritt der *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft* erregt (www.chancenfueralle.de). Bohlen fordert darin mehr Eigeninitiative in Deutschland, mehr »Lust auf Selbständigkeit«, mehr Mut zum Scheitern und gibt sein Credo preis: »Nur wer etwas wagt, kann gewinnen!«. Damit werbe, so Hartmanns feinsinniges Urteil, »ausgerechnet der wohlhabende Spross einer der ältesten Industriellenfamilien Deutschlands, der Lieblingsneffe von Alfred Krupp von Bohlen und Halbach, für das Motto ›Chancen für alle‹«.

Die Stärke des Buches liegt in dem so originellen wie simplen Ansatz, mit dem Hartmann die gesellschaftlichen Erfolgsmechanismen unter die wissenschaftliche Lupe nimmt. In einer akribischen Vollerhebung untersucht er die Lebensläufe von 6 500 promovierten Ingenieuren, Juristen und Wirtschaftswissenschaftlern der Promotionsjahrgänge 1955, 1965, 1975 und 1985. Hartmann und seine Mitarbeiter ermittelten über den Beruf des Vaters die

soziale Herkunft der Promovierten und rechenarten anhand der einschlägigen *Who-is-Who*-Nachschlagewerke ihren weiteren beruflichen Werdegang. Die Ergebnisse der Analyse lassen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig.

Seit langem ist wissenschaftlich belegt, daß der Hochschulzugang und in noch stärkerem Ausmaß eine Promotion hochgradig sozial selektiv sind (vgl. S. 53 ff.). Die Schule kann das unterschiedlich verteilte physische und kulturelle Kapital des familiären Hintergrundes nicht ausgleichen, wie die PISA-Studie einmal mehr bestätigt hat. Die Studie Hartmanns fördert darüber hinausgehend die deprimierende Tatsache zutage, daß selbst wenn die Kinder aus der Arbeiterklasse und den Mittelschichten die Hürde einer Promotion überwunden haben, die soziale Herkunft letztendlich den entscheidenden Ausschlag für die berufliche Karriere gibt. Die Kinder aus dem gehobenen Bürgertum haben gegenüber diesen eine um 46 % höhere, die des Großbürgertums eine doppelt so hohe Chance, nach einer Promotion in wirtschaftliche Führungspositionen aufzusteigen (vgl. S. 79). Genauer gesagt sind es die Söhne, die avancieren. Promovierte Frauen haben immer noch eine um 90 % geringere Chance, in der Wirtschaft Karriere zu machen (vgl. S. 77).

Für Hartmann liegen die Ursachen dafür klar auf der Hand. Es sind die »feinen Unterschiede« (Bourdieu), der Habitus, der einem den Weg in die Chefetagen der großen deutschen Unternehmen ebnet. Besonders »die Vertrautheit mit den in den Vorstandsetagen gültigen Dress- und Verhaltenscodes, eine breite bildungsbürgerlich ausgerichtete Allgemeinbildung, eine ausgeprägte unternehmerische Einstellung ... und als wichtigstes Element persönliche Souveränität und Selbstsicherheit« (S. 122) müssen bei dem Bewerber vorhanden sein. Die Einstellungen zu den Top-Positionen der deutschen Wirtschaft folgen offensichtlich dem Muster: *Gleich und gleich einstellt sich gern*. Die soziale Öffnung der Universitäten hat also keine Öffnung der Laufbahnen für alle gesellschaftlichen Schichten mit sich gebracht. Hartmann konstatiert vielmehr, daß »statt einer sozialen Öffnung ... hier sogar eine weitere Schließung zu beobachten (ist)« (S. 79) und erteilt auf der Grund-

lage seiner Ergebnisse soziologischen Weichwascher-Konzepten einer angeblichen »Wahlbiographie« (Beck) eine klare Absage.

Bei Karrieren in der Justiz, der Politik und öffentlichen Unternehmen sieht das Bild ein wenig anders aus. Dort haben Kinder aus der Arbeiterklasse und Mittelschichten bessere Aufstiegschancen. Hartmann schreibt dies den formalisierteren Bewerbungsverfahren und dem größeren Einfluß der großen Volksparteien auf die Stellenbesetzung zu. Angesichts schlechterer Karrierechancen in der Wirtschaft selbst für Kinder aus dem Großbürgertum prognostiziert Hartmann, daß diese zunehmend die Kinder niederer sozialer Herkunft in diesen Bereichen verdrängen werden.

Wer mit der bildungspolitischen Entwicklung in der BRD vertraut ist und Tabellen zu lesen vermag, der kann auf den etwas trockenen Mittelteil (Kapitel 2 bis 4) getrost verzichten, der sich weitgehend in der Verbalisierung der erstellten Tabellen und erläuternden Hintergrundinformationen erschöpft. Die Leser sollten sich dafür mehr Zeit für die locker geschriebene Einleitung und die lohnenswerten Schlüsse des Autors nehmen, dem es mit seinem Ansatz gelingt, das bürgerliche Leistungsideal als ideologisches Blendwerk der Herrschenden zu entlarven. Der real existierende Kapitalismus sieht eben anders aus als die glanzpapierne Theorie einer klassenlosen Leistungsgesellschaft, die um ihn gebaut wird. Denn der Tellerwäscher, der Tellerwäscher geblieben ist, ist den bürgerlichen Medien keine *story* wert und doch die traurige Regel.

OLIVER BUSCH

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Bestellkupon

An
UTOPIE kreativ – Redaktion
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

- Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr zum nächstmöglichen Termin zum Preis von 57 € incl. Versand (Inland) bzw. 75 € (Ausland).
- Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement zum Preis von 75 € incl. Versand.
- Ich bestelle das aktuelle Heft zum Preis von 6 € bzw. 10 € (Doppelheft)
- Ich bestelle ein kostenloses Probeheft
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 111 bis 134 zu je 2,50 €
- Ich bestelle ein Heft/mehrere Hefte der Nummern 1 bis 110 (soweit vorrätig) zum Preis von je 1 €

(bitte ankreuzen)

.....
Name, Vorname

.....
Straße

.....
PLZ, Ort

.....
Kontonummer

.....
BLZ / Geldinstitut

.....
Datum/Unterschrift:

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen. Es gilt das Datum des Poststempels.

Datum, 2. Unterschrift

MARTIN SCHIRDEWAN

Between Power Politics and Anarchy

In the aftermath of the demise of the socialist movement and empire, with its orientation exclusively toward politics of power, the left remains confronted with the question of new issues and theoretical orientation. With the example of the 1936 Spanish social revolution, carried by the anarchist movement, the author reconsiders the issues and theory of Spanish anarchism, as a movement oriented toward the politics of culture. Despite a supposed anachronism, he arrives at the conclusion that a new orientation of the left movement should contemplate specific aspects of anarchist politics.

WOLFRAM ADOLPHI

The door that got stuck

The author discusses the approaching PDS-project »Forum 2000plus!« and its destiny. The forum, based on ideas born in 1998, was created in 1999 with the aim of becoming »the door« through which the Party of Democratic Socialism enters in contact with the decisive discourse taking place within German society. The party as listener, as open to learn from others, as capable of overcoming the restraints of inner-party arguments – these were some of the essentials forming the concept of the forum project, making possible its success from Spring 2000 – Summer 2001. Subsequently »Forum 2000 plus!« declined rapidly. The author sees a close relationship between this development and the programmatic and structural weaknesses of the party which led to the dramatic loss of votes in the federal parliamentary elections in September, 2002.

DIETMAR WITTICH

Hannibal ante portas. The US, the War and the General Public

Not even in the US, does the US government find a majority supporting going to war against Iraq without an UN-mandate. Rejection of an aggression against Iraq is gaining support all over the world. This is true even for those nations whose populations originally supported the so-called Afghanistan-war against Al Qaida and terrorism. Thus it is no exaggeration to state that the foreign policy of the US is now at a remarkable low in its esteem by civil society the world over.

ULRICH BUSCH

Wealth is growing, but not for everybody

If one considers the extent of private wealth, Germany is a rich country. But this wealth is very unequally distributed and its increase further strengthens this dichotomy in distribution. At present, approximately half of all private wealth is concentrated in the hands of 10 percent of the private households. This inequality is even more blatant in the US, where, the re-concentration of wealth has led to a situation where the 0,01 percent of all US households have an average income of US\$ 17 million / year and control not only the economy but also the society itself. The tendency towards this plutocracy can now also be observed in Germany.

JÖRN SCHÜTRUMPF

Open Questions – Deliberations on the Political Positions of Paul Levi

In 1922 Paul Levi, 1919-1921 chairperson of the Communist Party of Germany, edited the late Rosa Luxemburg's »On the Russian Revolution«. Levi consistently refused to subjugate the German Communist Party to the rule of the Russian Communist Party. His attempts to publish open criticisms of the concept of the Leninist vanguard party led directly to his expulsion from the party. He and Rosa Luxemburg rejected the Leninist thesis of the proletariat being a group with an imperfect consciousness, therefore needing to have its interests expressed and advocated by a vanguard party. Levi also analyzed the transformation of the Bolshevik rule into state-capitalist class domination. Paul Levi's »Introduction« to this famous work by Rosa Luxemburg has never been really seriously considered in leftist analysis of Stalinism – but it is indispensable.

ULLA PLENER

Hostile Brothers? – The Social-Democrats and the Rest of the Left

The hostility between Social-Democrats and Communists/Socialists was predominant throughout the 20th century. On both sides serious strategic errors were made, for which the leadership and membership were held responsible. The »ideological war« between the two mainstreams of the labour movement was one of the causes of the defeat of social-democratic social concepts. Cooperation rather than confrontation is therefore an urgent necessity. The comprehensive democratization being the common denominator.

ARNDT HOPFMANN

Development, Justice and World Economy – The »Theory of Unequal Exchange« reconsidered

Accompanied by the remarkable upswing of movements heavily criticizing the present process of »Globalisation«, theoretical concepts in the debate on »another world« – concepts that have lingered in the shadows – have begun to reappear, concepts viewed as pointing the way toward the »possible«. One of these is the so-called Theory of Unequal Exchange, drafted in the 1960s mainly by Arghiri Emmanuel and Samir Amin. This author undertakes a re-consideration of this concept of Unequal Exchange, with special reference to its Marxist theoretical roots, the labor value theory. In light of the results of his analysis it appears unquestionable that the theoretical beliefs that stood behind the concept of Unequal Exchange could not be based on Marxist theory. But the concept, as such, remains an important contribution to the struggle for »A New World Economic Order«. Justice in world economic development must mainly take into consideration the conditions of political power and the entire set of (world economic) policies dominated primarily by World Trade Organizations, acting in the interests of the leading capitalist nations. The issue of justice can never be confided to blind forces and the »invisible hand« of the market. It is an independent political actor, dependent on shifts in the balance of power between the various political forces.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Sechstel auf Mar-

ginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH (V.i.S.d.P.),

WOLFRAM ADOLPHI, THOMAS GERLACH,

ARNDT HOPFMANN, ULLA PLENER,

MARTIN SCHIRDEWAN, JÖRN SCHÜTRUMPF,

MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,

Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-181/122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 110:	je	1 €
Heft 111 bis 134	je	2,50 €